

## Rückblick auf Lübeck.

Von

Eduard David.

(Mainz.)

„Die Resultate der Verhandlungen machen uns Freude, aber die Verhandlungen selbst haben uns doch häufig genug schmerzlich berührt“, — mit diesen Worten giebt die Fränkische Tagespost der Stimmung, die im Gros der Partei über den Lübecker Parteitag herrscht, classischen Ausdruck.

Die Verhandlungen waren allerdings mehrfach geeignet, auf die Hörer und mehr noch auf die Leser der Berichte verstimmend zu wirken. Und trotzdem eine fast allgemeine Befriedigung über die Ergebnisse! Wie erklärt sich das?

Verstimmend musste das starke Heraustrreten der Gegensätze wirken, die sich im Schosse der socialdemokratischen Partei bergen. Dass sich dabei das persönliche Moment sehr stark bemerkbar machte, hat nur die Bedeutung einer unliebsamen Nebenerscheinung. Die Grundursachen des Aufeinanderprallens waren nicht persönlicher, sondern sachlicher Natur. Die Socialdemokratie ist eine ganz Deutschland umspannende, Leute aus den verschiedensten Schichten und mit den verschiedensten Lebenserfahrungen umfassende Millionenpartei. Sociale, wirtschaftliche und historische Gegensätzlichkeiten machen sich da naturgemäss geltend.

Da war zunächst ein Gegensatz, der sich zwar noch nicht offen entladen hat, der aber im Untergrund lag und sich wiederholt in einzelnen Bemerkungen und Seitenhieben bemerkbar machte: der Gegensatz zwischen Kopfarbeit und Handarbeit. Die angekündigte „Abrechnung“ mit dem Verein Arbeiterpresse ist nur aufgeschoben. Sie wird kommen, und mit ihr eine klärende und in ihrem Resultat sicherlich auch versöhnende Aussprache über die Rechte, nicht minder wie über die Pflichten der in der Partei wirkenden geistigen Berufsarbeiter.

Man kann von dem Durchschnittsarbeiter nicht von vornherein verlangen, dass er die geistige Arbeitsleistung des Redacteurs etc. richtig einschätzt. Der Handarbeiter sieht zunächst nur die äusseren Annehmlichkeiten und die bevorzugte Wertung der geistigen Berufsthätigkeit. Von den inneren Anstrengungen, nervösen Erregungen und Abspannungen, die mit der productiven Hirnarbeit einhergehen, hat er zumeist keine Ahnung. Daher sein oft geringschätziges Urteil und sein Widerstand gegen die auf materielle Besserstellung gerichteten Bestrebungen der Kopfarbeiter.

Der Gegensatz zwischen dem geistigen Berufsarbeiter und dem proletarischen Handarbeiter spielte auch bei der Animosität gegen die Akademiker eine Rolle. Sie machte sich in Lübeck mehr als früher geltend. Die Annahme des Antrages 68 von Berlin IV, wonach den Wahlkreisen empfohlen wird, bei der Aufstellung von Candidaturen mehr auf Arbeiter, anstatt auf Akademiker zu sehen, ist nicht allzu tragisch zu nehmen. Peinlicher berührten die zahlreichen sonstigen Herauskehrungen des „Arbeiters“ gegen den „Akademiker“. Zugegeben werden muss, dass die akademisch gebildeten Genossen durch einige in der Hitze des Gefechts verbrochene rhetorische Entgleisungen dazu beigetragen haben, die Animosität zu verschärfen. In dieser Beziehung wollen wir uns bessern. Die Gerechtigkeit verlangt jedoch, zu bemerken, dass die „Nichtakademiker“ auf persönlichem Gebiet mindestens Ebenbürtiges geleistet haben. Bei ihnen ist man aber eher geneigt, zu entschuldigen.

Die nicht in Lübeck entstandene, sondern seit Jahren in gewissen Kreisen der Partei cultivierte Stimmung gegen die akademisch gebildeten Genossen berührt sonderbar in einer Partei, an deren Wiege Akademiker gestanden und in deren Reihen Akademiker von jeher hervorragende Mitarbeit geleistet haben. Auch zählen die meisten der Akademiker keineswegs, wie gelegentlich behauptet worden ist, zu den opportunistischen Elementen, denen „das rechte Verständnis für den proletarischen Classenkampf“ abgeht. Die Idee des proletarischen Classenkampfes als Grundidee der socialdemokratischen Parteibildung ist im Hirn der Akademiker Marx und Lassalle zuerst zur Klarheit gediehen und in die politische Arena hineingeschleudert worden. Akademiker waren es und sind es auch heute wieder, die die angebliche Gefährdung dieser Idee durch die compromissbereite positive Arbeit an den Reformaufgaben des Tages zu verhüten suchen. Die obersten Principienwächter, die rabiatesten „Socialrevolutionäre“ sind bekanntlich Akademiker, während zu den hervorragendsten Vertretern der „opportunistischen“ Tagespraxis in der Partei wie in den Gewerkschaften Männer gehören, die aus der Tiefe der proletarischen Handarbeitermasse hervorgegangen sind.

Auch ist es nicht wahr, dass die Partei an einer Ueberflutung mit „unfertigen oder gescheiterten akademischen Existenzen“ leide. Abgesehen von Berlin, wo sich eine grössere Anzahl studentischer Mitläufer bemerkbar machen soll, ist der Zutritt von akademisch gebildeten Arbeitskräften ein beklagenswert spärlicher, und die in den letzten Jahren zu uns Gekommenen sind fast durchgängig erst nach vollem Abschluss ihrer Studien oder aus angesehenen Berufsstellungen zur Partei übergetreten.

Der eigentliche Grund der Animosität gegen den Akademiker als solchen liegt, wie gesagt, in der unzureichenden Würdigung der geistigen Thätigkeit als einer nützlichen, notwendigen und anstrengenden Arbeit. Mit der steigenden Einsicht und mit dem Emporsteigen von immer mehr Handarbeitern in die rein geistige Berufsthätigkeit als Redacteur, Parlamentarier etc. wird dieser Gegensatz von selbst verschwinden.

Von viel schwerer wiegender Bedeutung war der Conflict zwischen Gewerkschaft und Partei, der sich an die Hamburger Accordmaurerangelegenheit anknüpfte. Auch dabei spielten die persönlichen

Gegensätze, die sich zwischen einigen führenden Männern der Gewerkschaftswelt auf der einen und einzelnen Parteiführern auf der anderen Seite von früher her herausgebildet haben, nur eine nebensächliche Rolle. Diese Gegensätze werden sich rasch überleben, und die von Auer erhobene Anklage einer absichtlichen Machenschaft gegen die Partei seiens einzelner Gewerkschaftsführer beruhte offenbar auf irrigen Voraussetzungen, die auf dem Parteitag ihre Aufklärung gefunden haben.

Nicht in den führenden Personen hüben und drüben, sondern im Wesen und in den Aufgaben beider Organisationen liegt die Quelle der Differenzen. Die Gewerkschaft ist die Verfechterin des ausschliesslichen und nächstliegenden Lohnarbeiterinteresses. Sie muss das sein. Alle die weiteren politischen Erwägungen und taktischen Rücksichtnahmen, zu denen sich die Partei behufs Gewinnung möglichst aller nicht-capitalistischen Volksschichten genötigt sieht, liegen den Gewerkschaften als solchen fern. Die Socialdemokratie kann nicht eine blosse Lohnarbeiterpartei sein. Nur als Volkspartei im weiteren Sinne des Wortes wird es ihr möglich, die ausschlaggebende politische Macht zu erobern und festzuhalten. So sehr die Partei verpflichtet und bereit ist, die Sache der Gewerkschaften mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zu fördern, so giebt es doch Einzelfälle genug, wo sie über den eindeutig bestimmten Gesichtskreis des in Lohnkämpfe verwickelten Arbeitnehmers hinaussehen muss. War sie schon in dem Hamburger Fall nicht in der Lage, an den widerspenstigen Accordmaurern die politische Enthauptung zu vollziehen, — nicht nur aus rein menschlichen Erwägungen, sondern vor allem um der weitgehenden Konsequenzen willen —, so musste sie in dem Banter Falle sogar socialdemokratische Arbeitgeber in Schutz nehmen, die die ihnen zu weit gehenden Forderungen ihrer strikenden Arbeiter abgelehnt und danach alle Kraft daran gesetzt hatten, die Niederlage der Arbeiter herbeizuführen.

Die Mitteilungen, die der Genosse Hug-Bant über die Angelegenheit machte, beleuchteten grell die einseitige, jeder weiterblickenden, gerechteren Erwägung unzugängliche Auffassung, welche die dort in Betracht kommenden Arbeiter vom Wesen und den Pflichten der socialdemokratischen Partei hatten. Man verlangte in Bant: 1. dass ein socialdemokratischer Unternehmer Forderungen der Arbeiter von vornherein zu bewilligen habe, 2. dass ein Unternehmer überhaupt nicht Parteigenosse sein dürfe und 3. dass ein Strikebruch unter allen Umständen, ganz gleich aus welchen Ursachen, ehrlos sei.

Das Contingent der Kleinunternehmer ist innerhalb der Socialdemokratie nicht gering. Führende Genossen aller Orten gehören ihm an. Die meisten haben sich aus den Reihen der Lohnarbeiter emporgearbeitet, fühlen nach wie vor mit diesen und vertreten mit aller Energie deren politische und wirtschaftliche Interessen. Sie kennen aber auch die Schwierigkeiten und Leiden, die der kleine Arbeitgeber oft genug durchzumachen hat. Die in Bant zu Tage getretenen Auffassungen mussten bei ihnen auf den heftigsten Widerspruch stossen. Der Schiedsspruch, der den durch den Localverein verhängten Ausschluss der socialdemokratischen Bauunternehmer aufhob, fand die Billigung der grossen Mehrheit des Parteitags.

Die Lösung, die der Parteitag in der Hamburger Accordmaurerangelegenheit gefunden hat, war nach Lage der Dinge die beste, weil einzig mögliche, nachdem der Streit einmal in die Partei hineingetragen worden war. Das Mittel der Localisierung ist aber im Grunde doch nur ein Nothbehelf. Die Conflicte zwischen Partei und Gewerkschaften werden dadurch nur äusserlich auf ihren Entstehungsort beschränkt, innerlich überwunden werden sie nicht. Dies ist aber in Fällen, wie dem Banter, unbedingt notwendig. Hier muss die politische Erziehung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter das Beste thun. Der Arbeiter muss über den naturwüchsigen und einseitigen Lohnarbeiterstandpunct hinaussehen lernen. Er muss zur Einsicht geführt werden in den ganzen Complex der wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten, die die Socialdemokratie zu überwinden hat, wenn sie zum Siege gelangen soll. Erst dann wird er befähigt und bereit sein, von Forderungen an die Partei abzusehen, die zwar seinen nächstliegenden Lohnarbeiterinteressen entsprechen, die Erfüllung der universalen Aufgaben der Arbeiterbewegung aber erschweren.

Die Debatte über die Budgetbewilligung zeigte den alten Gegensatz zwischen der im Norden immer noch heimischen hohen Wertung der demonstrativen politischen Intransigenz und der aus den historischen Verhältnissen erklärlichen „opportunistischen“ Landtagspraxis in Süddeutschland. Dieser Gegensatz hat aber seit dem Frankfurter Parteitag offenbar an Schärfe verloren. Die Lübecker Verhandlungen haben ihn zwar nicht völlig beseitigt, wohl aber den Weg zu seiner Ueberwindung gebahnt. Die angenommene Resolution war das Product einer Verständigung, bei der Bebel den in Frankfurt vertretenen und auch noch in seiner ersten Resolution festgehaltenen Standpunct aufgab und die süddeutschen Landtagsabgeordneten ihrerseits soweit entgegenkamen, als sie es mit ihrer Ueberzeugung und seitherigen Praxis vereinbaren konnten. Die vereinbarte Resolution enthält nichts mehr davon, dass der Budgetbewilligung der principielle Charakter eines „Vertrauensvotums“ zukomme, sie sieht Fälle der Bewilligung aus zwingenden, besonderen Verhältnissen ausdrücklich vor. Andererseits trägt sie der Bedeutung, die der Budgetabstimmung nun einmal in der Vorstellung eines grossen Theils der norddeutschen Genossen zukommt, insoweit Rechnung, als sie die Zustimmung ohne ausreichende Gründe untersagt. Die Ablehnung soll als das Normale anzusehen sein.

Die Frage ist damit vom Boden des Principis auf den der Taktik gestellt. Der freien Erwägung und Entschliessung unserer Landtagsfraction ist der nötige Spielraum gesichert, mit dem Vorbehalt, dass sie die Schlussabstimmung nicht leichthin als etwas Untergeordnetes so oder so behandeln, sondern in vollster Würdigung der Tragweite, die die Mehrheit der Partei ihr zumisst.

Was schliesslich den Kampf zwischen dem theoretischen Doctrinarismus und dem theoretischen Criticismus betrifft, so können die Vertreter des letzteren mit Genugthuung auf den Verlauf und den Ausgang der Bernstein-Debatte zurückblicken. Das Recht auf die voraussetzungslose kritische Prüfung ausnahmslos aller Sätze der socialistischen Theorie ist von neuem und in aller Form anerkannt worden.

Der wissenschaftliche Zweifel hat nicht nötig, sich scheu zurückzuziehen. Er hat das gute Recht, seine überaus nützliche Function gegenüber der menschlich begreiflichen Neigung zur theoretischen Erstarrung auch fernerhin vor der Oeffentlichkeit zu erfüllen, selbst auf die Gefahr hin, dass ängstlichen Gemüthern gelegentlich Herzenssorgen und den geistig Trägen Unbequemlichkeiten bereitet werden. Der nachträgliche Nutzen wiegt schwerer, als das anfängliche Aergernis.

Die socialistische Theorie kann keine Ausnahme bilden von der allgemeinen Regel der Entwicklung wissenschaftlicher Theorien. Gerade weil der Socialismus eine wissenschaftliche Theorie sein will und in steigendem Masse sein soll, steht er unter dem Entwicklungsgesetz der Wissenschaft überhaupt, die keinen abgeschlossenen Wahrheitscodex kennt, sondern in stetem Umbildungsprocess von der Erkenntnis zum Zweifel, vom Zweifel zu geläuterter Erkenntnis fortschreitet. Nur die „katholische Wissenschaft“ stellt die Anerkennung gewisser ewiger Wahrheiten an den Ausgangspunct aller Forschung und verlangt von dem in Zweifel geratenen Forscher das sacrificium intellectus, d. h. das Niederdrücken aufsteigender kritischer Gedanken „im stillen Kämmerlein“, wie es Stadthagen den wissenschaftlich weiterarbeitenden Parteigenossen zumutet.

Derartigen entwürdigenden Ratschlägen gegenüber war die officielle Anerkennung des Rechts auf voraussetzungslose Kritik an der Parteitheorie von hoher Bedeutung. Es ist eben nicht wahr, das dieses Recht seither unbestritten war. Es gab Leute genug in der Partei, die den Einleitungssätzen des Programms den Charakter unumstößlicher Wahrheiten beimassen, denen gegenüber die Kritik zu schweigen habe. Es hat auch nicht an Genossen gefehlt, die der Meinung waren, dass Bernstein mit seinen kritischen Angriffen auf einige dieser Sätze das Recht auf die Parteizugehörigkeit verwirkt habe. Und die Absicht, ihn vermittelt geeigneter Resolutionen moralisch zu zwingen, aus der Partei auszutreten, ist offen genug hervorgetreten. Damit war in Lübeck nichts mehr zu machen.

Das persönliche Auftreten Bernsteins genügte, um den Nebel von Misstrauen zu verscheuchen, der durch die entstellte Wiedergabe seiner kritischen Arbeiten, insbesondere seines Vortrags im Berliner Studentenverein, zwischen ihm und den der wissenschaftlichen Arbeit fernerstehenden Genossen erzeugt worden war. Die Ueberzeugung, dass in dem neuen Bernstein noch der ehrliche alte Parteigenosse stecke, der bei aller Kritik von dem ernstesten Willen getragen sei, der gemeinsamen Sache zu dienen, brach sich rasch im Gros der Delegierten Bahn. Die Stimmung für ein Misstrauensvotum war damit zerstört. Und ebensowenig war noch Neigung vorhanden, Bernstein den Widerruf irgend einer seiner „ketzerischen“ Ansichten über Programm und Theorie zuzumuten.

Die zur Annahme gelangte Resolution Bebel hält sich auch von beidem fern. Dem Versuch, sie zu einem Misstrauensvotum zu stempeln, trat Bebel selbst mit der ausdrücklichen Erklärung entgegen, dass sie dies nicht sein solle. Und um dem Verdacht vorzubeugen, als solle Bernstein die kritische Thätigkeit an sich verwehrt oder ihre Ergebnisse als parteischädliche Ketzereien gebrandmarkt werden, heisst es im Eingang: „Der

Parteitag erkennt rückhaltlos die Notwendigkeit der Selbstkritik für die geistige Fortbildung unserer Partei an.“

Hier wird also nicht nur das Recht, sondern sogar die Notwendigkeit der Selbstkritik proclamiert. Dass es Bebel dabei nicht um eine schöne Phrase zu thun war, sondern dass er es sehr ernst und actuell gemeint hat, das ging aus seiner Lübecker Rede klärlich hervor. Er sagte dort in Bezug auf die Frage der Programmrevision:

„... darum sind wir nicht nur eine Partei des praktischen Handelns, sondern auch eine theoretische Partei, eine Partei, die fortgesetzt ihre Stellung untersucht und die so wie keine andere Partei den Zeiterscheinungen und Veränderungen in der Gesellschaft folgt. Sonst wären wir nicht in dreissig Jahren zu dem vierten Programm gekommen; es werden wenige Jahre vergehen, und wir haben das fünfte. Ich bin nicht der Meinung Heines, dass wir noch längere Jahre unser jetziges Programm ungeändert behalten werden. Nein, mir pressiert es etwas mehr; ich will nicht, dass wir, während fortgesetzt die Gründanschauungen des Programms kritisiert und in Zweifel gestellt werden, mit diesem Programm in den Kampf ziehen, und ich habe gar nichts dagegen, dass wir im nächsten Jahre eine Revisionscommission einsetzen.“

Angesichts dessen ist die hier und da auch in der Parteipresse aufgetauchte Meinung, als solle nunmehr ein zeitweiliger Stillstand in der theoretischen Kritik eintreten, gänzlich verkehrt. Die Magdeburger Volksstimme bemerkt sehr richtig unter Hinweis auf die obigen Sätze Bebels: „Wenn aber die Brauchbarkeit oder Unhaltbarkeit dieser oder jener Grundsätze nachgeprüft werden soll, bedarf es dazu ausführlicher und langjähriger kritischer Untersuchungen, wie deren einige von Bernstein bereits angestellt worden sind. Es bleibt also sachlich in der Bernstein-Frage beim alten: Bernstein und andere werden und müssen weiter kritisieren, zum Nutzen der Fortentwicklung der Partei.“

Wenn die Bebelsche Resolution ausserhalb Lübecks anfänglich als eine Verurteilung der Bernsteinschen Kritik an sich und demgemäss die Schlusserklärung Bernsteins als ein Act geistiger Unterwerfung aufgefasst wurde, so ist dies lediglich aufs Conto einer unzureichenden und missverständlichen Berichterstattung zu setzen, die sich ja auch in anderen Fragen sehr unliebsam bemerkbar gemacht hat. Die Bernsteinsche Erklärung wurde eingeleitet durch den Satz, dass ein Votum des Congresses ihn selbstverständlich in seiner Ueberzeugung nicht irremachen könne. Das hat den der Erklärung gespendeten lebhaften und allseitigen Beifall in keiner Weise vermindert.

„Nicht oft genug kann hervorgehoben werden“, — so bemerkt das Hallesche Volksblatt. — „nicht die abweichenden Meinungen Bernsteins in vielen grundlegenden Fragen des Socialismus an sich sind es, die eine Missstimmung erzeugt haben, sondern die von ihm allerdings bestrittene Thatsache, dass er in den letzten drei Jahren einseitig immer nur die theoretischen Grundlagen unserer Partei angegriffen, nicht aber im gleichen Masse mit seinem umfassenden Wissen die bürgerliche Gesellschaft bekämpft habe.“

Das ist's, worauf auch Bebel seine Anklage gründete: „die Ausserachtlassung der Kritik an der bürgerlichen Gesellschaft und ihren Trägern“.

wie es in seiner Resolution heisst. Der Vorwurf ist, wenn man die ganze litterarische Position betrachtet, in die Bernstein durch sein Buch nun einmal hineingeraten war, durchaus ungerecht, weil einseitig. Bernstein wurde fortgesetzt angegriffen und musste sich fortgesetzt verteidigen. Seine Verteidigung war aber naturgemäss Kritik an der marxistischen Theorie. Daneben hat er aber, wenn auch in beschränktem Umfang, sich auch am litterarischen und agitatorischen Kampf gegen die bürgerlichen Parteien beteiligt. Bebel hätte auf die diesbezüglichen Erklärungen Bernsteins hin diese Teile seiner Resolution streichen müssen. Wollte er das nicht, so musste er wenigstens so gerecht sein, auch für die Gegenseite den nötigen Verweis einzufügen, wie es die H. Braunsche Resolution vorsah. Sie ist bei der Abstimmung leider nicht an die ihr logisch gebührende Stelle, nämlich zwischen die Heinesche und Bebelsche Resolution, gekommen, sonst wäre sie vermutlich zur Annahme gelangt.

So ist die ungerechte Einseitigkeit der Bebelschen Fassung zum Beschluss erhoben worden. Aber Bernstein mag sich mit dem Gedanken trösten, dem die Schwäbische Tagwacht in ihren Parteitagsbetrachtungen Ausdruck verleiht: „Die ausgleichende Gerechtigkeit sorgte dafür, dass auch die Gegner der Bernsteinschen Kritik, die in der Abwehr über die Schnur gehauen hatten, vom Parteitag — zwar nicht durch Beschluss, aber in der Debatte — einen Nasenstüber bekamen.“ Es waren der Nasenstüber sogar mehrere, und sie waren nicht gerade sanft.

Ueber denselben Punct sagt die Frankfurter Volksstimme: „Die hochfahrige Behandlung deutscher Genossen durch Leute wie Parvus und Rosa Luxemburg verdiente energische Zurückweisung. Wir compromittieren uns ja schliesslich allesamt, wenn wir dem Treiben jener Leute ruhig zusehen, die da den Anschein zu erwecken versuchen, als ob die deutsche Socialdemokratie nur durch sie erleuchtet und erlöst werden könnte. Wenn bei dieser Auseinandersetzung heftigere Worte gefallen sind, als vielleicht den Urheber selbst lieb ist, so dient hoffentlich gerade das dazu, den Genossen Parvus und Luxemburg klar zu machen, wie gross der Unwille über ihr Treiben in weiten Kreisen der Partei ist.“

Mehrere andere Parteiblätter acceptieren dieses Urteil wörtlich. Parvus selbst aber lässt sich das nicht anfechten. In einem Etwas vom „Beleidigtsein“ überschriebenen Artikel der Rheinisch-Westfälischen Arbeiterzeitung lässt er sich also vernehmen: „Ich für meinen Teil habe nichts zurückzunehmen. Die Charakteristiken, die sich in meinen Artikeln: Der Opportunismus in der Praxis gegeben habe, sind von mir sorgfältig erwogen worden und enthalten nichts, was über die Grenzen des politischen Kampfes innerhalb der Partei hinausgeht.“

Der arme, unschuldige Mann, er erntet Schelte, wo er doch das höchste Lob verdiente! Man höre nur, was er selbst über seine Verdienste schreibt: „Auch kann man mir nicht vorwerfen, dass ich den Streit gesucht habe. Ich würde 1897 durch die praktische Tagesarbeit dazu geführt, gegen Bernsteins Revisionismus Stellung zu nehmen. Ich stand allein, wurde geschmäht, als Krakehler verschrien, mit dem Bann bedroht. Denn Bernstein hatte starke Freunde. Aber die Entwicklung zeigte, dass ich diesmal ein schärferes Auge hatte für das Interesse der Partei, und

einer nach dem andern mussten die Freunde Bernsteins gegen ihn Stellung nehmen. Als ich sah, dass meine Anteilnahme an der Discussion nicht mehr unbedingt nötig sei, trat ich beiseite.“ —

Ja, ja, so war es in der That. Entsinnt euch nur: es war wirklich so! Damals als der grimme Bernstein der Parteitheorie den Fehdehandschuh hinwarf, wie zitterten da ringsum die sonst so kühnen socialdemokratischen Geisteskämpfer! In bleicher Furcht standen sie da, und keiner wagte, die Herausforderung anzunehmen. Die Theorie und mit ihr die Partei schienen verloren. In diesem angstvollen Moment, — hei, stürmte plötzlich der rettende Ritter Parvus in die Schranken! Er stand allein, wurde geschmäht, als Krakehler verschrien, mit dem Bann bedroht! Denn Bernstein hatte „starke Freunde“!! All diesen Fährnissen trutziglich die Stirn bietend, stürzte er sich auf den Feind. Krachten da die Schläge! Jauchzten da die Herzen der Geretteten, als der Unhold Bernstein halbtot in den Sand sank und die „starken Freunde“ sich gegen den Besiegten wandten! Und der Retter, Parvus, unser Parvus, Parvus der Grosse, — wie bescheiden trat er da zur Seite, damit sich doch auch die Schwächeren noch einige Lorbeerblättlein holen könnten, indem sie dem betäubt am Boden liegenden Bedroher den Rest gäben. — Es ist doch etwas Schönes um eine grosse historische Erinnerung. Und noch etwas Schöneres ist es um ein solches Mass von Bescheidenheit. Noch viel schöner aber als dieses und jenes ist das ganz aussergewöhnliche Zartgefühl, mit dem der grosse Mann bestrebt ist, die Empfindungen der an seiner Seite kämpfenden Freunde und Freundinnen zu schonen. Das ist rührend!

Doch zurück nach Lübeck! Was die Abstimmungen selbst betrifft, so ist Kautsky darüber erfreut, dass dieselben eine „klare Einsicht in die Kraftverhältnisse“ der verschiedenen Richtungen in der Partei gegeben haben. Das ist aber leider nicht in genügendem Masse geschehen. Die Abstimmung über die Resolution Heine (108) hat zwar einen guten Anhalt gegeben über die Stärke derjenigen Richtung, die an der kritischen Thätigkeit Bernsteins, ohne sich materiell mit allen Ergebnissen einverstanden zu erklären, doch keinerlei Anstoss genommen, sondern Bernstein ihre volle Sympathie bewahrt hat. Das waren 71 Namen, darunter sehr klangvolle. Von den anwesenden 40 Reichstagsabgeordneten stimmten 18, also nahezu die Hälfte, für die Heinesche Resolution. Mit diesem Ergebnis kann Bernstein jedenfalls sehr zufrieden sein. Auf eine so stattliche, bedeutungsschwere Minorität gegenüber einer von Bebel mit der ganzen Wucht seiner Beredsamkeit und seines Ansehens geführten Anklage hat wenigstens niemand von Bernsteins Freunden vorher gerechnet.

Leider ist nun aber die Auszählung des Gegenpols unterblieben, der Scharfmacher, die die Berliner und Thüringer Resolution vorbereitet und eingebracht hatten, durch die den „revisionistischen Bestrebungen“ ein Riegel vorgeschoben werden sollte. Die Resolution Bebel verlangte Uebergang zur Tagesordnung über diese Resolutionen. Nachdem die Freunde Bernsteins durch ihr Votum für die Heinesche Resolution die Motivierung der Bebelschen Resolution missbilligt und damit ihren Standpunct officiell klargelegt hatten, mussten sie nunmehr für die Bebelsche Resolution eintreten wegen ihres Zieles: der Beseitigung der schärferen Resolutionen



durch Uebergang zur Tagesordnung. Die Verfasser und Anhänger der Misstrauens- und Maulkorbresolutionen aber mussten bei der zweiten Abstimmung gegen die Bebelsche Resolution stimmen. Sie mussten dies umsomehr thun, als die Ledeboursche Interpretation der Bebelschen Resolution von diesem selbst vor der Abstimmung desavouiert worden war. Dessenungeachtet votierten sie den Uebergang zur Tagesordnung über ihre eigenen Resolutionen. Mehr kann man nicht verlangen.

Durch diese Selbstentlebung sind wir um die interessante dritte Zahl gekommen, die es uns gestattet hätte, nun auch die Stärke des linken Flügels in der ganzen Bernsteinfrage zu bestimmen. Die betreffenden Gegner haben sich ins Gros des Centrums zurückgezogen. Die 31 Stimmen, die schliesslich noch gegen die Resolution Bebel fielen, waren wohl aus schliesslich Freunde Bernsteins, die mehr ihrem Freundschaftsgefühl bei der Abstimmung folgten, als der logischen Erwägung der nach der Ablehnung der Resolution 108 gegebenen parlamentarischen Situation.

Im Uebrigen haben alle solche Zahlenfeststellungen für die Bestimmung geistiger Strömungen keinen allzu grossen Wert. Neben anderen Zufällen kann schon allein durch die geographische Lage des Parteitagorts das Zahlenbild wesentlich beeinflusst werden. Die Hauptsache bleibt, dass die verschiedenen Strömungen schliesslich in dem Gesamtstrom ihre Einheit finden. Und dies betrachten auch wir als das Hauptergebnis der Lübecker Tagung, dem es zu danken ist, dass alle Missstimmung im einzelnen sich schliesslich doch in das Gefühl allgemeiner Befriedigung aufgelöst hat.

Es ist nicht angenehm für einen Parteicongress, eine Reihe von Gegensätzen sich in seiner Mitte aufthun und aufeinander prallen zu sehen. Das erweckt momentan sehr unbehagliche Gefühle, selbst wenn die streitenden Köpfe sich in höflicheren Formen erhitzen, als es in Lübeck zumeist der Fall war. Umsomehr aber erfüllt es dann die Herzen mit Befriedigung, wenn sie fühlen, wie das naturgewachsene Fundament der Einheit durch all diese Stürme nicht im leisesten erschüttert werden kann.

Es ist notwendig, die innerhalb der Partei liegenden Gegensätze klar zu sehen und sie in offener Aussprache zur Entladung zu bringen. Man stelle sich einmal Parteitage vor, auf denen solche Aussprachen und Kämpfe unterdrückt würden, um nach aussen den Schein von eitel Harmonie zu wahren. Wenn etwas Spaltungen oder Abspaltungen von der Partei befördern könnte, so wäre es dies; wie umgekehrt das beste Mittel zur Wahrung der Einheit einer grossen Bewegung die offene Auskämpfung der in ihr auftauchenden unvermeidlichen Gegensätze ist. Nur so kann ihre ausgleichende, allmähliche Ueberwindung erzielt werden.

Ein gestärktes, geläutertes Gefühl der Zusammengehörigkeit ist allemal die Folge. So erleben wir es diesmal nach Lübeck. Die Redekämpfe sind verhallt. Wir gehen in geschlossener Phalanx mit erhöhtem Eifer an die Erfüllung der uns alle verbindenden grossen praktischen Aufgaben.

## Parteidisciplin und Ueberzeugungstreue.

Ein Nachwort.

Von

Eduard Bernstein.

(Berlin.)

In allen differenzierten Gesellschaften und unter allen Verhältnissen, wo verschiedenartige Interessen sich kreuzen, giebt es mit den Conflicten der Interessen auch Conflict der Pflichten. Sie haben von jeher in abstracter Form das Problem der Rechts- und Moralphilosophen und in concreter Form den Vorwurf der Dichter gebildet. Die grössten Tragödien, die das Altertum uns hinterlassen hat, drehen sich um solche widerstreitende Pflichten, und auch das verbreitetste Religionsbuch der Welt, die Bibel, führt uns schon in seinen ersten Capiteln, in der Erzählung vom Gebot der Opferung Isaaks, einen richtigen Pflichtenconflict vor. Abrahams Gottesfurcht wird durch das Gebot, seinen einzigen Erben Isaac zu opfern, auf die höchste Probe gestellt. Die Thatsache, dass der mythische Stammvater der Juden sich ohne Murren darin ergiebt, der Gottheit zu Gefallen sein Liebstes abzuschlachten, illustriert oder reflectiert die Priesterherrschaft im alten Palästina. Sie hat als Gegenstück die Hinrichtung der Söhne des älteren Brutus auf Befehl des eigenen Vaters: der halbmythische Befreier Roms opfert die eigenen Söhne der Staatsraison. Und in Uebereinstimmung damit hat Rom der Welt die grossartigste Rechtscasuistik hinterlassen, während das Judentum in seinen sogenannten rabbinistischen Schriften eine theologische Moralcasuistik ausgearbeitet hat, die zwar oft in abgeschmackte Haarspaltereien ausläuft, oft aber auch durch ihre Feinheit des Urteils zur Bewunderung hinreißt.

Das Wort Casuistik ist in der Neuzeit in Misscredit geraten; seit Pascal lässt sich niemand gern einen Casuisten nennen, aber um die Sache selbst kommt doch auch heute niemand herum. Zu verschiedenartig sind die Gebiete, in die das Leben des Menschen heute hineinspielt, zu mannigfaltig die Regeln und Gewohnheiten, die in diesen verschiedenen Sphären massgebend sind, zu widersprechend die Interessen, als dass ein paar einfache Axiome genügen, unser Verhalten für alle Wechselfälle des Lebens ein für allemal zu bestimmen. Apodiktisch handelt nur das Tier, das seinen Trieben willenlos folgt; der Mensch jedoch handelt von dem Moment an, da er vom Baum der Erkenntnis genossen hat, dialektisch. Dialektik des Gewissens nannte Hegel die Moralcasuistik, und Heine lässt bekanntlich auch die Schlange im Paradiese Hegelsche Philosophie docieren. Die Dialektik aber, was ist sie anders als die Lehre vom Einerseits-Andererseits?

Es ist in der That keinem Menschen, der vernünftig handeln will, heute möglich, sich über das Einerseits-Andererseits erhaben hinwegzusetzen.

Welche Frage von Bedeutung — wenn wir von der rein negativen Resolution gegen die Zolltaritvorlage der Reichsregierung absehen — welche Frage von Bedeutung hat der Lübecker Parteitag so erledigt, und welche konnte er vernünftigerweise so erledigen, dass nicht irgendwo irgend einem Andererseits ein Zugeständnis gemacht wurde? Nicht die Accordmaurerfrage, nicht die Budgetfrage und, wenn wir genauer zusehen, auch nicht einmal die Wohnungsfrage. Keine von ihnen ist mit einer axiomatisch-simplistischen Lösung verabschiedet worden, alle hinsichtlich ihrer gefassten Resolutionen haben irgendwo

ihr Aber erhalten, das bestimmten Besonderheiten Rechnung trägt. Ja, diejenige Resolution in der heiss umstrittenen Accordmaurerfrage, von der das vielleicht am wenigsten gilt, — die Resolution No. 102 — hat ihrem Urheber gerade von solchen Leuten Vorwürfe eingetragen, die es ihm sonst zum Vorwurf zu machen pflegen, er gebe sich zu viel mit Einerseits-Andererseits-Erwägungen ab.

Und der Beschluss in der Frage, die den Namen des Schreibers dieser Zeilen trug?

Es ist nicht meine Absicht, an der Resolution, welche der Congress in Sachen der sogenannten Bernsteinfrage fasste, hier nachträglich Kritik zu üben. Was ich gegen sie zu sagen für nötig hielt, habe ich in der Hauptsache auf dem Parteitag vorgebracht, und damit ist die Polemik meinerseits abgeschlossen. Das Nachfolgende ist also nicht polemisch gemeint, sondern soll nur meine ganz persönliche Ansicht von dem Charakter der Resolution darlegen und erklären, warum und in welchem Sinne ich der Resolution trotz allem, was ich gegen sie vorgebracht habe, Folge zu geben bereit und entschlossen bin.

Ich schicke also voraus, dass meines Dafürhaltens die Resolution 109 des Lübecker Parteitages, wörtlich genommen, in ihrem persönlichen Teil auf irrthümlichen Voraussetzungen aufgebaut ist. Sie beginnt ausgezeichnet, um hinterher mit einem Aber einen Satz einzuleiten, dem ich — und das wird man mir nicht weiter verargen — insoweit nicht zustimmen kann, als er in Bezug auf mich eine Thatsache behauptet, deren Richtigkeit ich bestritten habe und noch bestreite.

Indes haben von 238 Delegierten, die über diese Resolution abgestimmt haben, 203 für sie gestimmt. Zieht man davon selbst diejenigen ab, die nach Ablehnung einer mir günstigeren Resolution aus taktischen Gründen — mit Rücksicht auf ihren Vordersatz — nun auch für diese Resolution ein Ja abgaben, so bleibt doch jedenfalls — darüber gebe ich mich gar keinen Täuschungen hin — eine grosse Mehrheit von Delegierten übrig, die sie nicht trotz, sondern wegen ihres zweiten Theils annahmen, für die gerade dieser zweite Theil das entscheidende Stück bildete. Sehr zu meinem Leidwesen, das muss ich schon sagen. Aber solche Beschlüsse wollen nicht — oder nicht bloss — bedauert, sie wollen vor allem verstanden sein.

Wie ist also diese zunächst unerklärliche Abstimmung nun doch wieder begreiflich?

Ich glaube, die Antwort auf diese Frage ist darin gegeben, dass die Resolution von der Masse der für sie Stimmenden mehr als ein Stimmungs-ausdruck, denn als ein Urtheil aufgefasst wurde. Viele Thatsachen, die ich theils im persönlichen Verkehr, theils als aufmerksamer Zuschauer festzustellen Gelegenheit hatte, sprechen dafür. Um nur ein Beispiel zu erwähnen, so findet man unter den Delegierten, die für die Resolution 109 stimmten, Leute, die in der Budgetfrage gerade den Standpunct vertraten, der als purer „Bernsteinianismus“ gilt — inwieweit er es ist, soll hier nicht weiter untersucht werden. In einem anderen Falle wurde ein Angebot an mich, welches das grösste Vertrauen einschliesst, das einem Politiker überhaupt erwiesen werden kann, mit der Abstimmung zu gunsten der Resolution Bebel für vereinbar gehalten. Und ähnliche Beispiele mehr. Ich kann überhaupt nicht annehmen, dass die Thatsachen, die von mir und anderen gegen den Vorwurf „durchaus einseitiger Kritik an der Partei“ vorgebracht wurden, von den Delegierten, die für die Resolution 109 stimmten, einfach ignoriert wurden. Ich nehme vielmehr an, dass es ihnen —

die Antragsteller eingeschlossen — weniger auf den Buchstaben, als auf den directiven Charakter der Resolution ankam, dass sie bei der Abstimmung nicht so sehr das Gewesene, als vor allem das Kommende im Auge hatten.

So wird mir die Annahme verständlich, in dieser Auffassung konnte und kann ich die Resolution, wenn ich sie auch als Urteil bekämpfen musste, als Stimmungsausdruck ruhig gelten lassen und mich bereit erklären, ihr die gebührende Achtung und Beachtung zu zollen.

Man hat von gewisser Seite in der Erklärung, in der dies ausgesprochen ist, eine gewisse Zweideutigkeit finden, in der Wahl des Ausdrucks gebührend ein Stück versteckter Malice entdecken zu müssen geglaubt. „Mit der Ihnen gebührenden Achtung“ zeichne man Briefe an Leute, denen man seine Nichtachtung kundgeben wolle.

Nun, dieser Vergleich ist einfach abgeschmackt. Nachdem ich offen gesagt hatte, was ich an der Resolution auszusetzen habe, lag und liegt zu irgend welchen Bosheiten über sie gar keine Veranlassung mehr vor. Wohl aber giebt sie dem Parteimann Veranlassung, sich hinsichtlich ihrer mit seinem demokratischen Gewissen abzufinden und sich zu fragen: Kannst du, was die Resolution verlangt, auch erfüllen, ohne dir selbst untreu zu werden?

Ich habe zu allen Zeiten den Standpunct vertreten, dass ein gesundes Parteileben nicht möglich ist ohne starke Parteidisciplin. Wer meine Aufsätze aus früherer wie aus neuerer Zeit durchliest, wird diesen Gedanken immer wieder energisch betont finden. Auch in dem so viel — und meines Erachtens meist so falsch — kritisierten Vortrag: Wie ist wissenschaftlicher Socialismus möglich? hebe ich das hervor, erkenne ich der Socialdemokratie als Kampfpartei, wie überhaupt jeder Partei, sogar das Recht einer gewissen Intoleranz zu. Der letzte von mir in dieser Zeitschrift veröffentlichte Artikel schliesst mit einem Satz von mir aus dem Jahre 1898, wo es ausdrücklich heisst, dass als Partei die Socialdemokratie die Wahrerin bestimmter Interessen sei und demgemäss innerhalb gewisser Grenzen „dogmatisch und selbst intolerant sein darf.“ Wem das nicht einleuchtet oder wer sich dem nicht unterziehen will, der mag natürlich trotzdem der Gesinnung nach ein guter Socialist sein, aber in die Parteiorganisation gehört er alsdann nicht hinein. In der Regel wird es freilich auch dann meist mit der socialistischen Gesinnung nicht allzu weit her sein.

Ich würde danach mir selbst ins Gesicht geschlagen haben, wenn ich einem nach ausreichender Beratung gefassten Mehrheitsbeschluss einer Versammlung, an deren legitimer Zusammensetzung nicht der geringste Zweifel besteht, bloss weil er mir unangenehm war, diejenige Achtung versagt hätte, die der Demokrat unter solchen Umständen der Mehrheit schuldet. Achtung heisst nicht blinde Unterwerfung. Ich kann eine Meinung achten, auch wenn ich sie nicht theile. Und ich kann einem Beschluss, auch wenn ich ihm aus irgend welchen Gründen vorher opponieren musste, so lange Beachtung zollen, als dies mir nicht ein unbilliges Opfer der Ueberzeugung auferlegt. In Bezug auf Zurückdrängen der eigenen Ueberzeugung giebt es allerdings einen Punct, von wo ab die Rechte der Partei aufhören. Ein gesundes Parteileben braucht zugleich mit der Einigkeit im Handeln selbständige Köpfe und starke Ueberzeugungen. Versündigt eine Partei sich hierin in ihren Beschlüssen, dehnt sie die Forderung der Disciplin bis zum Cadavergehorsam aus, dann allerdings kann es Gebot der Selbstachtung sein, einem solchen Beschluss nicht Folge zu

geben, dann tritt der Pflicht gegen die Partei eine andere Pflicht, die der Gesinnungstreue gegen sein Selbst, als gleichberechtigt und — je nachdem — sogar übergeordnet gegenüber. Denn ehe wir Parteileute sind, sind wir Menschen, und zu den vornehmsten Pflichten, die der Mensch gegen sich selbst hat, gehört die der Festigkeit der Ueberzeugung. So wichtig ist diese Eigenschaft, dass man wohl sagen kann, dass, wo sie nicht ist, es auch kein gesundes Parteileben giebt. Es kann unter Umständen im Interesse der Partei und ihrer gesunden Entwicklung förderlich sein, ihr nicht zu gehorchen.

Lag ein solcher Fall hier vor? Ein Blick auf die Resolution 109 und ein zweiter Blick auf die Resolutionen, über die sie zur Tagesordnung überzugehen erklärt, zeigt, dass davon gar nicht die Rede sein kann. Nichts lächerlicher, nichts ungerechter gegen die Partei, als in Bezug auf den vorliegenden Fall von irgend einem Kotau zu reden. Es war mehr als ungehörig, es war im höchsten Grade unanständig, die Erklärung, dem Beschluss Beachtung schenken zu wollen, im Sinne einer schimpflichen Preisgabe der Ueberzeugung zu deuten, wie dies einige gegnerische Blätter und ein Delegierter gethan haben — der eine war allerdings G. Ledebour.<sup>1)</sup>

Was verlangt der Beschluss von mir? Weniger Einseitigkeit in der Kritik bezw. in der kritischen Thätigkeit. Ich solle meine Kritik nicht überwiegend gegen die Partei richten. Nach meiner Ansicht habe ich das überhaupt nicht gethan, aber ich kann es begreifen, wie der Eindruck, als hätte ich es gethan, aufgekommen ist und sich festgesetzt hat. Zunächst ist es nur natürlich, dass jemand, der durch die Macht der Verhältnisse dem unmittelbaren Kampf des Tages entrückt ist, der dazu gedrängt wird, die Dinge mehr unter dem weiteren Gesichtspunct der Geschichte, als dem der Actualität aufzufassen, auch weniger Veranlassung findet, sich mit den Gegnern herumzuschlagen, als jemand, der mitten im Gefecht steht. Kommt er nun gar in die Lage, dass die Gegner oder auch nur eine Anzahl Gegner sich darin gefallen, ihn gegen die eigene Partei auszuspielen, dass selbst Sätze, die bei ihm nichts weniger als gegen die Partei gerichtete Kritik sind oder höchstens nur eine bestimmte Strömung innerhalb der Partei treffen, von Gegnern immer und immer wieder ausposaunt und aufgebauscht werden, so kann es gewiss Dritten sehr leicht so vorkommen, als verlege er selbst sich systematisch darauf, an der eigenen Partei herumzunörgeln. Dann werden schliesslich auch Arbeiten, die nur den Zweck haben, die Erkenntnis der Partei zu erweitern, statt unter dem Gesichtspunct dieser bei dem sich mit der Theorie Beschäftigenden doch so natürlichen Tendenz von vornherein schon mit dem Gefühl aufgenommen: Aha, da legt er schon wieder gegen uns los! Denn fast jede neue Erkenntnis ist ein Stück Berichtigung eines bisher giltigen Erkenntnissatzes.

<sup>1)</sup> Als die erwähnte Thatsache auf dem Parteitag festgestellt wurde, hat G. Ledebour dies mit einem grossen Aufwand von Entrüstung als unerhörten „Klatsch“ bezeichnet. Nun ist es gewiss zweierlei, eine Verdächtigung auszusprechen und sie öffentlich zu vertreten. Aber wer eine infamierende Aeusserung so laut thut, dass die Umstehenden sie hören, hat kein Recht, sich über ihre Bekanntgabe zu beschweren.

Bei dieser Gelegenheit sei auch festgestellt, dass das „Gelächter“, welches einige Ausführungen des Schreibers dieser Zeilen begleitete, regelmässig von ein paar Leuten inscenirt wurde, die dicht beim Tisch der Berichterstatter Platz genommen hatten und deren lautester G. Ledebour war. Ich würde diese Kleinigkeit nicht erwähnen, wenn nicht in einer Versammlung in Berlin der Versuch gemacht worden wäre, aus dem besagten „Gelächter“ poliüsches Capital zu schlagen, und zwar gerade von — G. Ledebour.

Auf diese Weise sind Sätze, die weder die Praxis der Partei berühren, noch irgend einer ihrer theoretischen Grundlagen zu nahe treten, doch von Gegnern als grundstürzende „Eingeständnisse“ ausgeschrieen und daraufhin von Parteigenossen in der ersten Verblüffung auch als solche betrachtet worden. Dasselbe ist mit Sätzen geschehen, die weder Neues sagten, noch von mir als neu ausgegeben wurden, sondern lediglich im Verlauf irgend einer Entwicklung so vorgeführt wurden, wie man überhaupt in der Beweisführung auf bekannte Sätze zurückgreift. Auf irgend welche Aeusserlichkeit hin sind sie so hingestellt worden, als solle mit ihnen irgend welche neue Weisheit verkündet werden.

Was soll man dagegen thun? Jedesmal mit Richtigstellungen hinterherlaufen? Eine entsetzlich zeitraubende und — ach! — so unfruchtbare Arbeit. Ich habe mir die Finger wund geschrieben, um gewissen Legenden über Tendenz und Charakter meiner Arbeit entgegenzutreten, bin dabei so deutlich gewesen, als es überhaupt nur möglich ist, aber genutzt hat es herzlich wenig. Die Legenden leben lustig weiter.

In einem Punkt freilich muss ich mich schuldig bekennen. Ich habe es mir mehr angelegen sein lassen, mich mit Mitgliedern der eigenen Partei als mit Gegnern auseinanderzusetzen. Das liegt aber auch nun wieder in der ganzen Situation begründet. Man kann wohl mit politischen Gegnern über falsche Darstellung des Inhalts und der Tendenz der eigenen Arbeiten polemisieren, aber wie sie sie von ihrem Standpunct aus werten, das ist ihre Sache, das muss der Schriftsteller über sich ergehen lassen, ob die Wertung ihm angenehm ist oder nicht. Es ist mir ein Vorwurf daraus gemacht worden, dass ich das Lob der Gegner stillschweigend hingenommen hätte, statt mich dagegen aufzubauen. Ich muss aber diejenigen, die den Vorwurf erhoben haben, darauf verweisen, dass ich die abfälligen Kritiken von gegnerischer Seite durchaus nicht anders behandelt habe, als die Lobeserhebungen.

Ich will damit gar nicht gesagt haben, dass mir alles gleichgiltig sei, was über mich geschrieben wird. Das zu behaupten, wäre eine sehr geschmacklose Affectation. Nein, jeder Schriftsteller strebt nach Anerkennung, muss nach ihr streben, wenn er sein Salz wert sein soll. Natürlich zuerst nach Anerkennung der eigenen Genossen. Wie scharf aber auch die politischen Gegensätze sind, so giebt es doch noch Gesichtspuncte, unter denen selbst politische Gegner auf das gegenseitige Urteil Wert legen. Ein jeder will auf dem Felde, auf dem er sich bethätigt, auch vom Gegner geachtet sein. Reinigen wir doch unsere Polemik vom Cant. Wer von uns ist wütend, wenn die Gegner von ihm schreiben, er sei ein tüchtiger Kerl? Wer hat es seinem Verleger verboten, in die Anzeige seiner Schriften lobende Kritiken der Gegner einzurücken? Was verwerflich ist, ist Buhlen um das Lob der Gegner. Ich denke aber, der soll erst noch kommen, der mir derartiges vorzuwerfen wagt.

Also es fällt mir nicht ein, eine Gleichgiltigkeit vorzuschützen, die mir nicht innewohnt. Das Urteil sachkundiger Gegner ist mir, das gestehe ich offen, nicht gleichgiltig. Aber ich halte es nur nicht für passend, an Urteile, die mir nicht gefallen, ohne zwingenden Anlass Polemiken anzuknüpfen.

Nun meinte freilich Bebel, bei dem von ihm erwähnten Urteil der Frankfurter Zeitung über meinen Vortrag bei den Studenten habe ein Anlass vorgelegen, der für mich als Parteimann hätte zwingend sein müssen, da wäre ein Dreinhauen unbedingt geboten gewesen. Ich habe das Citat nachträglich genau

durchgelesen, und was sagt es? Dass ich die von der Frankfurter Zeitung mir zugewiesene Mission, socialdemokratischer Vernichter des Marxismus zu sein, durch den Vortrag total vereitelt habe. Nun habe ich aber die besagte Mission niemals anerkannt, sie vielmehr — obgleich ich zu einzelnen Deutungen des Marxismus mich kritisch verhalte — stets von mir abgewiesen, wie sollte mich da der Vorwurf der Frankfurter Zeitung, dass ich durch den Vortrag mit rauher oder meinetwegen täppischer Hand die „Mission“ zerstört habe, irgendwie aufregen? Der Theoretiker konnte den Tadel ertragen, der Parteimann würde überhaupt nicht durch ihn betroffen, denn irgend welches politische Interesse, irgend welcher Grundsatz, irgend welche Forderung der Partei standen überhaupt nicht in Frage. Die Kritik der Frankfurter Zeitung betraf diesmal lediglich meine Person, und ähnlich die meisten anderen gegnerischen Kritiken, die mir zu Gesicht kamen. Darum liess ich sie auf sich beruhen und suchte vorerst, mich mit den Kritikern aus dem eigenen Lager auseinanderzusetzen. Das ist mir stets als das Wichtigste erschienen. Selbstverständlich solche Kritiker ausgenommen, deren Ton und Methode es dem von ihnen Angegriffenen verbieten, sich mit ihnen in eine Discussion einzulassen.<sup>2)</sup>

<sup>2)</sup> Diese Bemerkung gilt bezüglich der meiner Person gewidmeten Auslassungen von Parvus in den letzten Nummern des abgelaufenen Jahrganges der Neuen Zeit. Allerdings kann ich die betreffenden Artikel diesmal nicht völlig ignorieren. Wohl sind sie auf dem Lübecker Parteitag scharf gerügt worden, aber gedruckt sind sie darum doch, und die in ihnen aufgestellten Behauptungen werden im Inlande und Auslande von Leuten gelesen, die ihre Richtigkeit zu prüfen absolut nicht in der Lage sind. Diese Rücksicht nötigt mich, zwei Punkte herauszugreifen und an ihnen das Kaliber des ganzen Opus blosszulegen.

Gleich am Anfang, auf Seite 740 und 741, behauptet Parvus, ich hätte mich „bitter-jämmerlich“ darüber beschwert, dass ich von Kautsky „hinterlistig“ dazu gebracht worden sei, meine Ansichten „publik zu machen“. „Kann man sich eine lächerlichere Situation denken, als die dieses Parteireformators, dieses Bahnbrechers des internationalen Socialismus etc. etc.“? Wer das liest, muss meinen, ich hätte wirklich irgendwo eine so alberne Beschwerde laut werden lassen, zumal Parvus die Stirn hat, in einer Note hinzuzufügen: „Uebrigens verschiebt Bernstein hier die Thatsachen.“ Thatsächlich ist diese ganze Erzählung von A bis Z eine *Fabrication*, der jede reale Grundlage fehlt. Nichts, was ich gesagt und geschrieben, giebt ihr auch nur einen Schimmer von Berechtigung.

Ich übergehe die Fälschungen meiner Ausführungen über Berufs- und Classengliederung, da sich darüber nicht in einer Note abrechnen lässt, und komme auf einen zweiten Punkt, der sich ebenfalls der Prüfung durch die Leser entzieht.

Nachdem mein Charakter durch die obige Dichtung ins Verächtliche gezogen ist, meine gegenwärtigen Arbeiten durch Fälschungen als wertlos hingestellt sind, muss auch meine literarische Vergangenheit heran. Die lässt sich ja nicht so kurzerhand umdichten. Und so wird auf Seite 745 ff. deduciert, dass wahrscheinlich alles, was ich früher Brauchbares geschrieben, von Fr. Engels herrührte. Was ich bisher aus Engelsschen Briefen — vorsichtigerweise bruchstückweise — veröffentlicht habe, lasse durchblicken, dass ich mir in wichtigeren Angelegenheiten „gern von Engels Rat holte“, und welche ausführlichen, meisterhaft instruirenden Briefe Engels zu schreiben pflegte, wisse man ja. Also der Vogel, der sich mit Engelsschen Federn spreizte. . .

Was soll man derartigen litterarischen Praktiken gegenüber anfangen? Soll ich antworten, dass ich, ausser in Fragen, wo — wie beim Ausbruch des Streits unter den französischen Socialisten, als mir die Klagen der Gegner der französischen Marxisten zu Ohren kamen — ich es für eine Pflicht gegen die Person hielt, Engels um seine Stellungnahme zu den Dingen zu befragen, es mir niemals eingefallen ist, bei Abfassung von Artikeln oder Artikelserien das freundschaftliche Verhältnis zu Engels zu derartigen Anfragen auszunutzen? Dass unser Briefwechsel, ausser in den ersten zwei Jahren, überhaupt kein reger war und nach 1884 fast ganz einschlieff? Soll ich Engels selbst als Zeugen gegen diese Verdächtigung auftreten lassen? Drei Viertel seiner Briefe an mich sind nachträgliche Urteile über von mir verfasste Arbeiten. Oder soll ich auf meine Briefe an Engels

Ob diese Auseinandersetzungen mit Andersdenkenden im eigenen Lager in Zukunft wesentlich abnehmen werden, lässt sich natürlich nicht voraussagen. In einer so grossen Partei wie die Socialdemokratie ist neben dem Tageskampf immer noch Raum für die theoretischen Discussionen, und ihr Verschwinden wünscht niemand. Was aber in Zukunft anders werden wird, als es in der Vergangenheit war, das ist das Wesen und die Adresse dieser Auseinandersetzungen. Sie werden in beider Hinsicht bestimmter werden, als sie vom Ausland her sein konnten, und das wird ihnen viel von dem nehmen, was die früheren Darlegungen einer so grossen Anzahl von Genossen unerquicklich machte. Nie habe ich mir heftigere Angriffe zugezogen, als wenn ich, um nur niemand zu verletzen, mich bemühte, unpersönlich zu bleiben.

So wird vieles von dem, was als Kritik der Partei aufgefasst wurde, von selbst verschwinden, ohne dass der Kritiker factisch auch nur das Geringste von dem aufzugeben braucht, was ihm am Herzen lag und liegt. Kommen dann noch die naturgemässen Rückwirkungen der Teilnahme am Tageskampf hinzu, zu der es keines Congressbeschlusses erst bedurfte, so wird die Gefahr dessen, was man als „einseitige Kritik der Partei“ bezeichnen könnte, auf ein sehr geringes Mass reducirt.

Es ist also factisch nur wenig, was die Resolution 109 verlangt, und nichts, was nicht ohne Preisgabe irgend welchen kritischen Dranges geleistet werden könnte. Ich spreche nicht von Anschauungen, denn um deren Aufgeben hat es sich keinen Augenblick gehandelt. Ich hätte hierin auch nichts versprechen können. Denn wenn ich auch in Deutschland viele Einzelheiten anders gefunden habe, als sie mir aus der Ferne erschienen waren, so ist das Gesamtbild der Bewegung und ihrer Entwicklungsbedingungen doch nicht wesentlich anders, als es sich dem aufmerksamen Verfolger der Presse und sonstiger Informationsquellen von aussen her darstellte.

Zum Schluss noch ein Wort über die kritische Thätigkeit. Von irgend einer Seite ist mir Mangel an Entschiedenheit vorgeworfen worden, weil ich nicht selbst den Antrag auf Aenderung des Parteiprogramms gestellt habe, während dagegen Bebel keinen Augenblick gezögert habe, einen solchen anzukündigen. Darauf ist zu erwidern, dass es ganz etwas anderes ist, ob solch

---

verweisen, die ja noch unter Verschluss in seinem Nachlass liegen, und aus denen man ersehen kann, wie häufig ich seine Freundschaft in dieser Weise ausgebeutet habe?

Indes, wozu sich ereifern? Dass ich Engels viele wertvolle Informationen, viele fruchtbare Anregungen verdanke, habe ich nie verschwiegen, wie ich nie aufgehört habe, mich zur Schule von Marx und Engels zu rechnen. Also nicht darum handelt es sich hier. Es ist auch nicht, dass ich meine früheren Arbeiten besonders hoch wertete und mir den Ruhm der alleinigen Urheberschaft dieser Leistungen unbedingt wahren zu müssen glaubte. Wie viel von dem, was wir schreiben, ist denn überhaupt Frucht eigenen, originalen Denkens? Wie selten sind wir selbst dann original, wenn wir uns durch die äusseren Umstände, unter denen wir eine Gedankenreihe gebildet haben, einen Augenblick in die Vorstellung hineintäuschen lassen, dass wir es seien? Nein, nicht um das Bisschen moralischer Autorschaft an den betreffenden Arbeiten handelt es sich hier für mich. Ich habe mir nie sonderlich darauf zu gute gethan. Mir kommt es hier nur darauf an, die Methode blosszulegen, mit der von dieser Seite daran gearbeitet wird, den litterarischen Vertreter einer unbequemen Anschauung in jeder Hinsicht zu discreditieren. Ihre Unverfrorenheit springt in die Augen, den Grad ihrer Nichtswürdigkeit aber zu ermessen, erfordert eine Kenntnis der Dinge, die kaum der hundertste besitzt. Darum verzeihe man mir diese Abschweifung aufs Persönliche.



ein Antrag von jemand gestellt wird, der sozusagen mitten im Feuer steht, oder von jemand, der bisher fast nur auf dem Gebiete der Theorie arbeitete. Was sich für den einen schickt, passt darum noch nicht für den andern. Der letztere mag früher erkennen, dass das Programm objectiv verbesserungsbedürftig ist, der andere aber ist mehr in der Lage zu ermessen, ob das Bedürfnis nach Aenderung des Programms auch wirklich in der Partei vorhanden und wann der rechte Moment zur Vornahme der Aenderung gekommen ist. Es giebt auch da mit der Arbeitsteilung eine Verteilung der Rechte. Beschäftigt hatte mich der Gedanke übrigens auch, aber abgesehen von dem erwähnten persönlichen Umstand hielt mich noch eine sehr starke sachliche Rücksicht davon ab, den Antrag zu stellen, nämlich die voraussichtliche Nähe der Neuwahlen für den Reichstag.

Principiell wird man es aber bei dem Verhältnis bleiben lassen müssen, dass es Sache der auf dem Gebiete der Theorie Arbeitenden ist, die Frage, ob Programmpuncte noch stimmen, vorprüfend zu behandeln, und die Sache der Kämpfer, den Zeitpunkt der factischen Revision zu wählen. Ich gestehe offen, mir eilt es trotz meiner Ketzereien nicht mit der Revision. Mir scheinen die Geister für eine solche noch nicht genug vorbereitet, die Rückwirkungen der Reibereien der letzten Jahre noch zu stark, als dass schon bei allen Beteiligten die volle Unbefangenheit des Urteils vorausgesetzt werden könnte, die für solche Arbeit, wenn sie erspriesslich sein soll, erfordert ist. Worum kann es sich denn bei der Revision handeln? Nicht um Aenderung der Principien, — die sind vielmehr von vornherein gegeben. Auch nicht um Aenderung der Taktik. Von der steht nichts im Programm, sie wird nach Lage der Sache entschieden. Bleibt die Revision gewisser Aufstellungen über die Tendenzen der modernen Entwicklung und etwa die Revision gewisser Sätze in der Abteilung der Forderungen. Die Lücken der letzteren kann man auf dem Wege der Resolutionen ausfüllen, und die Frage der Abänderung der Sätze über die Entwicklungstendenzen ist für den praktischen Kampf nicht dringend genug, um übers Knie gebrochen zu werden, unter dem theoretischen Gesichtspunct aber bedeutungsvoll genug, um nicht übers Knie gebrochen zu werden. Sie ist meines Erachtens noch im Stadium der Voruntersuchung. Sie aus ihm herauszubringen, damit, wenn einmal revidiert wird, auch ganze Arbeit geleistet werde, ist Sache der theoretischen Discussion, und wenn sie unternommen werden kann, ohne dass die Vorstellung erweckt wird, es handle sich um „Kritik der Partei“, dann ist auch ein erspriessliches Resultat zu erhoffen<sup>3)</sup>.

<sup>3)</sup> Ein Beispiel dafür, wie misslich es ist, über Programmfragen in einem Moment zu entscheiden, wo ein stark persönlich geführter Kampf noch in den Köpfen nachspukt, liefert die Schlacht, die zur Zeit einige österreichische Socialisten dem zur Beratenden Entwurf eines neuen Parteiprogramms liefern. Sie wenden sich heftig gegen die Ersetzung des Satzes von dem zunehmenden Elend der Arbeiter durch einen Satz, in dem statt der unbeweisbaren Verelendung die sehr beweisbare Thatsache der ganz unzureichenden Teilnahme der Arbeiter am Steigen des socialen Reichtums festgestellt wird. Das sei ein unerhörtes Zugeständnis an — Bernstein. Zum Glück, oder, wenn man ... zum Unglück, hat nun gerade jetzt die Neue Zeit einen Brief von Fr. Engels über den ersten Entwurf zum Erfurter Programm veröffentlicht, und da zeigt es sich, dass auch Engels an dem Wort Elend im Programm Anstoss nahm. Man kann den, wie Figura zeigt, noch immer grassirenden Uebermarxismus nicht besser illustrieren, als durch diese Thatsache. Oder sollte vielleicht Engels ein verkappter „Bernsteinianer“ gewesen sein? Die Sache ist der Untersuchung wert. Caveant consules!

# Justiz und Politik in Oesterreich.

Von

Friedrich Hertz.

(Wien.)

Ein charakteristischer Zug im öffentlichen Leben Oesterreichs ist die anderswo unerhörte Verpöbelung. Es ist kaum möglich, dem Auslande verständiglich zu machen, wie excessiv die Roheit, wie erfinderisch die Gemeinheit, wie scrupellos die Lüge und Verleumdung sich in Oesterreich entwickelt, wie sie Rechtsgefühl und politischen Anstand corrumpiert und eine fast unumschränkte Gewaltherrschaft sich erobert haben. Diesen Umgangsformen unseres politischen Lebens fällt eine grosse Verantwortung für seine Unfruchtbarkeit und Leerheit zu. Sie verhindern, dass sich kenntnisreiche und ehrenhafte Männer der politischen Vertretung des Bürgertums zuwenden, sie haben dieses dadurch selbst auf das tiefste Niveau politischen Unverstandes gebracht. Bürgerliche Talente, an denen Oesterreich nicht arm ist und die anderswo Zierden des öffentlichen Lebens geworden wären, ziehen es vor, die Beschimpfungen und Verleumdungen, die einem Politiker nicht erspart bleiben, zu vermeiden, und bleiben teils im Privatleben, teils suchen sie ihren Thätigkeitsdrang im Staatsdienst wirksam zu machen. Daher auch die sonderbare Erscheinung, dass wohl keine Bureaukratie neben den unfähigsten, durch Geburt und Protection emporgehobenen Gliedern auch so tüchtige, ehrenwerte und gesunde Elemente aufweist, wie die österreichische. Ein Vergleich mit dem deutschen Durchschnitt würde wohl nicht zu unseren Ungunsten ausfallen. Das sachliche Argument hat heute im politischen Leben Oesterreichs jeden Wert verloren. Die grössten Schreier tragen den Sieg davon. Und das unter der Herrschaft eines Wahlrechts, das ein Hohn auf die Demokratie ist, indem das allgemeine Wahlrecht als Decorationstück verwendet wird und geradezu vorsintflutliche Formen der Ständevertretung herrschen! Wohl kein Schimpfwort war aber wohl „österreichischer“, als das Dictum des christlich-socialen Wäschehändlers Gregorig, der Professor Philippovich im niederösterreichischen Landtag Bildungsprotz titulierte. Ist es nicht angesichts dieser kleinbürgerlichen Schreckensherrschaft erklärlich, dass bei den letzten Wahlen der höchste Richter und grösste Jurist Oesterreichs, Josef Unger, gemeinsam mit gewesenen Ministern seinen Stimmzettel offen für den Socialdemokraten abgab? Man erlaube uns nur noch zur näheren Charakterisierung der geschilderten Zustände einige Zwischenrufe aus dem niederösterreichischen Landtag wiederzugeben, die meist getreulich in den Protokollen verzeichnet sind.<sup>1)</sup> Die christlich-socialen Abgeordneten: Steiner: Schuft, frecher Bursche, hinausschmeissen, Gemeinheit, Frechheit. Vergani: Gezahlter Provocateur, elender Denunciant, Spitzbube, Maul halten! u. s. w. Andere christlich-socialen Volksvertreter: Schuft, Schurke, Landstreicher, erbärmlicher Gauner, Spitzbub', schlagt's ihn nieder! hängt's ihn auf! u. s. w. Gregorig (zu Philippovich): Professorenprotz, Crowot, Professorenflegel. Schneider: Schönerer-Bagage, Judenknecht, Lausbuben, Schussgeld für Juden, Juden vertilgen. Schöffel: Ganz gemeiner elendiger Mensch, du armselige Canaille. Strobach, Vicebürgermeister von Wien (im Reichsrat zu Wolf): Dummer Junge, 'Schandbube, Cognacsäufer, Bordellritter, Buben, Kusch, Hanswurst u. s. w. Abg. Schneider (im Landtag zu Kronawetter): Narrischer Tonl. Derselbe: Lausbub' kraupertey,

<sup>1)</sup> Vide Stenographische Protokolle, II. Session, VIII. Wahlperiode, 1.—34. Sitzung und Neue Freie Presse oder Wiener Arbeiterzeitung, Februar-März 1898.

Gesindel, Fallot, Rotzkerl, Binkeljud', jüdische Lumpen, Insectenknabe, Esel u. s. w. u. s. w. Den Justizminister nennt derselbe Schneider einen von Juden bestochenen Lumpen; einen der höchsten Richter, den Hofrat Burkhard, nennt Lueger Spitzbub', Schurke u. s. w. Natürlich alles unter dem Deckmantel der Immunität.

Wer den Höhepunct schamloser Verlogenheit kennen lernen will, den die christlich-socialc Schmutzpresse erreicht hat, der lese den Bericht des Deutschen Volksblattes über die socialdemokratischen Wahlrechtsdemonstrationen.<sup>2)</sup>

Damit aber unsere auswärtigen Genossen die volle Gemeinheit unseres Kleinbürgerpöbels kennen lernen, wollen wir die Vorfälle nach der Wahl des Genossen Dr. Adler in Favoriten erwähnen. Behufs Agitation bei jener Wahl hatte sich ein aus Genossinnen und bürgerlichen Frauen gebildetes Frauencomité gebildet, an dessen Spitze eine sehr bekannte Genossin, die als Schriftstellerin bedeutend ist, sowie eine adelige Frau, die Botschafterswitwe und Palastdame der Kaiserin war, standen. Unter den bürgerlichen Frauen befanden sich Frauen von Universitätsdocenten, Studentinnen u. a. — Gewiss hat die eifrige Agitation der Frauen manches zum Sieg Adlers beigetragen, und aus Rache brachten die christlich-socialen Blätter die unerhörtesten Beschimpfungen gegen jene vor. Wir geben bloss einige „Proben“ aus der Deutschen Zeitung. Diese schrieb am Tag nach der Wahl u. a.:

„Sie haben's also wirklich erreicht, die Socialdemokraten und ihre Verbündeten von den Prostituierten an bis hinauf zu den Automobilbesitzern! Der Nachfolger Schlesingers im Landtag wird ein Jude sein, der schädlichsten, gemeingefährlichsten einer, der Consument der Arbeiterkreuzer, Dr. Adler! Und mit was für Mitteln ist es ihnen gelungen! Was sich nur ersinnen lässt an niederträchtigster Gewaltthat, an unerhörtestem Terrorismus, das haben sie heute ins Werk gesetzt zum höheren Ruhm der internationalen, jüdisch-liberalen Socialdemokratie. Aus dem Wagen hat man Wähler herausgerissen, gemisshandelt und neben der Wahllegitimation auch gleich der Brieftasche beraubt, auf offener Strasse antisemitische Agitatoren angefallen und ihnen nicht nur das Agitationsmaterial, nein, auch den gesamten Inhalt ihrer Taschen entwendet, die Gewerbetreibenden in einer Flugschrift gewarnt, nur ja nicht durch antisemitisches Wählen die Boycottierung ihres Betriebes durch die Socialdemokraten herauszu beschwören. Von den einfachen Mitteln der Wahlbeeinflussung bis zum offenen Strassenraub haben die Socialdemokraten und ihre Helfershelfer geleistet, was zu leisten war. Doch damit nicht genug, setzten sie noch einen neuen Tric in Scene, der hiermit allen Geistesverwandten der Socialdemokraten empfohlen, für alle Zeiten aber zur Schmach und Schande dieser Partei, die Thron, Altar und Familie den Tod geschworen hat, festgenagelt sei: Dutzende von „Priesterinnen“ der freien Liebe, von denen ein Teil als Insassinnen eines in der Novaragasse unscher aufzufindenden Hauses festgestellt wurde, wurden mit der bekannten Talmielegan aufgeputzt und in Fiaker gesetzt, um säumige Wähler für Dr. Adlers Wahl zu — interessieren. Mit was für Mitteln diese Dirnen es dahin gebracht haben, die Wahlberechtigten zu überzeugen, dass der Jude Adler der richtige Vertreter für den Bezirk Favoriten sei, das weiss ausser den „Beteiligten“ nur noch die Polizei, welche mehrere dieser Hetären abfang und ihnen ihr sauberes Handwerk zumindest für die Dauer des heutigen Tages legte. Die Arbeiter aber, welche von ihrem sauer erworbenen Verdienst zu den verschiedenen socialdemokratischen Fonds beizusteuern gezwungen sind, mögen es wissen, wohin ihre Arbeiterkreuzer gewandert sind. Billig sollen die „Pensionsvorsteherinnen“ aus der Novaragasse ihre lebende Ware nicht ausserdienstlich weitergeben. Einem künftigen Sueton möge es vorbehalten sein, dieses Schandcapitel aus der Geschichte socialdemokratischer Corruption festzuhalten! Für die Bundesgenossen der Socialdemokraten muss es aber ein erhebendes Gefühl sein, Schulter an Schulter mit diesem weiblichen Abschaum der Menschheit gekämpft zu haben

<sup>2)</sup> Abgedruckt in der Wiener Arbeiterzeitung vom 8. Juli 1899.

für den Juden Adler, in einer Reihe gestanden zu sein mit öffentlichen Schand dirnen, als es galt, den Antisemiten ein Mandat zu entreissen."

Der Leser verzichtet wohl auf weitere Illustrationen. Wir haben auch diese nur vorgebracht, um den Vorwurf zu vermeiden, als sei unsere Anklage der Verpöbelung ein Ausfluss von Wehleidigkeit, die einer radicalen Partei schlecht anstehe. Nun bedenke man, dass sich die bürgerlichen Parteien zwar unter einander nicht gleich behandeln. Die Christlich-Socialen überschimpfen alle, doch kommen ihnen die Alldeutschen fast gleich. Diese letzteren haben es neuerdings besonders auf die Volkspartei und die Liberalen abgesehen, während die Christlich-Socialen wenigstens die erstgenannte Partei milder behandeln. Aber in einem Punct vereinigen sich die feindlichen Brüder: gegen die Socialdemokratie richtet sich die Schimpf- und Verleumdungswut aller Parteien.

Die Folgen bedürfen wohl keiner Ausmalung. Wenden wir uns der Frage zu, wie dieser morbus Austriacus, die Schimpf- und Lügenseuche, wirksam zu behandeln sei.

\* \* \*

Es wäre kurzichtig, die historischen Gründe der geschilderten Zustände zu verkennen. Aber diese liegen ausser dem Bereiche unseres Handelns. Mehr Aufmerksamkeit verdienen die Mängel unseres Pressrechtes und Strafverfahrens, auf die wohl bei der uns bevorstehenden Pressnovelle wieder die öffentliche Aufmerksamkeit sich richten dürfte. Es handelt sich für uns nun darum, die notwendigen Reformen im Sinne der Demokratie und nicht nach den Absichten der heimlichen und offenen Reactionäre zu erzielen. Da ist es aber notwendig, die uns erreichbaren Gründe des Uebels unbefangen zu untersuchen. Es dürfte diesem Zweck dienen, wenn wir zwei in der letzten Zeit vorgekommene interessante Fälle von Ehrenbeleidigungen durch die Presse hier erwähnen.

Vor einigen Wochen machte der Fall Dr. Jesch contra Icha Aufsehen. Der Letztgenannte, Herausgeber eines christlich-socialen Blattes, hatte den liberalen Bürgermeister von Körneuburg Dr. Jesch beschimpft und einer unehrenhaften Handlungsweise bezichtigt. Geklagt erklärte er, keinen Wahrheitsbeweis führen zu können; trotzdem wurde er von den Geschworenen freigesprochen. Die Geschworenen waren eben Christlich-Sociale. Wie wenig die öffentliche Meinung das Urteil billigte, zeigte sich in den grossen Ovationen, die die Bürgerschaft dem Dr. Jesch bereitete, und in seiner demonstrativen Ernennung zum Ehrenbürger. —

Kurze Zeit darauf standen die Redacteurs der Arbeiterzeitung H. Schulz und J. Reumann vor den Wiener Geschworenen. Ein Dr. Wesselsky hatte in einer Rede schauderhaften Blödsinn über Marx verzapft, und Schulz hatte ihm nationalökonomische Unwissenheit in der scherzhaften Form zum Vorwurf gemacht, dass er schrieb, der Herr Doctor müsse beim politischen Examen seine Professoren „gefoppt“ haben. Dieser gewiss harmlose Vorwurf wurde von Dr. Wesselsky zum Object einer Klage gemacht: Obwohl nun Unkenntnis der Nationalökonomie gewiss keine die persönliche Ehre schmälernde Thatsache ist, fanden die Geschworenen beide Redacteurs einstimmig schuldig. Schulz wurde zu einer Strafe von 500, Reumann zu 300 Kronen verurteilt. —

Diese Prozesse sind noch verhältnismässig harmlos unter den oft ungläublichen Urteilen österreichischer Geschworener in politischen Processen. Man hat die Geschworenen oft mit Unrecht angegriffen, und ich selbst gehöre zu ihren unbedingten Anhängern. Insbesondere wird man bedenken müssen, dass die oft sonderbar erscheinenden Wahrsprüche in nichtpolitischen Processen aus der Nötigung entspringen, in die unser vorsintfluthes Strafgesetz mit

seinen aus dem vorigen Jahrhundert stammenden Rechtsanschauungen die Geschworenen versetzt, entweder sich an den Buchstaben des Gesetzes zu halten und das moderne Rechtsgefühl gröblich zu verletzen oder das Gesetz zu corrigieren. Speciell die geänderte Schätzung und Würdigung der Gefühls-motive, der Leidenschaften, des unwiderstehlichen Zwanges bringen es mit sich, dass die Geschworenen in allen Ländern manche Verbrechen — so regelmässig die Tötungsverbrechen, verbrecherische Handlungen von verführten Mädchen, Zweikampf und dergl. — sehr milde zu beurteilen geneigt sind.<sup>3)</sup> Andererseits entspringt es dem Classencharakter der Geschworenen, dass Eigentumsdelicte oft unverhältnismässig streng behandelt werden. Eine Anklage wegen Pferdediebstahls oder Brandlegung bedeutete in manchen ländlichen Bezirken früher sichere Verurteilung. Mit Entsetzen haben wir in den letzten Monaten mehrere Fälle wahrgenommen, in denen österreichische Geschworene Kinder, die, von Hunger oder Unverstand getrieben, ein Delict begingen, dessen Tragweite sie nicht erfassen konnten — z. B. ein Gebäck einem anderen Kinde mit Gewalt fortnahmen oder aus Leichtsinne ein Haus anzündeten —, zu vielen Jahren Kerker verdammt. Und war nicht die Grundlage des Löbtauer Urteils ein „Wahrspruch“ von Geschworenen?

Wie dem auch sei, diese empörenden Ungerechtigkeiten in rechtlicher Form können abgestellt werden durch eine moderne Reform unseres materiellen Strafrechts. Nicht jedoch kann die politische Voreingenommenheit bürgerlicher Geschworener auf diesem Wege unwirksam gemacht werden. Wir haben ja erst in letzter Zeit ein Beispiel erlebt, dass selbst bei gemeinen Verbrechen politische Motive hineinspielen können. Man denke an den Polnaer Process, wo sich in der Fragebeantwortung ganz deutlich ausdrückte, dass die Geschworenen — beidemal einstimmig! — von der Annahme eines Ritualmordes ausgegangen waren.

Hier scheint uns nun ein bedeutender Grund der Verrohung unseres öffentlichen Lebens zu liegen. Nicht darin liegt das Malheur, dass ab und zu jemand verurteilt wird, der es nicht verdient, und vice versa, sondern darin, dass kein anständiger Mensch sich mehr in politischen Sachen vor Geschworenen trauen kann, die nicht unzweifelhaft seiner Partei angehören. Die ungeheuerlichsten Beschuldigungen mit directer Namensnennung geniessen Straffreiheit, wenn sie von Angehörigen der local mächtigen bürgerlichen Parteien erhoben werden. Der Betroffene darf natürlich in seinem „sicheren“ Bezirk ebenso zurück schimpfen. Und kann man es schliesslich unseren Geschworenen verargen, wenn sie, die täglich die Socialdemokratie als den Auswurf der Menschheit in ihren Blättern geschildert finden, nun einem solchen Auswürfling unbedingt Unrecht geben? Müssen sie in ihrem beschränkten Kleinbürger-verstand es nicht direct als Pflicht der moralischen Gerechtigkeit ansehen, mit ihrem Wahrspruch das „verratene, beschimpfte“ u. s. w. Christentum resp. Deutschtum zu rächen? Was nützt das Ablehnungsrecht der Parteien, wenn auch die übrig bleibenden Geschworenen derselbe Fanatismus besetzt? Dabei ist noch zu beachten, dass unser Gesetz vom 23. Mai 1873 den wesentlichsten Einfluss bei der Anlage der Geschworenenurlisten und der Auswahl der „Befähigten“<sup>4)</sup> in die Hände der Gemeindevorsteher legt und erwiesenermassen z. B. in Wien so vorgegangen wurde, dass alle Gegner der christlich-socialen Partei ferngehalten wurden.

<sup>3)</sup> Vide Belege zu diesen und den folgenden Behauptungen in Benedikt: Der Einfluss des Schwurgerichts auf das materielle Strafrecht (Wien 1888), ferner Juristische Blätter, Band XXI, 1892, pag. 210; Band XXVIII, pag. 308 u. s. w.

<sup>4)</sup> In Orten, die kein eigenes Statut besitzen, wählt der Bezirkshauptmann diese aus der Urliste.

Bei der Einführung der Geschworenengerichte suchte man, die Unabhängigkeit der Gerichte nach oben zu sichern; das weniger differenzierte, gemässigtere und vor allem social noch weniger zerklüftete Parteileben der damaligen Zeit schien keine Gefahren zu enthalten. In unserer Zeit des Classenkampfes tritt der Classencharakter der Geschworenen immer mehr hervor. Am ärgsten aber müssen sich die Zustände in Oesterreich gestalten, wo der unsinnigste Rassenhass und die geringe politische Bildung des herrschenden Kleinbürgertums dazukommen. Wehrlos ist der Arbeiter und der Gebildete dem fanatisierten Kleinbürger ausgeliefert. Die Schimpf- und Verleumdungsfreiheit hat ihn taub gemacht gegen die Stimme der politischen Gerechtigkeit, und so schützt er wieder mit seinem „Wahrspruch“ die Freiheit des Schimpfens, — die einzige, die uns in Oesterreich noch blüht!

Noch andere Annehmlichkeiten verdanken wir diesem politischen Faustrecht. Mit Müh' und Not hat sich wenigstens der Staat durch das „objective Verfahren“ gegen die gar nicht objectiven Geschworenen geschützt. Man weiss, welche Geißel für die radicale Presse diese österreichische Specialität ist. Der Staat kann gegen die Presse einschreiten im „subjectiven Verfahren“, indem er den Verfasser des beanstandeten Artikels vor die Geschworenen stellt, oder im „objectiven Verfahren“, indem er „bloss“ confisciert und die Berufung durch seine hierfür competenten Berufsrichter abweisen lässt. Keine Zeitung Oesterreichs führt einen so klugen und energischen Kampf gegen diese Einrichtung, wie die Arbeiterzeitung, aber keine Presse empfindet auch schwerer den Druck dieses Systems, als die socialdemokratische. Wiederholt hat die Arbeiterzeitung gefordert, dass auch im „objectiven Verfahren“ Geschworene berufen werden. Aber nach den gemachten Erfahrungen scheint es unwahrscheinlich, dass eine Regierung sich darauf einlässt.

Man lese, was Franz von Liszt über die Rechtsprechung der österreichischen Pressjury von 1869 schreibt, die den Missbrauch des objectiven Verfahrens direct verschuldet hat:

„Die Wirklichkeit übertraf die schlimmsten Erwartungen; der Fehler, den die Gesetzgeber begangen (nämlich: die Jury nur für Presssachen einzuführen. D. V.), hatte Zustände im Gefolge, welche, noch heute fortwirkend, auf den dunkelsten Blättern in der Geschichte der österreichischen Rechtspflege verzeichnet werden müssen. Nationale Leidenschaft führte das Schwert der Gerechtigkeit: in Prag, Krakau, Cilli, überall, wo der Rassenkampf entbrannt war, kamen die trotz unzweifelhafter Schuld der Angeklagten erfolgenden Freisprechungen einer förmlichen Justizverweigerung gleich. Dieser Erscheinung gegenüber griffen die Organe der Staatsgewalt zu einem nicht minder bedauerlichen Auskunftsmittel. Der offenen Missachtung des Gesetzes antwortete man mit der Umgehung desselben; das „objective Verfahren“ zur Regel machend, beschränkte man die staatsgrundgesetzliche Competenz der Schwurgerichte auf wenige Ausnahmefälle...“<sup>5)</sup>

Wahlberg<sup>6)</sup> citiert eine Reihe von damaligen Urteilen, aus denen wir einige auswählen.

Die Prager Pressjury wurde gefragt: Ist der Angeklagte Jacob Arbes schuldig, durch die Sätze: „Im Laufe der letzten zehn Jahre ist die österreichische Regierung aus Italien ausgepeitscht worden — und ihre unterschiedlichen k. k. Lumpen übersiedelten von dort zu uns nach Böhmen, um da uns weiter zu dienen, — item wurde die österreichische Regierung aus Transleithanien

<sup>5)</sup> Vide Franz von Liszt: Lehrbuch des österreichischen Pressrechts (1878) pag. 25 ff.

<sup>6)</sup> Vide Allgemeine Deutsche Strafrechtszeitung, herausgegeben von Holtzendorff, 1871, XI., pag. 463—465.

ausgepeitscht, und abermals übersiedelten ihre k. k. Lumpen nach Böhmen, wo sie unter dem Namen Ungarn gegenwärtig wieder „dienen“. So ist es geschehen, dass die grössten k. k. Blutegel sich unter uns eingefunden haben. Aber die Herrschaft dieser nichtsnutzigen „verfassungstreuen“ Clique nimmt sichtlich ein Ende u. s. w. . .“ andere zum Hass und zur Verachtung gegen die Organe der Regierung in Beziehung auf ihre Amtsführung aufzureizen gesucht zu haben: durch Schmähungen?

Einstimmig: Nein!

Auch auf die Frage, ob dadurch die Organe der Regierung verächtlicher Eigenschaften oder Gesinnungen geziehen wurden, erfolgte einstimmig: Nein!

Selbst die Frage, ob dadurch die Organe der Regierung dem öffentlichen Spott ausgesetzt wurden, wurde einstimmig verneint.

Josef Zidek erklärte im Svoboda, die gegenwärtige liberale Regierung solle eigentlich die Kannibalenära heissen, mit so gottschänderischer Brutalität sei schon seit zwei Jahren gegen das böhmische Volk nicht vorgegangen worden. Die Doctoren Herbst, Giskra, Hasner (die Führer der Liberalen) werden als die ärgsten Wüteriche unter dem deutschen Volk bezeichnet. Die Prager Geschworenen verneinen einstimmig jede ehrenbeleidigende Tendenz in diesem Artikel.

Das Krakauer Schwurgericht wurde gefragt, ob sich Ludwig Gumpowicz durch einen Artikel, in welchem die böhmischen Schwurgerichte als Muster empfohlen worden, weil sie ohne Rücksicht auf das Gesetz systematisch alle Journalisten wegen ihrer patriotischen Tendenz „nichtsuldig“ erkennen, schuldig gemacht habe, gesetzlich verbotene Handlungen gutgeheissen zu haben? Einstimmig: Nein! —

Man sieht, der morbus Austriacus ist nicht neuen Ursprungs, er sitzt tief im Volksorganismus.

Die Fragen der Reform des Pressgesetzes werden demnächst in Oesterreich auf der Tagesordnung des Parlaments stehen, dem die Regierung eine Novelle vorzulegen beabsichtigt, die das objective Verfahren und das Colportageverbot beseitigt. Als Compensation soll die Ueberweisung der Beleidigungen durch die Presse an Berufsrichter geplant sein. Natürlich können wir von unserem demokratischen Standpunct aus uns mit der letztgenannten Reform ganz und gar nicht befreunden. Es wird sich vielmehr darum handeln, technische Verbesserungen am Strafverfahren vorzunehmen, die im demokratischen Sinne die Missstände bekämpfen.

\* \* \*

Die Geschworenengerichte haben sich entwickelt aus dem Institut der Gemeindezeugen; erst allmählich wurden aus den Zeugen richterliche Personen. Der Grundgedanke war, dass das Geschworenverfahren eine Begünstigung des Angeklagten sei, ein Billigkeitsgericht gegenüber dem strengen formalistischen Volksgericht. Dem entspricht es, dass dieses Verfahren ursprünglich ein privilegiertes<sup>7)</sup> war. Es kam in Fiscalprocessen zur Anwendung, wurde minus potentes, den Witwen, Waisen u. s. w., zugestanden. Auch bei der

<sup>7)</sup> Vide Sir James Fitzjames Stephen: History of the criminal law of England Vol. I, pag. 255. Ferner Brunner in Holtzendorfs Rechtslexikon, 1881. III. 1. pag. 624 ff., 632 ff. Später wurde es gegen Geld vom König verliehen. Seit der Magna Charta hängt die Berufung auf die Jury vom freien Belieben des Angeklagten ab. Später wurde der Angeklagte durch Folterung dazu gezwungen, aber der Gedanke erhielt sich, dass jemand durch eine Jury nur dann gültig schuldig gesprochen werden konnte, wenn er sie selbst angerufen hatte. — Diese Auffassung kommt auch heute noch in der den Angeklagten begünstigenden Forderung nach Einstimmigkeit oder Qualification der verurteilenden Stimmen zum Ausdruck.

späteren Reception des vollausgebildeten Instituts war der Gedanke massgebend, dass dem Angeklagten ein Schutz gegen Willkür von oben, wie eine billige Berücksichtigung der öffentlichen Meinung zu gute kommen solle. Welcher Widerspruch ist es nun, wenn wir sehen, wie diese zum Vorteil des Geklagten geschaffene Einrichtung oft seine Lage direct verschlechtert? Wäre es nicht angezeigt, in gewissen Fällen<sup>8)</sup> dem Angeklagten die Wahl freizustellen, ob er vor Geschworene oder vor Berufsrichter gestellt werden soll? Ich bin überzeugt, dass, wenn der Polnaer Angeklagte von Berufsrichtern verurteilt worden wäre, kein Mensch an seiner Schuld zweifeln würde, während so der das Rechtsgefühl schädigende Eindruck vorhanden ist, als ob ein Ritualjustizmord begangen worden sei. In einem Fall von Ehrenkränkung kann uns wenigstens diese Möglichkeit nicht schaden, wenn wir einmal als Kläger auf-treter, da wir ja nirgend auf Geschworene unserer Partei rechnen dürfen und selbst, wenn solche vorhanden wären, sie sich gewiss nur von rechtlichen Erwägungen leiten lassen würden. Treten wir also als Kläger auf, so wird schlimmstenfalls der Beklagte von den Geschworenen nach wie vor freigesprochen werden, denn die Berufsrichter wird er zum eigenen Vorteil nicht wählen; sind wir jedoch die Beklagten in einem ausgesprochen parteipolitischen Process, so haben wir den Vorteil, die günstigeren Urteilsfinder zu wählen. Im allgemeinen aber können wir zu den österreichischen Richtern — wenn auch einige Holzingers sich finden — doch einiges Vertrauen haben. Der österreichische Richterstand ist theoretisch viel durchgebildeter, als der deutsche, und jedenfalls nicht so vom Classengeist und Standesdünkel erfüllt, wie manche deutschen Richter sein sollen. Ja, Fälle von vorgeschrittenem socialpolitischem Geist sind nicht sehr selten. Und vor allem fühlt sich selbst der voreingenommene Richter mehr durch den Buchstaben des Gesetzes gebunden, als der fanatisierte „Richter aus dem Volke“.<sup>9)</sup> Es wäre freilich zu wünschen, dass der Richterstand geistig-moralisch wie ökonomisch unabhängig gestellt werde, ersteres durch eine moderne Reform der juristischen Studien und durch das Verbot der Annahme von Titeln, Orden und des Adels, letzteres durch eine entsprechende Besoldung, die nur mit den Dienstjahren sich von selbst erhöht.

Ferner müssen wir bedenken, dass selbst, wenn die vorgeschlagene Reform einmal einem politischen Gegner unbillig nützen würde, es noch immer besser ist, wenn ein Schuldiger freigesprochen wird, als dass ein Unschuldiger durch fanatisierte Classengegner schuldig erklärt wird.

Es wäre ferner angezeigt, dass diese Auffassung des schwurgerichtlichen Verfahren als eines Billigkeitsgerichtes, eines Privilegs des Angeklagten, auch darin zum Ausdruck käme, dass der Angeklagte verlangen kann, es sei ein Berufsrichter bei der Beratung der Geschworenen beizuziehen.<sup>10)</sup> Jetzt vollzieht sich diese gänzlich uncontrolierbar; der einzelne Geschworene, der sein Rechtsgefühl höher stellt, als seine politische Leidenschaft, ist unter Umständen dem Terrorismus der Mehrheit ausgesetzt.<sup>11)</sup> Es wird mir der wohlbeglaubigte

<sup>8)</sup> Technisch wären diese etwa so zu bestimmen, dass falls 20 von der Verteidigung zu führende Zeugen unter Eid oder Handschlag bekräftigen, dass die öffentliche Meinung gegen den Angeklagten voreingenommen sei, diesem das Optionsrecht zusteht.

<sup>9)</sup> Eventuell könnte für derartige Prozesse eine Art von Schöffencollegien von Fall zu Fall gebildet werden.

<sup>10)</sup> Dieser Vorschlag darf keineswegs verwechselt werden mit dem eine nur äusserliche Aehnlichkeit aufweisenden Schöffeninstitut.

<sup>11)</sup> Ein Fall wird mir mitgeteilt, dass im Beratungszimmer die Geschworenen sich ängstlich hüteten, anders zu stimmen, als ein mächtiger mit der Gemeinde in Verbindung stehender Grosshändler; — aus Furcht vor wirtschaftlicher Schädigung.



Fall mitgeteilt, dass bei einer Verhandlung gegen einen Genossen, der wegen einer satirischen Kleinigkeit geklagt war, der Geschworenenobmann im Beratungszimmer mit den Worten anfang: „Also, meine Herren, sind wir Christen oder sind wir's nicht?“ Der einzige anwesende liberale Geschworene teilte dann diese Aeußerung dem Angeklagten mit. — Wenn ein Berufsrichter — natürlich kein Mitglied des mit den betreffenden Geschworenen amtierenden Gerichtshofes — anwesend wäre, wären ähnliche Vorkommnisse unmöglich, und die unparteiischen Geschworenen hätten einen Rückhalt.<sup>12)</sup>

Einer der grössten Mängel im heutigen Rechtsschutz der Ehre ist das Fehlen eines Schutzes der politischen Ehre der Parteien. Es ist heute möglich, die gemeinsten Beschimpfungen und Verleumdungen gegen eine politische Partei zu richten und dadurch Tausende in ihrer Ehre und ihren Gefühle zu kränken, ohne in Strafe zu verfallen. Beschimpfungen, die gegen Einzelpersonen gerichtet, schwer geahndet werden würden, sind, wenn gegen viele gleichzeitig und in vollster Oeffentlichkeit ausgestossen, straflos.<sup>13)</sup> Zwei erschwerende Momente verbürgen also volle Straffreiheit! Oft sind die Beschimpfungen so abgefasst, dass jedermann deutlich erkennt, gegen wen sie sich wenden; wollte man aber den Ehrenschänder packen, so würde er sofort vorschützen, nicht einzelne, sondern die Partei gemeint zu haben, und bei den günstig gesinnten Geschworenen Recht finden. Sein Freispruch würde noch seine Beschuldigungen in den Augen Urteilsloser als Wahrheit erscheinen lassen, und so macht denn oft diese Erwägung ohne Namensnennung angegriffenen Parteiführern es unmöglich, ihr Recht und ihre Ehre zu schützen. Dieser Standpunct des Staates, die Parteien nicht sehen zu wollen, ist heute unhaltbar geworden, nachdem die politischen Parteien die wichtigsten Staatsmächte geworden sind. Rechtsgefühl und politische Moral verlangen dringend Abhilfe. Die Parteien müssen in irgend einer Weise Rechtsschutz und hierzu die active und eventuell sogar die passive Klagelegitimation erhalten. Man könnte etwa fordern, dass in jedem Wahlbezirk die Candidaturen von je einer Anzahl von Wählern (3—10) unterschrieben werden müssen, und diesen dann für den betreffenden Bezirk das Klagerecht gewähren. Oder man kann dieses den parlamentarischen Fractionen geben. Schliesslich könnte man es den Parteien freistellen, ihre Parteileitung anzumelden und dieser die active Klageberechtigung zusprechen u. s. w. Natürlich müssten die weitestgehenden Schutzbestimmungen gegen Beschränkungen der Agitationstfreiheit geschaffen werden. Die Erörterung der technischen Einzelheiten wäre hier unangebracht. Wichtig erscheint uns aber die Frage der Competenz. Offenbar kommen weder Geschworene noch Beamte in Betracht. Das beste wäre ein Collegium von unabhängigen, ständig bestellten, von allen Parteien geachteten Männern, die Bildung, Lebenserfahrung, Tact und Charakter besitzen. Da ja der politische Kampf sich in den Städten concentrirt, genügen wohl einige Gerichte in den grössten Städten für das ganze Reich. Am zweckmässigsten erscheint uns der Weg, an den Sitzen der Oberlandesgerichte eigene Collegien zu bilden, die so besetzt werden könnten, dass die weltlichen Facultäten der Universitäten für jede Stelle 2 oder 3 Candidaten präsentieren und das Parlament unter ihnen die Wahl trifft. Die österreichischen Universitäten sind im allgemeinen politisch durchaus unabhängig, und die Wahl, die

<sup>12)</sup> Dann wird auch der im Geschworenenzimmer oft gehörte Ausspruch nicht mehr vorkommen: Verurteilen wir ihn (oder: lassen wir ihn laufen), es ist schon spät, damit wir endlich nach Hause kommen! Gewährsmann für diese Aeußerung ist mir ein bekannter Gelehrter und Universitätslehrer.

<sup>13)</sup> Die einzige klericale Partei hat einen gewissen Rechtsschutz, indem oft ihre Charakterisierung als Herabsetzung einer Institution der Kirche verfolgt wird!

sie unter den von der Allgemeinheit geschätzten Männern — die natürlich nicht selbst Juristen oder gar Angehörige der Facultät zu sein brauchen — treffen würden, hätte auf allgemeine Zustimmung zu rechnen. Eventuell könnte man die rechts- und staatswissenschaftlichen Facultäten allein heranziehen. Die Idee erscheint uns zwar ungewöhnlich, aber wenn wir bedenken, dass durch mehrere Jahrhunderte die Universitäten den regsten Anteil an der Rechtsprechung nahmen — durch das Institut der Actenversendung<sup>14)</sup> —, werden wir die Möglichkeit nicht leugnen können. Mit Ausnahme von Triest, Zara und Brunn befinden sich an allen Orten, wo Oberlandesgerichte bestehen<sup>15)</sup>, Universitäten, und auch Brunn und Triest werden wohl bald solche erhalten. Diese Collegien könnten sich dann eventuell zum Teil durch Cooptation ergänzen, wodurch ihre Unabhängigkeit noch gesteigert würde. Wenn man bedenkt, wie unabhängig sich in den meisten Fällen der Verwaltungsgerichtshof bewiesen hat, der doch aus Beamten besteht, wird man die Unabhängigkeit der vorgeschlagenen Collegien nicht bezweifeln. Auch wären diesen politischen Gerichten noch andere Competenzen zuzuteilen, so die — dringend notwendige! — Wahlgerichtsbarkeit und vor allem die Entscheidung über Berufungen in Presssachen. Wie bekannt, bereitet die österreichische Regierung eine Pressnovelle vor, will aber die Aufhebung des Colportageverbots und des objectiven Verfahrens, die für eine freie Entwicklung unerlässlich sind, mit der Verweisung der Pressbeleidigungen vor staatliche Richter verknüpfen. Darauf kann aber eine demokratische Partei sich nicht einlassen. Welch grosse Garantien würden die vorgeschlagenen politischen Gerichte bieten! Sie müssten ja nicht als erste Instanz, sondern, um die Arbeitslast zu verringern, als zweite fungieren.

Schliesslich könnte man ihnen eine Art politischen Rügerechts geben, indem man dem Beleidigten, der vor den parteiischen Geschworenen sein Recht nicht zu finden glaubt, die Möglichkeit eröffnet, seine Klage dort vorzubringen. Um Competenzconcurrentz zu vermeiden, müsste allerdings der Spruch nicht Strafe nach sich ziehen — dies bliebe dem Geschworenen-spruch —, sondern die Missbilligung ausdrücken und etwa für eine Wiederholung des Verbaldelictes Strafe androhen. Der Einwand, dass damit die Einheit der Rechtspflege verletzt werde, ist in Anbetracht der grösseren Rechtssicherheit und Billigkeit nicht begründet. In England kann das oberste Gericht in vielen Fällen durch ein writ of certiorari die Sache an sich ziehen.

Eine selbstverständliche Forderung ist die Ausdehnung der Befähigung zum Geschworenendienst auf die Arbeiterschaft. Die besonderen österreichischen Verhältnisse lassen es aber wünschenswert erscheinen, einen ziemlich beträchtlichen Bildungscensus an die Stelle des Steuercensus zu setzen, der natürlich auch die jetzt zum Geschworenendienst „Berufenen“ treffen müsste. Dann wird es nicht mehr vorkommen, dass der Obmann den „Wahrspruch“ nur mit Mühe lesen kann. Insbesondere bei gewissen Delicten, z. B. gegen die Sittlichkeit u. dergl., macht sich der Mangel an mit den Volksanschauungen vertrauten Männern oft geltend. Merkwürdigerweise sollen auch die gelehrten Richter gegen schwere Sittlichkeitsverbrecher oft sehr milde judicieren. Die Wahl zu einem öffentlichen Amt sollte vom Geschworenendienst unbedingt entheben, da ein Bezirksausschuss oder Gemeinderat heute in Oesterreich stets zugleich ein Hauptagitator ist und eine Gefahr für die Unabhängigkeit der übrigen. Auf der heutigen Stufe Oesterreichs ist dagegen

<sup>14)</sup> Nach der Carolina hatten sich die Richter in schwierigen Fällen an die nächstgelegene „hohe Schule“ zu wenden und die Acten einzusenden. Die Facultäten fällten den Spruch. — Dieses Institut bestand bis ins XIX. Jahrhundert.

<sup>15)</sup> Nämlich in Wien, Prag, Innsbruck, Graz, Krakau und Lemberg.

die Wahl der Richter durch das Volk absolut zu verwerfen, — dies würde bei uns Rechtsanarchie und judicielles Faustrecht bedeuten.

Schliesslich ist es die Hauptaufgabe der Rechtspflege, jedermann sein Recht nach Massgabe des gesetzten Rechts und unter Vermeidung von Widersprüchen gegen das natürliche Rechtsbewusstsein des Volkes zuzuteilen. Alles übrige ist eine Frage der Technik<sup>16)</sup>, und nicht eine solche der politischen Principien. Dies möchten wir auch jenen zu bedenken geben, die etwa me nen, diese Fragen seien von minderer Wichtigkeit für die Socialdemokratie. Der eine stellt sich wohl auf den Standpunct der demokratischen Schulmeinung und verbietet, irgendwie an der Geschworenencompetenz zu rühren, der andere erinnert sich seines Socialismus und meint: ob Geschworene oder Beamte sei gleichgiltig, die einen seien die Classengegner selbst, die anderen ihre Bezahlten. Demgegenüber möchten wir hier auf die hohe Wichtigkeit der Verwaltungsprobleme im allgemeinen hinweisen. Es ist vielleicht gerade ein Verdienst der jüngeren Socialisten, dass neuerdings jene Fragen in unserer Partei mehr beachtet werden, wovon z. B. die trefflichen Arbeiten über Oesterreich Zeugnis ablegen, die unter den Namen Payer, Synopticus und Springer erschienen sind. Nur der wird schliesslich dem Grundprincip allen Rechts Genüge thun, der den Zweck im Recht zu oberst stellt, der die Ziele und Bedürfnisse der Zeit beachtet und dem neuen Rechtsbewusstsein seine Formen schafft. Keine Dogmatik und Geschichte des Rechts kann den unbefangenen Blick ersetzen, mit dem einst die Römer und seither besonders die Engländer — diese in ihren Fehlern und Vorzügen wiedererstandenen Römer — die Verhältnisse schauten und schlichteten.

## Neue Geschlechtsbahnen.

Von

Hope Bridget Adams-Lehmann.

(München.)

Motto: Das Lied war zu vergleichen  
Dem Unkenruf in Teichen.

Herr Carl Theodor Schulz-Dresden will der geschlechtlich geknechteten Frau zu Hilfe kommen. Er meint es ehrlich mit ihr. Es schmerzt ihn, dass sie sich dem Mann ergeben muss zu Zeiten, wo sie nicht will oder nicht kann. Er will sie aus ihrer Zwangslage befreien und hat zu diesem Zweck „neue Bahnen im Geschlechtsverkehr“ ersonnen<sup>1)</sup>.

Diese „neuen Bahnen“ sehen merkwürdig abgetreten aus. Dem Mann traut Herr Schulz eine Enthaltksamkeit von einigen Tagen, geschweige denn von einigen Wochen oder Monaten, nicht zu. Längere Abwesenheit, zunehmendes Alter, Entfremdung, dann aber auch Schwangerschaft, Geburt und Säugen und „endlich die Menstruation“ sind Unterbrechungen, die sich „einem sinnlich ziemlich stark veranlagten, an Triebherrschaft nicht gewöhnten oder derselben überhaupt

<sup>16)</sup> Daher auch in verschiedenen Ländern und auf verschiedenen Entwicklungsstufen verschieden zu regeln. Insbesondere betone ich, dass sich meine Vorschläge, die die Billigung vieler Juristen gefunden haben, nur auf Oesterreich beziehen. Für Deutschland passen sie keineswegs.

<sup>1)</sup> Neue Bahnen im Geschlechtsverkehr. Ein Beitrag zur Lösung der Prostitutionsfrage. Für gereifte, denkende Leser und besonders für Fachmänner. Von Carl Theodor Schulz-Dresden. Berlin, 1901. Verlag von Arends und Mossner.

unfähigen Gatten manchmal gar empfindlich fühlbar machen“. Damit ein derartiger Gatte also der Frau bei solchen Gelegenheiten nicht lästig falle, muss ein „Ehesurrogat“ für ihn geschaffen werden, und dieses Surrogat ist — die Prostitution.

Wo ist da das Neue? wird man fragen. Das Neue liegt in der Art der Prostitution, die uns Herr Schulz bescheren möchte, nämlich einer zunftgemäss geregelten und veredelten Prostitution. Da die Prostitution, meint Herr Schulz, unentbehrlich und unausrottbar ist, liegt eine grobe Ungerechtigkeit darin, die Prostituierte zu verachten. Wird sie nun nicht mehr verachtet, so kann sie denselben berechtigten Stolz in ihrem Beruf empfinden, wie jeder andere ehrliche Arbeiter, und da es zweifellos eine grosse Anzahl geborener Dirnen giebt, deren eigentliches Talent nur auf diesem Gebiet liegt, werden sie in einer rehabilitierten Prostitution ihre naturgemässe Verwendung finden. Auf diese Weise wird zugleich für die jungen Männer gesorgt, denen die Frühehe unmöglich ist, und für die älteren, denen die Familie schon gross genug. Letzteres sei allerdings nur nötig wegen „der traurigen Abneigung vieler Kreise gegen neumatheusianische Belehrung“.

Von dieser Ueberlegung ausgehend fordert Herr Schulz:

1. Staatliche Ueberwachung der Prostitution;
2. Behandlung der Geschlechtskrankheiten vom rein hygienischen Standpunkt; und
3. Achtbarerklärung der Prostituierten.

Unter staatlicher Ueberwachung versteht Herr Schulz Untersuchung der Prostituierten und der prostituierenden Männer, mit der Einführung „von öffentlichen Einrichtungen, welche es thunlichst verhindern, dass Männer zu concessionierten und staatlich überwachten, also gesundheitliche Sicherheit darbietenden Prostituierten überhaupt gelangen können, ohne sich vorher untersuchen zu lassen.“

Unter Behandlung der Geschlechtskrankheiten versteht Herr Schulz die zwangsweise Internierung der Kranken für die Dauer von zwei bis drei Jahren in Asylen „in der unmittelbaren Nähe einer Caserne“, welche „ein Heer von bewaffneten Aufsehern entbehrlich machen würde“.

Unter Achtbarerklärung der Prostituierten versteht Herr Schulz einen wunderbaren Umschlag der öffentlichen Meinung, wie er sich angeblich in Bezug auf den Soldaten- und Henkerstand bereits vollzogen haben soll. Die Tempelprostituierten Babylons, die Hetären des classischen Altertums, die Concubinen des Mittelalters, die Kebsweiber des Orients sollen die Vorbilder des modernen „Eheersatzes“ sein. Jene wurden nicht verachtet — oder höchstens nur deshalb, weil die Ehefrauen auf sie eifersüchtig waren —, diese brauchen wir also auch nicht zu verachten. So wird nicht nur die Prostitution „entlastert und gehoben“, sondern auch die Ehe „veredelt und vergeistigt“.

Ein sonderbares Evangelium für den Anfang des XX. Jahrhunderts Ungetrüb durch Sachkenntnis des thatsächlichen Verhaltens oder Würdigung der vorhandenen Möglichkeiten, wohlgemeint, ehrlich, naiv, — so naiv, wie es eben nur bei Menschen sein kann, die ihre eigene Welt, mit all ihren Voraussetzungen, Beschränkungen und Hemmungen, als die einzig mögliche Welt acceptieren und doch nicht einmal zur Hälfte kennen; welche die Augen nicht aufgethan, um die neuen Welten zu erblicken, die um ihre Welt, jetzt schon, in aufblühender

Jugend stehen; welche noch gar nichts von der Entwicklung, die sich jetzt schon in ihrer eignen Welt vollzieht, etwas wahrgenommen haben. Zur Socialpolitik gehört ein etwas weiterer Horizont.

Herr Schulz hat am Pult gesessen — ich glaube fast, in Schlafrock und Pantoffeln, bei geschlossenem Fenster und heruntergelassenen Rouleaux — und hat liebevoll, aus Büchern und dem eigenen guten Herzen, ein System gebaut. Dabei hat er einen kleinen Fehler gemacht. Wie die Pädagogen, welche Kinder erziehen wollen, ohne die Kinder zu befragen, hat er die Frau beschützen wollen, ohne erst zu hören, was die Frau dazu meint.

Und der Grund ist in beiden Fällen derselbe. Keiner von beiden hat versucht, sich derartig mit seinem Zögling resp. mit seinem Schützling zu identificieren, dass dessen Interesse und Wohl sein einziges Streben geworden. Jeder hat Nebeninteressen, welche die Hauptsache verdunkeln und verdrängen. Bei Herrn Schulz bekommt man den Eindruck, als sei das Nebeninteresse an erste Stelle gerückt; nicht so sehr um die Frau ist er besorgt, als um den Mann, und zwar um den Mann auf seiner niedrigsten Entwicklungsstufe in der heutigen Gesellschaft.

Seien wir gerecht gegen Herrn Schulz. In vielem stellt er die Wirklichkeit dar, wie sie thatsächlich ist. Die Männer, welche „an Triebbeherrschung nicht gewöhnt sind“, und die Frauen, welche die Ehe als Pflicht empfinden, sind heutzutage die Mehrzahl.

In derselben Weise sind die Schwachen, die Kleinlichen, die Unwissenden, die Dummen, die Habgierigen und Lügenhaften, die Lieblosen und Unsocialen heutzutage die Mehrzahl. Aber sind das die Menschen, für die man alte, zerfahrene, löcherige, holperige, schlüpferige, gefährliche, ungangbar gewordene Wege notdürftig herrichtet und für neue Bahnen ausgiebt? Ist das ein Material, mit dem man die Zukunft baut?

Und selbst der heutige Mann verdient gegen Herrn Schulz in Schutz genommen zu werden. Er ist bei weitem nicht so tierisch unbeherrscht, wie ihn Herr Schulz darstellt. Die allermeisten unverheirateten Männer sind schon aus äusseren Gründen auf Mässigkeit im Geschlechtsleben angewiesen, und es giebt Ehemänner genug, denen die Unterstellung, die physiologischen Ruhepausen der Frau nicht respectieren zu können, die Schamröthe ins Gesicht treiben würde. Und hat Herr Schulz nicht Männer gekannt, die, einem einzigen Weib zu Liebe, nicht Tage und Monde, sondern Jahre in freiwilliger Enthaltbarkeit gelebt? Das sind freilich die wenigsten, aber die Männer, welche keine Beherrschung kennen oder denen die Beherrschung unmöglich ist, sind ebenfalls die wenigsten. Wo zwei Rassen neben einander leben, wie in Nordamerika, hat man Gelegenheit, zu erkennen, wie sehr der Culturmann gerade in diesem Punct sich über den Barbaren erhoben hat. Die Americanerin fürchtet sich, einem Neger auf einsamer Strasse zu begegnen; einem Americaner, sei er fremd oder befreundet, vertraut sie sich unbedenklich an.

Es ist freilich trotz alledem wahr — darin hat Herr Schulz vollkommen recht —, dass in der heutigen Gesellschaft dem Geschlechtsbedürfnis gesunder Männer keineswegs genügend Rechnung getragen ist; von den Frauen gilt dasselbe. Es ist auch wahr, und eben darum, dass in der heutigen Gesellschaft die Prostitution unentbehrlich und unausrottbar sei. Aber wer neue Bahnen sucht, sucht auch eine neue Gesellschaft, welche die Prostitution nicht mehr

benötigt. Denn die Prostitution lässt sich nicht veredeln. Ihr Wesen ist Kauf und Verkauf des höchsten menschlichen Gutes, und kein Drehen und Deuteln und Achtbarerklärung kann aus ihr etwas anderes entstehen lassen, als Schmutz und Schmach. Was freiwillig — von beiden Seiten freiwillig — geschieht und Ziel und Vollendung einzig in der That findet, von der frivolsten Laune bis zum unloyalsten Ehebruch, ist naturgemäss und, mit der Prostitution verglichen, reinlich und achtenswert. Aber die Prostitution kann unter keinen Umständen anders als naturwidrig und entwürdigend sein. Wer in der Ehe nicht findet, was er braucht, mag ausserhalb der Ehe suchen. Wem das Glück einer dauernden Zusammengehörigkeit nicht beschieden ist, der muss von Episode zu Episode gehen. Aber das Geschlechtsleben auf das Niveau der Defécation herabzudrücken, den Höhepunct menschlichen Wollens für die Befriedigung eines rein physischen Bedürfnisses zu erklären, dazu dürften sich Leute nicht hergeben, die es als ihre Aufgabe verkünden, das Geschlecht zu veredeln und zu befreien.

Eine Darstellung, wie sie Herr Schulz vom menschlichen Geschlechtsleben giebt, stammt aus dem Kaninchenstall, aus dem Affenkäfig, aus dem Schlamm. Der Mensch steht denn doch um eine Stufe höher. Herr Schulz scheint ebenso wenig einen Begriff von dem zu haben, was eine Ehe bedeuten kann, als von dem, was die moderne Frau vom Leben verlangt. Die Ehe ist für ihn Hausstand und Brutstätte. Wenn man darin für die Frau ein übriges thun will, so soll man sie nach ihm von ihren „ehelichen Pflichten“ befreien. „Die Ehe,“ citiert er nach Severus, „hat wahrlich mehr zu bieten, als flüchtige Umarmungen.“ Allerdings. Aber ist Herr Schulz zu wenig Physiolog, um zu wissen, dass der ganze Sinn der Ehe und alles, was sie zu bieten hat, von diesen flüchtigen Umarmungen ausgeht? Dass sie der felsenfeste Grund der Ehe sind und dass ohne sie oder wenigstens die Erinnerung an sie und das Verlangen nach ihnen die Ehe wie Sand zerfliesst? Hat Herr Schulz noch nie von Männern und Frauen gehört, welche diesen flüchtigen Umarmungen zu Liebe die scheinbar unlöslichsten Bande gesprengt, die aus ihnen die Kraft gesogen, Welt und Menschen und sich selber zu überwinden, die Kraft, ein Leben zu bauen und zu erhalten?

Und dass die Frau bei alledem sozusagen auch ein Factor ist, hat Herr Schulz noch weniger erfasst. Dass auch das ganz gewöhnliche Normalweib von heute auf die veredelte Hetäre eifersüchtig sein könnte, scheint ihm ein entwürdigendes Element in der Ehe. Dann müssten Sie aber consequent sein, Herr Schulz. Wenn die Frau nicht eifersüchtig zu sein braucht, so braucht es der Mann erst recht nicht. Muss ihm ein Ehesurrogat geboten werden, warum nicht auch ihr? Nicht alle Frauen sind so geschlechtlich degeneriert und bedürfnislos, wie Herr Schulz meint. Und es giebt auch Frauen, deren Männer erkrankt oder verweist oder veraltet oder ihnen unsympathisch sind. Sollten nicht auch für sie, nach Herrn Schulzens Recept, veredelte männliche Prostituierte, vom Staat gesundheitlich gestempelt, bereit gehalten werden?

Das klingt absurd, um nicht zu sagen schmutzig? Nicht absurder oder schmutziger, als Herrn Schulzens Forderung in den Ohren einer Frau.

Herr Schulz ist nicht der einzige, der neue Bahnen im Geschlechtsleben wandeln möchte. Der Unterschied liegt darin, dass er, wie gesagt, nichts besseres weiss, als verfallene Strassen zu flicken, etwa wie der Bauer einen bodenlosen Feldweg hier und da mit Torf und Sand beschüttet, während die anderen eine neue Kunststrasse, fest und fahrbar, erbauen wollen.

Die Grundquadern dieser Strasse heissen materielle Unabhängigkeit der Geschlechter und uneingeschränkte Freiheit der Liebeswahl. Auf ihnen lässt sich der Oberbau einer enggefügtten Zusammengehörigkeit errichten, eine Ehe, welche keines Surrogates bedarf.

Davon konnte Herr Schulz nichts ahnen, weil er vom Socialismus nichts ahnt. Denn diese Quadern sind nirgends, als im Reiche des Socialismus, zu hauen.

Ob auch dieses Evangelium für alle Zeiten gelten wird, wer weiss es? Man kann nur reden von dem, was ist und was jetzt erstrebt wird. Sicherlich aber geht die Strömung unserer Zeit in der Richtung nach einem festeren, intimeren, exclusiveren Zusammenschluss zwischen Mann und Weib. Wir differenzieren uns. Wir suchen einen aus vielen. Und auch der Mann sucht eine aus vielen. Und dieser einen hält der höher entwickelte Mann Treue mit Geist und Leib.

Herr Schulz und seine Gesinnungsgenossen werden mit manchen ihnen noch unbekanntem Factoren rechnen müssen, wenn sie mit Autorität über das Verhältnis zwischen den Geschlechtern sprechen wollen. Es ist weiter, stärker, complicierter und auch reiner, als sie bis jetzt geträumt haben, und vor allem, — und das mögen sie sich von einer Frau sagen lassen — handelt es sich dabei nicht nur um den Mann, sondern um Mann und Frau.

---

## Der Socialismus in der Schweiz.

Von

Otto Lang.

(Zürich.)

[Schluss.]

### II.

Die Arbeiterbewegung in der Schweiz zerfällt in zwei Abschnitte, die, wie sie zeitlich weit auseinander liegen, auch in keinem inneren Zusammenhange stehen. Der erste bildet ein Capitel in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, deren Anfänge sich im Ausland, zu einem guten Teile in der Schweiz abgespielt haben. Erst mit dem zweiten Abschnitt beginnt die schweizerische Arbeiterbewegung. Ein kurzes Zwischenspiel, das in die vierziger Jahre fiel, ist ohne Einfluss auf die spätere Gestaltung der Dinge geblieben.

Ich begnüge mich damit, die Geschichte der ersten Periode mit einigen wenigen Strichen zu skizzieren:

Das junge Deutschland, das Anfang der dreissiger Jahre gegründet worden war, sah zwar seine Hauptaufgabe in der Propaganda für die „deutsche Republik“, stand aber von Anfang an mit dem gleichzeitig in Paris ins Leben getretenen Bund der Geächteten in Beziehung. Als sich aber die Handwerksgesellen, die von den schweizerischen Meistern gern beschäftigt wurden, zahlreicher anschlossen, traten die politischen Ziele hinter den socialen mehr und mehr zurück. Im Januar 1835 erschien in Zürich die erste Nummer des Nordlicht, das sich bewusst die Aufgabe stellte, den Sinn für die Classeninteressen und die Notwendigkeit nicht nur der politischen, sondern auch der wirtschaftlichen Umgestaltung zu

wecken. Nachdem 1833 in Biel ein deutscher Leseclub gebildet worden war, entstanden in den folgenden zwei Jahren zahlreiche andere deutsche Arbeitervereine, deren Mitglieder die communistische Propaganda mit grösstem Eifer betrieben. Doch wurde denselben im Sommer 1836 ein plötzliches Ende bereitet durch ein Kreis Schreiben, in dem der eidgenössische Vorort — mehr der Not gehorchend, als dem eigenen Trieb — die Cantone aufforderte, diejenigen Flüchtlinge, „welche die Beziehungen der Schweiz zum Auslande störten oder sich in ihre Angelegenheiten mischten“, auszuweisen. Das Ausland hatte mit einer völligen Absperrung der Schweiz gedroht und erklärt, dass sie, wenn sie ihre internationalen Verpflichtungen missachte und ihren Beistand im Kampf gegen die Revolution versage, damit den Anspruch auf die vom Wiener Congress gegebenen Garantien verliere.

An Eifer liess es die Polizei nicht fehlen. Sie begnügte sich nicht mit den Ausweisungen, deren Zahl sich in die Hunderte belief, sondern denuncierte die Ausgewiesenen der Heimatsbehörde, indem sie die Wanderbücher mit dem Vermerk versah, dass der Träger wegen politischer Umtriebe ausgewiesen worden sei. Einige Jahre ruhte die communistische Agitation vollständig. Allmählich gelang es aber doch wieder, die übrig gebliebenen Elemente zu sammeln, und Anfang der vierziger Jahre finden wir in Genf und anderen Orten neu gegründete deutsche Arbeitervereine, während andererseits W. Marr das junge Deutschland zu reconstruieren versuchte. Ein neuer Abschnitt in dieser Epoche beginnt 1840 mit der Uebersiedelung Weitlings nach der Schweiz. Nachdem er drei Jahre lang von Genf und der Waadt aus die Agitation für den Communismus mit grösstem Erfolge geleitet und belebt hatte, verlegte er im Sommer 1843 seinen Wohnort nach Zürich. Das Schicksal Herweghs, der wenige Monate vorher aus dem Canton Zürich ausgewiesen worden war, hätte ihn freilich vor diesem Schritte warnen sollen. Die Ankündigung des Evangeliums des armen Sünders gab den Anlass zu seiner Verhaftung, nachdem der Kirchenrat ihn bei der Staatsanwaltschaft wegen Gotteslästerung denunciert hatte. Am 23. December verurteilte ihn das Obergericht zu zehn Monaten Gefängnis und fünfjähriger Landesverweisung.

Die nächste Wirkung dieses Processes war eine wenig erwünschte: er weckte das Interesse für den Communismus und im besondern für Weitlings Schriften bei vielen, die seine Propaganda nicht erreicht hatte. Diesen Erfolg hatte namentlich der von Bluntschli im Auftrage der Züricher Regierung verfasste Bericht über die Communisten der Schweiz, der in der Erwartung veröffentlicht wurde, dass „der moralische Sinn für die sittliche Weltordnung bei allen äusseren Mängeln ihrer Erscheinung noch stark genug sei, um die tiefe Verworfenheit, welche in den communistischen Tendenzen liegt, zu erkennen und umzustossen.“

Allein in der Folge verflachte die Propaganda und verlor mehr und mehr von ihrer revolutionären Energie. Die Bewegung war fast



zu völligem Stillstand gekommen, als im Jahre 1845 in der Waadt und in Neuenburg neue Verfolgungen ausbrachen. Noch einmal flackerte sie auf, um dann für beinahe zwei Jahrzehnte ganz zu erlöschen. Es war nach der Niederwerfung des süddeutschen Aufstandes, die zahlreiche deutsche Revolutionäre nach der Schweiz getrieben hatte. Liebknecht, der sich unter ihnen befand, machte einen Versuch, die deutschen Arbeitervereine zu reorganisieren und sie zur gegenseitigen Stärkung in nähere Verbindung zu bringen. Auf einem Congress, der auf den 20. Februar 1850 nach Murten ausgeschrieben war, sollte das Nähere besprochen werden. Die Polizei hatte aber, wie es so zu gehen pflegt, noch etwas anderes in Erfahrung gebracht. Sie wusste, dass der Zweck der geplanten Zusammenkunft darin bestand, „eine neue Revolution vorzubereiten, um nicht nur die Throne, sondern auch die socialen Einrichtungen, zunächst Deutschlands, zu vernichten.“ Die Teilnehmer, die sich am 19. Februar zu einer Vorbesprechung zusammengefunden hatten, wurden auf Anordnung des Bundesrats verhaftet und der Congress selbst dadurch natürlich vereitelt. Daran schloss sich eine umfassende Untersuchung, die mit der Auflösung von 16 deutschen Arbeitervereinen und der Ausweisung ihrer Mitglieder ihren pomphaften Abschluss fand. Dies Mittel war wirksamer, als die von Bluntschli geschmiedete geistige Waffe. Als fast 20 Jahre später die erste Section der Internationale gegründet wurde, war die Erinnerung an die communistische Bewegung der deutschen Handwerksgelesen völlig erloschen.

An den geschilderten Vorgängen haben die schweizerischen Arbeiter keinen Anteil genommen. In der Hauptsache verhielten sie sich völlig gleichgiltig. Soweit sie Stellung dazu nahmen, geschah es, um sich von dem Verdacht zu reinigen, dass sie die communistischen Umtriebe unterstützten oder auch nur billigten. Andererseits legten auch die deutschen Gesellen keinen Wert darauf, die schweizerischen Berufsgenossen für ihre Anschauungen und Organisationen zu gewinnen.

Soweit die Arbeiter Neigung verspürten, sich mit öffentlichen Angelegenheiten zu beschäftigen, boten ihnen die politischen Vorgänge, die sich in der Zeit von 1830 bis 1850 abspielten, reichliche Gelegenheit. Anfang der dreissiger Jahre erhob sich in verschiedenen Cantonen das Bürger- und Bauertum gegen das städtische Patriciat und erkämpfte sich in siegreichen Aufständen demokratische Verfassungen. Im Jahre 1844 gab die Berufung der Jesuiten im Canton Luzern den Anlass zu einer liberalen Bewegung, die in fröhlichen Putschen und Freischarenzügen einige Niederlagen erlebte, im Sonderbundskrieg siegreich blieb und mit der Revision der Bundesverfassung im Jahre 1848 einen glücklichen Abschluss fand. Die Sache wurde unter allerhand nationalen und patriotischen Schlagworten durchgefochten. Ihren wirtschaftlichen Untergrund hatte sie im Bedürfnis des sich regenden Capitalismus, der in den engen Grenzen der Cantone mit ihren Zöllen, Schlagbäumen und

andern Chicanen keinen genügenden Spielraum für seine Entwicklung fand. Damit hängt es wenigstens teilweise zusammen, dass die Arbeiterschaft nur eine mässige Begeisterung für den Liberalismus aufbrachte, während die socialen Forderungen der deutschen Communisten vollends ausserhalb ihres engen Ideenkreises lagen.

Ansätze zu capitalistischer Entwicklung fanden sich namentlich in einigen östlichen Cantonen, vorab in der Textilindustrie des Cantons Zürich. In den meisten anderen Landesteilen herrschte das Handwerk mit Kundenproduction. In Zürich war Anfang der dreissiger Jahre über die Handwerker eine schwere Krisis hereingebrochen: sie hatten die Kosten des wirtschaftlichen Fortschrittes zu tragen, der durch die technischen Neuerungen, namentlich durch die Einführung der mechanischen Webstühle, eingeleitet worden war. Am 22. November 1832 brach in Uster eine Hungerrevolte aus. Die durch das Elend zur Verzweiflung getriebenen Weber setzten eine grosse Fabrik in Brand, nachdem sie zuvor vergebens bei der Regierung darum eingekommen waren, dass die Aufstellung der Webmaschinen verboten werde. So ratlos das Bürgertum dieser Bewegung gegenüberstand, so ratlos standen die Arbeiter der wirtschaftlichen Entwicklung gegenüber. Das im Jahre 1832 erlassene Gesetz, betr. das Gewerbewesen, enthält zwar ein Coalitionsverbot und stellt „die Verabredung mehrerer Gesellen, dass an gesetzlichen Arbeitstagen oder bei gewissen Meistern von keinem Gesellen gearbeitet werden solle, sowie die Verabredung zu gleichzeitigem Austritt aus der Arbeit, in der Absicht, Zugeständnisse irgend einer Art zu erzwingen“, unter Strafe. Allein es war mehr die Ahnung kommender Dinge, als eine praktische Erfahrung, die zu dieser Art Socialpolitik den Anstoss gab. Der Gedanke, die Hilflosigkeit des einzelnen durch die Widerstandskraft der Organisation zu überwinden, lag dem schweizerischen Handwerksgesellen damals so fern wie dem deutschen.

Ins Jahr 1836 fällt die Gründung des schweizerischen Grütlivereins. Jetzt eine socialdemokratische Arbeiterorganisation und der Hauptträger der schweizerischen Arbeiterbewegung, war er ursprünglich ein patriotischer Bildungsverein, dem, wenn er sich auch in der Hauptsache aus Arbeitern zusammensetzte, proletarische Bestrebungen völlig fern lagen. Seine Mitglieder erholten sich von dem Druck ihrer engen Verhältnisse, indem sie für „die brüderliche Vereinigung aller Schweizer Bürger“ und ähnliche Dinge schwärmten. Aber das Schicksal ihrer Classengenossen liess sie völlig kalt: ein Mangel an Wirklichkeitssinn, der in auffallendem Gegensatz zu den früh geschärften Classeninstincten der Bourgeoisie steht.

In der französischen Schweiz hatte der Communismus allerdings einige Anhänger in der schweizerischen Bevölkerung gefunden. Der waadtländische Staatsrat Delarageaz und der nachmalige Bundesrat Druey unterhielten mit ihnen freundschaftliche Verbindungen. Aber sie fanden in ihrer Umgebung keinen Rückhalt.

und waren deshalb nicht in der Lage, ihren Gesinnungsgenossen einen wirksamen Schutz angedeihen zu lassen, als die conservativen Parteien die Unterdrückung der Bewegung forderten.

Nur in Zürich nahmen die Dinge einen etwas anderen Verlauf.

Hier war zur Unterstützung der radicalen Partei ein Wochenblatt, Der Republicaner, gegründet worden, dessen Redaction Anfang der vierziger Jahre auf Julius Fröbel übergegangen war. Er machte alle Anstrengungen, dem Programm der Radicalen einen socialen Gehalt zu geben und sie für eine praktische Socialpolitik zu gewinnen. Diesen Standpunct hat er eben so gewandt wie tapfer vertreten. „Wir behaupten“, so schrieb er, „dass die ganze Demokratie eine Thorheit ist, wenn nicht das Volk in einen Zustand versetzt werden kann, der eine ganze, volle, freudige Teilnahme der Massen am politischen Leben zulässt.“ Die Radicalen, zu denen er namentlich nach Weitlings Verhaftung in immer schärfere Opposition getreten war, nötigten ihn im Sommer 1853 zum Rücktritt von der Redaction.

Inzwischen hatte aber ein Züricher, der damalige Volksschullehrer J. Treichler, die Agitation aufgenommen. Er bewegte sich zwar nicht in den Ideengängen des deutschen Communismus. Damit würde er unter den Schweizern auch wenig Erfolg erzielt haben. Denn mit den allgemeinen Principien hätte er sie auch dann nicht für sich gewonnen, wenn sie durch die wirtschaftliche Entwicklung besser für die Aufnahme socialistischer Ideen vorbereitet gewesen wären. Treichler suchte, vom Standpunct des Classenkampfes ausgehend, nach Anknüpfungspuncten in den damaligen Missständen, entwickelte ein praktisches Programm und forderte ausser der demokratischen Ausgestaltung der Verfassung den Ausbau der Volksschule, die Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Lehrmittel, ein Arbeiterschutzgesetz, staatliche Unterstützung von Genossenschaften, eine progressive Einkommens- und Vermögenssteuer. Waren das zwar sehr radicale Forderungen, so doch Forderungen, die auch dem nüchternen Schweizer erfüllbar schienen. Leider war aber der Beifall und die Unterstützung, welche er bei den Arbeitern fand, nicht so ausgiebig und nachhaltig, wie die Furcht und Erbitterung, die er bei der Bourgeoisie erweckte. Im Jahre 1856 wurde Treichler vom Polizeirat des Cantons Zürich untersagt, öffentliche Vorträge über Socialismus oder Communismus zu halten, und bald nachher erliess der Grosse Rat „in Erwägung der Gefahr, welche durch die Verbreitung der unter dem Namen Communismus bekannten Grundsätze für die im § 15 der Verfassung garantierte Unverletzlichkeit des Eigentums und für die Ruhe und die Wohlfahrt des Staates überhaupt entsteht“, ein Gesetz — der Volkswitz nannte es Maulkrallengesetz —, dessen erster Paragraph folgendes verordnete: „Es ist untersagt, den Diebstahl oder andere, demselben verwandte Verbrechen öffentlich zu rechtfertigen oder wegen der Ungleichheit des Besitzes eine Classe von Bürgern gegen eine andere

Classe aufzureizen oder durch Angriffe auf die Unverletzlichkeit des Eigentums die bestehende rechtliche Ordnung böswillig zu gefährden"! — eine Begriffsbestimmung des Socialismus, die 30 Jahre später in Deutschland neues Ansehen gewann.

Es ist nicht das Verdienst dieses Gesetzes, dass die Versuche, die Zürcherischen Arbeiter für den Socialismus zu gewinnen, erfolglos blieben und dass sich niemand fand, die Arbeit Fröbels und Treichlers fortzusetzen. Auch nicht das Verdienst der Fabrikbesitzer, denen damals schon die Neue Zürcher Zeitung, das Organ des Liberalismus, den guten Rat gab, diejenigen Arbeiter, „die sich mit Communisten einlassen“, aufs Pflaster zu werfen.

Die ganze Bewegung war verfrüht. Empfänglich für den Socialismus wurde die schweizerische Arbeiterschaft erst, nachdem sie an ihrem eigenen Leibe die Erfahrung gemacht hatte, dass die formale Gleichheit, welche die Demokratie schafft, keinen Schutz zu bieten vermag gegen die sociale Unfreiheit und das tausendfältige Unrecht und Elend, das sie im Gefolge hat.

\* \* \*

Die jetzige Arbeiterbewegung hat ihre ersten Anregungen wiederum durch Vermittelung ausländischer Socialisten empfangen: in der Hauptsache von Anhängern der Internationalen Arbeiterassociation. Bekanntlich wurde im Jahre 1867 das Centralcomité der deutschen Sectionsgruppe nach Genf verlegt, nachdem schon im Jahre zuvor der erste Congress daselbst stattgefunden hatte und im Jahre 1864 dort eine Section von Phil. Becker gegründet worden war. Die Lassallesche Bewegung hatte nur in den deutschen Arbeitervereinen ein Echo geweckt und dort zu Debatten über Staatshilfe und Selbsthilfe und ähnliche Fragen Anregung gegeben. Nun bildeten sich aber in rascher Folge in den meisten grösseren Städten der Schweiz Sectionen der Internationale und Gewerkschaften, die ihr von Anfang an beitraten. Die deutschen Arbeiterbildungsvereine schlossen sich ihr in der Mehrzahl ebenfalls an. Von dem erwachenden Classenbewusstsein giebt die Zunahme der Arbeitseinstellungen Zeugnis. Hatte sich ihre Zahl in der ersten Hälfte der sechziger Jahre nur auf 3 oder 4 belaufen, so stieg sie im Jahre 1868 auf 13 und im folgenden Jahre auf 26 an. Von grossem Einfluss war die Arbeitseinstellung, durch welche etwa 3000 Bauhandwerker in Genf eine Herabsetzung der Arbeitszeit von 12 auf 11 Stunden errangen. Zu den Kosten der Arbeitseinstellung, die sich auf 60 000 Frs. beliefen, steuerten ausländische Sectionen der Internationale mehr als 10 000 Frs. Dieser Beweis internationaler Solidarität und der günstige Ausgang der Bewegung gewannen der Internationalen bei den schweizerischen Arbeitern ein grösseres Ansehen und Vertrauen, das noch wuchs, als im nämlichen Jahre eine Lohnbewegung der Basler Seidenbändweber wiederum unter Leitung und finanzieller Mithilfe der Internationale siegreich endete. Zu jener Zeit erschienen bereits Arbeiterblätter: der Grütliäner als

Organ des nationalen Grütlivereins, der von Becker seit 1866 herausgegebene Vorbote, Organ der deutschen Internationale, das Fell-eisen als Organ der deutschen Arbeitervereine der Schweiz und die von Greulich redigierte Tagwacht als Organ der schweizerischen Socialdemokratie. Bei allen diesen Schöpfungen, den Bättern sowohl wie bei den Organisationen, hatten aber — abgesehen vom Grütliverein — nicht die Schweizer, sondern die Ausländer den Hauptanteil. Jedenfalls lag die Führung in den Händen der letzteren. Die Hauptaufgabe war deshalb, durch die Schaffung einer zweckmässigen Organisation die Bedenken zu beseitigen, welche die Schweizer vom Beitritt zu den proletarischen Organisationen abhielten, und das Zusammenwirken von Inländern und Ausländern zu erleichtern. Derartige Erwägungen führten zunächst im Jahre 1873 zur Gründung des Schweizerischen Arbeiterbundes. Die programmatische Bestimmung der Statuten lautete folgendermassen: „Der Schweizerische Arbeiterbund bezweckt die Vereinigung aller Arbeitergesellschaften zu einem Bunde, um sich über die Mittel zur einstweiligen Verbesserung des Arbeiterlohes zu verständigen und zur endlichen Ersetzung des Arbeitslohnes durch den Arbeitsertrag mittelst Productivgenossenschaften und damit zur Aufhebung aller Classenherrschaft zu gelangen.“ Als Zielpuncte seiner Agitation wurden u. a. genannt: Einführung des gesetzlichen zehnstündigen Arbeitstages, gesetzliche Beschränkung der Kinderarbeit, Gründung von Productivgenossenschaften, von Arbeitsnachweisbureaux, Kranken- und Sterbecassen. Baute er sich auch auf gewerkschaftlicher Grundlage auf, so stand er doch auch den politischen Arbeitervereinen und Bildungsvereinen offen, wie er auch von Anfang an politische Aufgaben in sein Arbeitsprogramm aufnahm. „Schweizerisch“ war er insofern, als er sich äusserlich zur Internationale unabhängig stellte, wenn er auch ihre grundsätzlichen Anschauungen vertrat.

Die Erfahrung lehrte aber bald, dass eine und dieselbe Organisation der Verschiedenheit der gewerkschaftlichen und politischen Bewegung nicht gerecht zu werden vermochte, zumal in einem Lande, das einerseits die reichste Gelegenheit zur politischen Betätigung bot, andererseits aber ein so starkes Contingent ausländischer Arbeiter aufwies. Die Versuche, im Rahmen des Arbeiterbundes die Schweizer zu einer landespolitischen Gruppe zu vereinigen, blieben ohne Erfolg. Die rationellste Lösung war, für die gewerkschaftliche und die politische Bewegung je eine besondere Organisation zu schaffen und jede der Eigenart ihrer Aufgabe anzupassen. Im Jahre 1880 löste sich deshalb der Arbeiterbund auf. An seine Stelle traten der schweizerische Gewerkschaftsbund als Träger der gewerkschaftlichen Bewegung und die schweizerische Sociademokratische Partei. Die Arbeiterstimme, als Nachfolgerin der Tagwacht, blieb officielles Organ beider Organisationen.

Die weitere Entwicklung der gewerkschaftlichen Organisation kann ich hier nur mit einigen Strichen skizzieren.

Die ersten Statuten des Gewerkschaftsbundes bezeichnen als seinen Zweck: die Hebung und Förderung der socialökonomischen Interessen des arbeitenden Volkes und die endliche Erringung allgemeiner und gleicher Nutzniessung an Grund und Boden und der Productionsmittel. Bei der im Jahre 1891 vorgenommenen Revision erhielt die Zweckbestimmung folgende Fassung: „Förderung des Gewerkschaftswesens, die Wahrung der socialökonomischen Interessen der Arbeiterschaft in jeder Beziehung, die Befreiung der Arbeiterschaft vom Lohnsystem, die Vergesellschaftlichung der Productionsmittel gemäss dem Programm der Socialdemokratie.“ Daran änderte auch die Revision von 1896 nichts. Seither hat sich aber nun der Gewerkschaftsbund „neutralisiert“ und seinen politischen Charakter abgestreift, um allen Berufsvereinigungen den Beitritt und das Zusammenwirken bei der Förderung der beruflichen Interessen zu ermöglichen.

Der Gewerkschaftsbund umfasst zur Zeit noch nicht alle Berufsorganisationen, aber doch den grössten Teil. Ausserhalb desselben stehen namentlich die Organisationen der Eisenbahner, der Post- und Telegraphenangestellten. Die Mitgliederzahl wird sich auf ca. 28 000 belaufen. Die Arbeiterstimme, jetzt sein alleiniges Organ, erscheint zweimal wöchentlich und zählt etwa 4000 Abonnenten. Vor drei Jahren hat der Bund ein ständiges Secretariat eingerichtet und damit wesentlich zu seiner inneren Stärkung beigetragen.

Das Schicksal der Socialdemokratischen Partei war ein bewegteres. Von Anfang an litt sie darunter, dass sie nicht die politische Organisation der Arbeiter darstellte, sondern nur eine politische Organisation, die bloss einen kleinen Bruchteil der socialdemokratisch gesinnten Schweizerbürger in sich vereinigte. Eine selbständige politische Bedeutung konnte sie neben dem Grütliverein deshalb nicht gewinnen, weil der letztere damals schon zahlreiche Socialisten unter seinen Mitgliedern zählte. Dazu kam noch, dass der Antrieb zur Schaffung einer schweizerischen centralen Partei aus Gründen, die ich im ersten Teil erörtert habe, nicht eben stark war. Immerhin empfand man das Bedürfnis, eine Form zu finden, welche ein Zusammenwirken aller Arbeiter, auch der nur gewerkschaftlich organisierten, erleichterte. Im Jahre 1883 suchte man demselben durch die Einsetzung eines schweizerischen Actionscomités, in dem Grütliverein, Socialdemokratische Partei und Gewerkschaftsbund durch je zwei Delegierte vertreten waren, zu entsprechen. Allein auch dieser Zustand vermochte um so weniger zu befriedigen, als die wirtschaftliche und politische Entwicklung der Schweiz den Mangel einer grundsätzlichen und geschlossenen socialdemokratischen Partei immer fühlbarer machte. Durch Bismarcks Drohungen eingeschüchtert, entschloss sich der schweizerische Bundesrat am 18. April 1888 die am Socialdemokrat beschäftigten deutschen Genossen auszuweisen. Schon vorher hatte die Bundesversammlung einen Credit von 20 000 Frs. bewilligt für die Einrichtung einer politischen Polizei, die im folgenden Jahr im

Bundesanwalt ihren Chef erhielt. Unter diesen Umständen ergriff das Actionscomité die Initiative zur Reorganisation der Socialdemokratischen Partei. Die neue Organisation, die im Herbst 1888 ins Leben trat, hat insofern ihren Zweck erfüllt, als sie die Arbeiterschaft zu einer klareren Erfassung der socialdemokratischen Ideen, vorab einer grundsätzlicheren Auffassung des Classenkampfes erzog. Dagegen gelang es auch ihr nicht, die gesamte socialdemokratisch gesinnte Arbeiterschaft unter eine einheitliche politische Leitung zu bringen. Es war zwar dem Parteicomité nie schwer gemacht, im gegebenen Falle mit den andern Centralverbänden, namentlich dem Grütliverein, Fühlung zu gewinnen, aber die alte Forderung einer einheitlichen politischen Arbeiterpartei blieb unerfüllt. Erst auf dem allgemeinen socialdemokratischen Congress, der am 21. September d. J. stattfand, ist die Schaffung einer die ganze Arbeiterschaft umfassenden socialdemokratischen Partei beschlossen worden.

So viel zur Geschichte der Organisation. Und nun noch ein Wort zur Geschichte der Entwicklung des Classenbewusstseins der schweizerischen Arbeiterschaft, die doch schliesslich viel mehr als die Geschichte der Organisation den Kern der Arbeiterbewegung bildet. Diese geistige Entwicklung spiegelt sich am deutlichsten wieder im Schicksal des Grütlivereins. Als nationaler Verein, der nur den Schweizern offen stand, war er dem directen Einflusse der ausländischen Socialisten entzogen. Seine Entwicklung vollzog sich mehr von innen heraus, im engen Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Entwicklung der Schweiz. Der jeweilige Standpunct des Grütlivereins kann als der Standpunct des durchschnittlichen Arbeiters gelten.

Das Geburtsjahr des Grütlivereins fällt ins Jahr 1836. Im ersten Jahrzehnt war sein Wachstum ein langsames; nachher verbreitete er sich rasch über die ganze Schweiz. Gegenwärtig zählt er in 320 Sectionen etwa 10 000 Mitglieder, giebt ein wöchentlich dreimal erscheinendes Blatt heraus, das in der eigenen Buchdruckerei hergestellt wird, betreibt daneben einen Buchhandel und hat ein ständiges Secretariat eingerichtet.

Gehörten seine Mitglieder auch in der Mehrzahl der Arbeiterclassen an, so war er doch nicht als Arbeiterverein gegründet. Politische Bethätigung lag ihm damals, wie der Arbeiterschaft im allgemeinen, durchaus fern. Als seine Aufgabe bezeichnete er „die Heranbildung seiner Mitglieder zu tüchtigen, mit ihren Rechten und Pflichten vertrauten Bürgern.“ Er nannte sich gern einen „moralischen Volksbund“, der sein höchstes Ziel darin erblicke, alle Bürger zu moralischen Menschen und Freunden zu machen. Die Parteitungen und Parteikämpfe bedauerte er, weil sie die einzelnen einander entfremde und die Verständigung, die nicht durch den Kampf, sondern bloss durch Belehrung zu erreichen sei, erschwere. Fehlte dem Grütlianer jener Zeit schon das Verständnis für die Gegensätze, die im schweizerischen Parteileben zum Ausdruck

kamen, so noch viel mehr für die communistische Bewegung unter den deutschen Handwerksgesellen. In einem Aufsätze, den Bluntschli in seinem Communistenbericht zum Abdruck brachte, charakterisierte Weitling die Grütlivereine als Handwerkervereine, welche „die politische Einheit der Schweiz anstreben.“ Der Grütliverein publicierte sofort eine Erklärung, um dieses „schädliche Missverständnis“ zu beseitigen: „Er sei kein Handwerkerverein, bezwecke im Gegenteil die Verbrüderung aller Stände und die Entwicklung der Elemente des Volksglücks, nämlich der allgemeinen Freundschaft und der allgemeinen Einsicht in die Sache des Vaterlandes.“ Aber kein Wort der Teilnahme für den misshandelten Weitling nud keine Ahnung, dass in dessen Schicksal sich das Schicksal des Proletariats erfüllte. Wie sehr die Arbeiterschaft ausserhalb des politischen Lebens stand, bewies ein Vorfall des folgenden Jahres: Die Luzerner Regierung hatte im November 1846 nach dem Fehlschlagen eines Freischarenzuges, durch den die Rückberufung der Jesuiten hatte verhindert werden sollen, den dortigen Grütliverein aufgelöst. Während das liberale Bürgertum mit den Waffen das conservative Regiment zu stürzen versuchte und in zum Teil blutigen Kämpfen seine Classeninteressen verfocht, suchte das Centralcomité des Grütlivereins die Regierung Luzerns durch die Versicherung, dass „keines seiner Mitglieder an jenem Attentate teilgenommen, noch überhaupt sich revolutionärer Gesinnung verdächtig gemacht habe“, zur Zurücknahme jener Massregel zu bestimmen.

Von heilsamem Einfluss waren der Sonderbundskrieg und die im Jahre 1848 zu glücklichem Ende gebrachte Revision der Bundesverfassung. Diese Vorgänge regten auch die Teilnahmslosen auf und zwangen sie, im politischen Leben Stellung zu nehmen und Partei zu ergreifen. Der Grütliverein revidierte seine Statuten und bezeichnete als seinen Zweck, „die freisinnigen Bestrebungen des Vaterlandes durch Wort und Schrift zu unterstützen.“ Der Fortschritt lag darin, dass die Arbeiter am politischen Leben Interesse gewannen und sich der Wirklichkeit zuwandten, nachdem sie vorher gleichgiltig vegetiert oder in der verschwommenen thatenlosen Phraseologie des „moralischen Volksbundes“ ein Genüge gefunden hatten. Die Erkenntnis ihrer Classeninteressen lag ihnen auch jetzt noch fern. Sie gingen auf in den freisinnigen und radicalen Parteien, über deren Ideenkreis sie nicht hinauskamen. Politisch vertraten sie die demokratischen Forderungen; dem volkswirtschaftlichen Programm lag ein kleinbürgerliches Ideal zu Grunde. Es entsprach das dem damaligen Stande der ökonomischen Entwicklung. Der Verfassungsrevision war zwar im Zusammenhang mit den Erleichterungen und Verbesserungen im Verkehrswesen ein starker wirtschaftlicher Aufschwung gefolgt, allein die Grossproduction nahm neben dem Handwerk und Kleingewerbe doch noch einen bescheidenen Platz ein, und die Gegensätze, die der Capitalismus zeitigte, steckten noch in ihren Anfängen. Erfolgreich und verständig erschien die Politik,



die darauf ausging, Capital und Arbeit zu versöhnen. Nicht Ueberwindung, sondern Ausgleichung der socialen Gegensätze. Das beste Mittel hierzu: eine tüchtige berufliche Ausbildung des Arbeiters. Sie gebe jedem die Möglichkeit, sich eine gesicherte Existenz zu erringen. An der Lösung dieser Aufgabe könnten aber alle braven Leute zusammenwirken, wenn sie nur vom richtigen patriotischen Geiste erfüllt seien. Deshalb ergaben sich daraus, dass in den Grütlivereinen Handwerksmeister, Kaufleute, Beamte stark vertreten waren und manchenorts die Leitung und Verwaltung besorgten, noch keine Conflicte.

Eine Aenderung bahnte sich Ende der sechziger Jahre an. Die Thätigkeit der Internationale und der socialdemokratischen Gewerkschaften stellte die Grütlivereine vor ganz neue Fragen. Die Antwort fiel zunächst noch im Sinne der alten guten Traditionen aus. Im Jahre 1868 wurde der Antrag auf Beitritt zur Internationalen mit der weisen Begründung abgelehnt: Der Grütliverein erachtet die Angelegenheit über die Arbeiterfrage noch nicht reif, nimmt sich aber vor, die Arbeiterverhältnisse eifrig zu studieren. Fünf Jahre später wurde auch der Beitritt zum schweizerischen Arbeiterbund abgelehnt. Aber einzelne Sectionen traten ihm doch schon bei, nachdem der damalige Redacteur des Grütliener an der Gründung des Arbeiterbundes hervorragenden Anteil genommen hatte. Der nunmehr ausbrechende Kampf zwischen der alten und neuen Richtung endete nach jahrelangen Reibungen und Kämpfen mit dem Sieg der letzteren. Einen Wendepunct bezeichnete die Agitation für das Fabrikgesetz, das, nachdem 54 844 Stimmberechtigte das Referendum angerufen hatten, am 21. October 1877 nach einer leidenschaftlichen Agitation mit dem knappen Mehr von 10 347 Stimmen angenommen wurde. Zum erstenmal trat hier die gesamte Arbeiterschaft in einen Gegensatz zum Unternehmertum, und Tausende wurden durch eine grosse geschichtliche Erfahrung über den Sinn der Ausdrücke Classenkampf und Classeninteresse, die ihnen die Agitation nicht verständlich hatte machen können, belehrt. Im Jahre 1878 lehnte der Grütliverein zwar einen Allianzvertrag mit dem Arbeiterbund ab, stimmte aber einem socialdemokratischen Programm zu. Im Laufe der achtziger Jahre vollendete sich die Entwicklung zu einer proletarischen Classenorganisation. Zum äusserlichen Abschluss kam sie im Jahre 1892, indem sich der Verein in seinem Statut zur Socialdemokratie bekannte. Sie war begleitet von einem nicht ganz unbedeutenden Rückgang der Mitgliederzahl, zu einem guten Teil bewirkt durch den Austritt bürgerlicher Demokraten. Dafür gewann der Verein an innerer Klarheit und an Einheitlichkeit. Und das gleiche gilt von der gesamten Arbeiterschaft. Aber sie zeichnet sich auch jetzt noch durch einen nüchternen, aufs Praktische gerichteten Zug und einen starken Mangel an Temperament aus. Noch eine Dosis „utopistischer Denkweise“, und es gäbe eine gute Mischung.

# Der Weg der Civilisation.

Von

**Mathieu Schwann.**

(Laubenheim.)

Aegypten — Phönicien — Palästina — Kleinasien — Griechenland — Italien — Spanien — Frankreich — das war der Weg, den die Civilisation in der geschichtlichen Zeit um das Mittelmeerbecken herum nahm. Von Frankreich aus strebte sie weiter nach England und Deutschland, von Deutschland weiter nach dem skandinavischen Norden und dem slavischen Osten. Sie liess die weiten Regionen hinter sich, aus denen der Drang zu Weltreichen und Weltreligionen entsprang, zu Weltreichen, gegründet auf dem Verhältnis weniger herrschenden Persönlichkeiten und Casten über einer mehr oder weniger gleichartigen, slavischen Masse, und drang in das vielgliedrige Gebiet Europas ein, das von Natur den Weg zur Individualisierung der Menschen und Völker wies. Und jedesmal, wo es galt, eine neue Zone der Civilisation zu eröffnen, ist dabei zu bemerken, wie die vorliegenden Widerstände, die es da zu überwinden galt, eine grössere Zusammenfassung der culturellen Elemente erzwang. Die sogenannten nationalen oder staatlichen Einigungen kamen erst zu stande, wenn grössere Culturaufgaben in Sicht traten und bedingend und organisierend auf das Leben der einzelnen Stämme, Völkerteile und Völker zurückwirkten.

Aus keinem anderen natürlichen Grunde erwuchs auch das neue Deutsche Reich. Als die deutsche Colonisation im Nordosten die feste Grenze eines fremden Volkstums erreichte und sich dem deutschen Leben die werdende Macht Russlands entgegenzustellen begann, griff Preussen rückwärts nach den verwandten deutschen Elementen, in ihnen den Rückhalt und die Stütze für ein ferneres Vorgehen im Osten zu gewinnen. Trotzdem aber ist heute an der deutsch-russischen Grenze der Schlagbaum niedergelassen. Eine Stockung trat ein, und die Frage ist, woher dieselbe rührt. Vom geschichtlichen Standpunkt aus und an der Hand eines geschichtlichen Beispiels möchte ich hier einmal dieser Frage näher treten. Denn erkennen wir die Ursachen, warum da oder dort eine culturelle Mission gelang, so erkennen wir vielleicht auch die Ursache, warum die unmittelbare culturelle Arbeit Deutschlands im Osten zum Stehen kam und nur zum geringen Teile gelang. Eines der grossartigsten Beispiele der Anlage einer neuen Zone civilisatorischer Entwicklung aber bietet gerade Deutschland selbst, das Land der Germanen; und nur in unsere eigene Geschichte brauchen wir zurückzusehen, um das Wie man es macht oder machen sollte zu erkennen.

Die Geschichte ist für mein Urteil der stets verfehlt oder nur teilweise gelungene Versuch der Wahrheit, Wirklichkeit zu werden, und Schopenhauer hat recht, wenn er sagt, dass sich „die eigentliche Entfaltung der Idee“ bei weitem richtiger und deutlicher in der Dichtung finde, als in der Geschichte, dass, so paradox es klinge, der Dichtung viel mehr eigentlich, echte, innere Wahrheit beizulegen sei, als der Geschichte. Und abermals hat er recht, wenn er sagt: „Was die Vernunft dem Individuo, das ist die Geschichte dem menschlichen Geschlechte. Vermöge der Vernunft nämlich ist der Mensch nicht wie das Tier auf die enge, anschauliche Gegenwart beschränkt, sondern erkennt auch die ungleich ausgedehntere Vergangenheit, mit der sie verknüpft

und aus der sie hervorgegangen ist; hierdurch aber erst hat er ein eigentliches Verständnis der Gegenwart selbst und kann sogar auf die Zukunft Schlüsse machen.“ Natürlich, wenn er es kann, wenn der Mensch eben nicht Tier bleibt, sondern sich seiner Vernunft erinnert und bedient, und wenn er seine geschichtliche Kenntnis nicht nur wie gewisse Reichspräsidenten zu Knallfeuerwerken bei Hohenzollernfesten verwertet, sondern sich ihrer als einer hell und rauchlos brennenden Leuchte auf dem Wege bedient, der zur Wahrheit und zur Erkenntnis führt. Da dieser Weg aber ein sehr schwerer und die Vernunft obendrein bei der Mehrzahl der Menschen noch nicht heimisch geworden ist, so mag es kommen, dass der Satz heute noch zu recht besteht: Die Menschen lernen aus der Geschichte so gut wie nichts.

Wie kam die Civilisation zu uns? Sehen wir zurück! Dort die Römer und ihr grosses Reich, hier die Germanen. Zwischen ihnen ein galloceltisches Mischvolk. Die culturelle Arbeit stand. Die Römer vermochten mit ihrer Militaircultur allein nicht weiter zu kommen; die Germanen blieben als Halbwilde in ihren Wäldern. Beide Lebensbildungen schlossen sich gegenseitig aus. Wo Römer und Germanen zusammentrafen, entbrannte der Krieg, der Drang zu gegenseitiger Vernichtung. Aber die offensive Kraft der Römer erlahmte mehr und mehr, während die der Germanen wuchs. Die Römer gerieten in die Defensive, und von hier ab ging es rückwärts. Eine Provinz nach der anderen musste aufgegeben werden, und die Germanen besetzten sie. Sie drangen in Gallien ein, zerrissen das Land in mehrere Teile und trennten es von der römischen Centrale los. Als Germanen gingen sie an dieser That zu Grunde, aber sie trugen den Galliern ein neues Blut zu. Die gallorömische Mischung wurde zu einer gallofränkischen oder gallogermanischen. Die „romanische“ Gesellschaft erwuchs seit dem VII. Jahrhundert, in der die lateinischen Keime mächtig gemildert wurden, durch altgermanische Ueberlieferungen. Die römische Civilisation wurde in dieser Mischung der germanischen Welt weit sympathischer, nach und nach auch zugänglicher und anpassungsfähiger. Das ist der erste Grund, die ethnische Ursache des beträchtlichen Einflusses, den die französischen Ideen nachmals auf die germanischen Völker genommen. Raoul Chélard stellt diese Anschauung in seinem Buche: *La civilisation française dans le développement de l'Allemagne* an die Spitze seiner trefflichen Ausführungen, und ich pflichte ihm bei.

Als die Schwächeren brachen die Gallier vor den Germanen zusammen, und als die Schwächeren, und nicht als die Stärkeren, erhielten sie den Anstoss zu einer höheren Cultur, zur Reflexion, zur „List“, der Waffe der Schwächeren. Mit ihr behaupteten sie sich und wurden intellectuell sogar die Herrscher.

Und das zweite Moment: die Anpassung eines Volkes an die gegebenen Verhältnisse, die eine geradezu erstaunliche ist. Denn als Mischvolk, und nicht als Rassevolk, errangen die Franzosen den Vorrang. Auf diesem natürlichen Wege bildete sich dieses Volk die Organe für zwei Welten aus, für die römische und germanische. Gab die römische Grundlage die Legitimation zur culturellen Führerschaft, so das germanische Blut die mächtige Initiativkraft zu einer culturellen Arbeit, die wohl das Grossartigste ist, was je ein Volk leistete. Man sprach und spricht den Franzosen so gern die colonisatorische Fähigkeit ab und weist dabei auf den Verlust oder Rückgang ihrer Colonieen hin; man

spielt England dagegen aus, man weist auf die grossartige Colonisationsarbeit des germanischen Elementes in der neuen Welt. Aber übersieht man bei solchem Urteil nicht eins, und zwar ein Gewaltiges? Das nämlich, dass die culturelle Arbeit Frankreichs eine von Grund aus verschiedene war? Dass dieses Volk stets nur da zurückgewiesen wurde und sich nicht zu behaupten vermochte, wo es darauf ausging, mit den Waffen in der Hand ein neues Landgebiet französisch zu machen, dass es aber stets da Sieger blieb, wo es als Vermittler der Cultur auftrat und sich mit den Waffen der Cultur und gerade nicht mit denen der Gewalt zu bethätigen suchte? Die englischen Colonisationserfolge beruhen alle auf dem Princip der Herrschaft und Gewalt, während Frankreich nur dauernde Erfolge errang, wo es seiner Cultur und seinem civilisatorischen Geiste vertraute. Infolgedessen schuf Frankreich der Cultur neue Zonen, während die Culturarbeit in Indien z. B. weit mehr der englischen Bevölkerung förderlich war als der einheimischen. Man verwechselt, wie mir scheinen will, zwei von einander grundverschiedene Arten der Colonisationsarbeit, und man lässt nur die eine derselben, die nach englischem Muster, gelten, während man die wirkliche Culturarbeit Frankreichs dabei übersieht und als erfolglos darstellt. Der Culturhistoriker aber taxiert da anders. Er schätzt eine solche Arbeit nicht ausschliesslich nach dem Erfolge, den sie dem cultivierenden Volke brachte, sondern er fragt vor allem nach den selbständigen Werten, die eine Culturarbeit dem Gesamtwachstum der Menschencultur brachte. Und von diesem Gesichtspuncte aus erscheint der Erfolg Frankreichs als ein ungleich höherer und wertvollerer, als derjenige aller nur erobernder Völker.

Sehen wir nur einmal zu! Die von französischen Missionaren gegründeten Klöster und Bistümer überspannen das alte Germanenland mit einem ganz gewaltigen Netz cultureller Centren und Verbindungen, Sie werden die Atmungsorgane für die lateinische Cultur auf deutscher Erde. Aber — die Missionare sind auch Politiker, und zwar nicht nur so nebenbei, sondern sie sind es der Hauptsache nach. Das förderte ihr Werk keinesweg immer, sondern hemmte es häufig und weckte den politischen Widerstand bei den Deutschen. Solange nämlich jene Erstcultur keine französische im nationalen Sinne war, sondern als Cultur im einfachen, schlichten Menschenkleide erschien, fand sie Aufnahme, Achtung und Anklang. Als sie dagegen begann, unter der Nationalcocarde zu erscheinen, fand sie in Deutschland den Widerstand auf Schritt und Tritt. Denn die Cultur, die sich das Menschenreich erobern möchte, indem sie die Menschen und Völker alle zur Mitarbeit aufruft und sie in ihren Mitteln und Wegen unterweist, achtet die nationale Färbung wohl, beugt sich aber nicht vor ihr, und immer wieder offenbart die Geschichte die einfache Thatsache, dass nationale Beschränkung, der Conservatismus sans phrase, ein Symptom des Verfalles der nationalen Cultur ist. Wo eine nationale Abschluss erfolgt, wo das nationale Leben die Tendenz annimmt, sich ausschliesslich zu behaupten, sich einzukapseln, alle frische Regung aus dem Volke heraus niederzuzwingen, da setzt auch der Verfall ein und ist schon im vollen Gange. Eine neue Blutmischung wird zur Notwendigkeit, und aus ihr heraus geht eben nicht die alte Nationalität in neuer Stärkung hervor, sondern eine neue mit neuen Organen, neuem Willen, neuen Neigungen und neuen Anschauungen. So sind die Spanier von heute eben keine neugeborenen Alt-

spanier, sondern eine Mischung aus lateinischen, germanischen und arabischen Elementen; die Italiener sind keine neugeborenen Römer, sondern römisch-germanische Mischung in Norditalien, römisch-griechisch-normännisch-arabische Mischung in Süditalien etc. Und schon Schnaase weist darauf hin, wie eine solch' vollkommene Mischung plötzlich das Uebergewicht und den culturellen Vorrang über alle umliegenden Volksteile errang, bei denen sich eine solche Mischung weniger glücklich, weniger gründlich und weniger vollkommen vollzog.

Er wirft direct die Frage auf, wie die Capetinger zur Herrschaft in Frankreich kamen? Weder das Genie eines Repräsentanten dieses Hauses, dessen Mitglieder meist sogar unbedeutende Persönlichkeiten waren, noch irgend eine politische Haupt- und Staatsaction, noch das Recht der Erbschaft führte sie herauf, sondern ihr Erfolg beruhte auf folgenden Vorgängen. Zwei Rassen kämpften seit der germanischen Invasion um das alte Gallien und rissen es in Stücke. Kein Teil aber hatte die Vorherrschaft über den anderen. Der Süden stand feindlich gegen das Centrum; bald war der Sieg hier, bald dort, aber in keinem Lager blieb er beständig. Da — kurze Zeit nach der Vertreibung der Carolinger — stieg ein Teil des alten Neustrien, das die Domaine des Königs war, zu einer offenbaren Hegemonie empor. Wieso denn? Warum? Weil sich hier die Mischung der germanischen mit den gallo-lateinischen Elementen zuerst und in intimster Weise vollzogen hatte; und so musste der Genius der neuen Rasse dort mit voller Kraft zum Ausdruck kommen. Wie weit das trägt, lässt sich an einem Beispiele erkennen. Auf diesem gleichen Boden des nordöstlichen Frankreich, enger noch im alten Neustrien, erstand nachmals der gotische Baustil, und von hier aus verbreitete er sich nach Süden, Osten, Norden und Westen bis an die Grenzen, bis zu welchen ehemals ganze germanische Völkerteile ihre Wege genommen und auf romanischem Boden die Grundlegung neuer Völkermischungen vorbereitet hatten. Solche Thatsachen stehen in den meisten Geschichtsbüchern nur neben einander. Es ist Zufall, sagen die Leute. Aber ich möchte hier eine Verknüpfung von Ursache und Wirkung sehen, so zwar, dass ich sage: der gotische Baustil konnte nur dort Aufnahme und Ausbildung erfahren, wo durch germanische Blutmischung die Organe zu seiner Aufnahme vorgebildet worden waren. Das nur nebenbei.

Die Hauptsache ist nun: Wie machte es diese werdende französische Cultur, Deutschland zu civilisieren? Das Netz der Abteien, Klöster, Bestümer ist gespannt und wird immer mehr ausgebaut. Der Austausch setzte ein. Französische Lehrer sandte man hinaus; in immer neuen Wellenschlägen ergoss sich französische Bildung über deutsches Land. Man gedenke nur der bedeutenden Wirksamkeit des Ordens von Cluny, der Landwirtschaftslehrer von Citeaux und Prémontré, die neue Culturmethoden bringen und ihre Musterwirtschaften überall im fremden Lande errichten, des höfischen Ritterwesens, des kolossalen Einflusses der europäischen Hochschule von Paris, die lange Zeit die einzige Lehrerin der Völker war und ihren Vorrang auch noch weit in die Zeit hinein behauptete, wo nationale Hochschulen allenthalben entstanden und ihr Concurrrenz zu machen begannen. Deutsche Schüler, erst vereinzelt, dann in Scharen, brachen auf und studierten in Paris. Ein Teil davon blieb dort. Andere kamen heim und brachten das Gelernte ihren Volksangehörigen. Und das war auf allen Gebieten so, steigerte sich immer mehr, dauerte jahrhundert-

lang. Wir haben in Deutschland nicht nur einen romanischen Baustil, sondern eine ganze romanische Cultur, und wir haben sie so lange, bis das deutsche Bürgertum allmählich soweit erstarkt ist, die eigene Art und Sprache auf allen Gebieten in Pflege zu nehmen und dann auch selbständig zu entwickeln. Aber wohlgemerkt: wie der gotische Baustil, den man den christlich-germanischen genannt hat, nicht denkbar ist ohne die Voraussetzung des romanischen Stiles, so auch diese germanische Cultur nicht ohne die Voraussetzung jener romanischen Cultur, die Deutschland ehemals erfüllte.

Bei unserem Volkstum aber stand die Menschengeschichte nicht still, sondern genau so, wie wir ehemals den Franzosen gegenüberstanden, standen uns die Slaven im Osten gegenüber. Und wir begannen auch, genau nach der bei uns befolgten Methode, diesen harrenden Völkern gegenüber die Arbeit der Cultur. Unsere Lehrer zogen aus und gründeten Schulen; unsere Kaufleute gründeten Städte und Handelscentren im Osten, unsere Bauern zogen mit und nahmen den schweren Boden in Angriff, gründeten Dörfer und Gemeinden, und der deutsche Krieger stand dahinter und schützte das Werk, so gut er konnte und so gut er es verstand. Das ganze Slavenland östlich der Elbe ist auf diese Weise bis weit in das slavische Volkstum hinein deutsches Land geworden. Aber wie wir an der fremden Cultur zu einem nationalen Bewusstsein erwachten, so auch die Slaven allmählich an unserer Cultur zum Bewusstsein ihrer Besonderheit. Das hätte an sich nichts zu sagen gehabt und brauchte keineswegs zum Stillstand oder zur Verengerung des bisherigen Verkehrs und der gegenseitigen civilisatorischen Beziehungen zu führen. Eins aber musste nun anders werden. War bisher das Ziel, und wenn nicht das Ziel, so doch das Ergebnis, dass deutsche Arbeit deutsches Land schuf, so war diese Aussicht nun verschlossen. Deutsches Land liess sich da im Osten nicht mehr gewinnen. Und weil das nicht mehr, ward unsere Aufgabe dahin verändert, dass wir nun nicht mehr unter der nationalen Flagge marschieren konnten, sondern wir mussten, wollten wir weiter Culturbringer und Culturförderer im Osten sein, die weisse Fahne hissen, die Fahne des Friedens und der schlichten Menschen-cultur. Man kam uns auch da entgegen.

Peter der Grosse und sein Culturwerk im Osten versuchte die deutschen Kräfte in dieser Richtung zu engagieren. Aber die Lust erlahmte. Und was Russland sich seither an culturellem Leben gewann, gewann es nicht durch unsere, sondern durch seine eigene Initiative. Ja, es kam infolge der „kühlen Reserve“, in die wir uns einpackten, so weit, dass Russland über uns wegriff und seine Beziehungen zu Frankreich viel inniger schloss, als wir es hätten zugeben dürfen, wäre in uns das Bewusstsein einer historischen Pflicht lebendig gewesen, das Bewusstsein, die natürlichen Mittler der Cultur nach dem Osten zu sein. Und offen sei es gesagt: etwas Kindischeres und Dümmeres giebt es kaum, als die in Deutschland so weit verbreitete Meinung, wir brauchten nur auszuhalten und Russland werde dann schon ganz von selbst zusammenbrechen. Was soll denn da zusammenbrechen? Das Czarentum? Die augenblickliche Regierung? Wäre das der Wunsch des russischen und deutschen Volkes, die geheime Hoffnung beider, so könnten und würden wir ja mitarbeiten, diesen Zusammenbruch zu beschleunigen. Aber Deutschland ist keine Republik, und die Herrscher, Fürsten und Fürstchen, die annoch in Deutschland die reelle Macht haben, haben nur ein Interesse mit dem Czarentum: dass dieses eben

nicht purzele. Was aber könnte da noch sonst zusammenbrechen? Das russische Volkstum etwa?

Das alles ist ja Kinderei. Das russische Volkstum wird nicht zusammenbrechen. Eher noch brechen wir zusammen. Aber dieses gegenseitige Aushungern ist die Politik der Impotenz, die Folge einer einzigen grossen Verfehlung. Warum arbeitet die beiderseitige Diplomatie nicht daran, den Verkehr zwischen beiden Völkern auf das Lebhafteste zu gestalten? Warum setzen wir nicht deutsche Lehrkräfte auf allen Gebieten, wo wir tüchtig sind, nach Russland ab? Warum arbeitet unsere Intelligenz nicht mit, das russische Volksleben in jeder Weise zu befruchten, zu befreien, zu heben — materiell und intellectuell? Warum ziehen wir nicht russische Schüler in ganz anderer Weise zu uns herein, als dies heute geschieht? Unsere überflüssigen Volkskräfte nach dem Osten abzusetzen, ist ein Traum, der sich nie erfüllen wird, denn physische Volkskraft hat Russland für seine Bedürfnisse einstweilen genug. Ja, es könnte solche an uns abgeben, da der Zug unserer eigenen Volkswanderung eben nicht nach dem Osten, sondern nach dem Westen geht. Erfahrung und Augenschein lehren das täglich, aber ihre Sprache wird noch nicht verstanden. Und doch sind die deutschen Bauern und Arbeiter zu zählen, die, selbst für den Fall, dass es ihnen schlecht ergeht, sich entschliessen würden, im Osten zu colonisieren; die selbst, wenn sie sich entschlossen, dann auch aushalten und haften und eine neue Heimat dort gewinnen und schaffen. Schon strömen die Polen hordenweise nach den Industriezentren des Westens, und da wollen wir den Osten durch westdeutsche Elemente bevölkern? Das wird nie gehen. Was aber immer gehen wird: im Westen die Einzelintelligenzen und Einzelorganisatoren zu finden, die im Osten neue Lebens- und Culturcentren schaffen mit der physischen Kraft der östlichen Bewohner. Lehrer, Führer und Leiter — die können wir dahin abgeben. Hervorragende Musterwirtschaften schaffen — das können wir auf vielen Gebieten; Krystallisationscentren schaffen, die Augen öffnen, den Intellect schärfen, die Concurrrenz der Cultur ins Land bringen, echter, friedfertiger Civilisation und Organisation, die durch lebendiges Thun befruchtet — das könnten wir, wenn . . . Wenn! O, dieses Wenn! Es heisst einfach: nicht die Völkerwohlfahrt ist ausschlaggebend für die Beziehungen der Diplomaten und Regierungen unter einander, sondern das Interesse der Herren, das egoistische, ausschliessende Interesse der herrschenden Classen. So heisst dieses Wenn.

Wenn ich mit kurzen Strichen ein Idealbild skizzieren wollte, wie ich mir nach den vielfachen Ansätzen der Wahrheit, Wirklichkeit zu werden, die Beziehungen der europäischen Völker zu einander denke, so wäre es kurz folgendes: Abgabe der überflüssigen physischen Kräfte Deutschlands an die romanischen Länder, denn diese Länder bedürfen der herzhafteren Blutmischung und Bluterneuerung, sollen sie ihrer culturellen Mission noch weiter obliegen. Und der deutsche Organismus ist im allgemeinen so weit vorgebildet, dieser culturellen Aufgabe unmittelbar gerecht werden zu können, während der slavische Organismus, in directe Beziehung mit dem Culturleben des Westens gebracht, in nervöse Zerrissenheit und Extravaganz gerät und seinen natürlichen Widerstand verliert. Abgabe der deutschen intellectuellen Kräfte dagegen nach dem Osten, denn Russland bedarf der Lehrer, der culturellen Arbeiter und Organisatoren immer noch auf allen Gebieten. Und hier hätte die Diplomatie einzu-

treten: wer in russische Dienste tritt, nimmt sein deutsches Recht mit hinüber. Das müsste ihm garantiert werden. Und ferner müsste die Einrichtung vorgesehen werden, dass jeder Russe, der zu solchen von Deutschen geschaffenen Einführungen in Beziehungen tritt, rechtlicher Mitge... dieser freieren Rechtszone werden könnte. Auf diese Weise könnten die Samenkörner einer historisch gewordenen Autonomie über ganz Russland ausgestreut werden, und es würde die Gelegenheit geschaffen, auf dem Wege natürlicher Entwicklung in eine höhere Rechtssphäre hineinzuwachsen, während heute nur vom grünen Tisch aus decretiert und theoretisiert werden kann. Ein Weg der Evolution wäre geöffnet, anstatt dass heute nur zwei Wege, die keine sind, offen stehen, derjenige der absoluten Resignation und derjenige der gewaltsamen Revolution. Und immer weiter! Zu allem eine mit vollem Bewusstsein bewerkstelligte Einholung neu zu organisierender Kräfte aus dem Osten, damit der Culturgedanke ein solidarischer werde und bald im Osten den Wiederhall und Rückhalt finde an einheimischen, russischen Culturelementen und ganzen Volkskreisen, denen selbstverständlich in der Zukunft die Ausbreitung und Vermittelung der Cultur zu den weitesten Volkskreisen obliegen wird.

Immer weiter wachsen die Aufgaben der Menschencultur, und dieses Wachstum legt den Wunsch nach grösseren Zusammenfassungen nahe. Wie das Deutsche Reich aus den deutschen Einzelstaaten emporwuchs, so wird und muss eine europäische Union aus den europäischen Staaten erwachsen. Gehen wir nicht bald diesen Weg mit vollem Bewusstsein und klarem Willen, aber ebenso mit vollständigem Ausschluss eines herrschaftlichen oder oberherrschaftlichen Hinter- und Gewaltgedankens, so wird die Not selbst diese Einigung zu schaffen suchen, und wir werden wider Willen gezwungen dazu, unserer historischen Pflicht zu gedenken. Diese aber ist und bleibt: Mittler der Menschencultur nach dem Osten zu sein. Die Not arbeitet jedoch niemals anders, als mit Gewalt, und nur die Vernunft waltet gewaltlos.

Was nun thun wir? Wir vermehren unser Heer und bauen strategische Bahnen; wir lassen deutsche Kaufleute nach Russland ziehen und ergötzen uns, gelingt ihnen ein recht gutes Geschäft, das heisst, gelingt es ihnen, die Russen recht kräftig übers Ohr zu hauen; wir trinken russischen Thee und rauchen russische Cigaretten und essen Brot, das aus russischem Weizen gebacken wurde. Der Bauer aber, der den Weizen baute, hungert, er hat keinen Thee und keinen Tabak, dafür aber Branntwein, den lassen wir ihm, damit er im Duse! nicht merkt, was wir ihm nehmen. Und bei alledem reden wir dann von „Halbasien“ mit einem gewissen Nasenrumpfen, und wir entrüsten uns über alle möglichen nichtsnutzigen Verlogenheiten dieser „halbasiatischen“ Politik. Wäre doch ein Wunder, wenn sie nicht verlogen wäre! Und wer zwingt sie dazu? Immer wieder wir! Die Lehre vom „gesunden Egoismus“, der ein Volk leiten soll und in aller Geschichte den Ausschlag giebt, ist ja unsere wissenschaftliche Erfindung. Dass aus dieser Theorie eine Praxis des „crassen Egoismus“ wird, ist doch klar auch ohne jede weitere Probe. Giebt es doch bloss einen gesunden Egoismus, und das ist der, den schon die älteste Menschenweisheit entdeckte: Liebe deinen Nächsten wie dich selbst! Wo dieser Egoismus aufhört, da fängt hart daneben die gegenseitige Begaunerei und Räuberei an. Die Arbeit der Cultur ist an dieser scharfen Grenze zu Ende. Ein Verkehr ist wohl noch da, da der Russe dies und das von uns haben möchte und wir dies und das



von ihm. Aber im Grunde denkt keiner mehr an des andern Wohl, sondern an das Gegenteil, denn: je schlechter es ihm geht, um so billiger ist er zu haben. Auf solchem Fusse aber sind auf die Dauer keine culturellen Beziehungen zu erhalten, sondern das würgt sich in versteckter, latenter Feindschaft nur so lange ab, bis es gänzlich unerträglich wird. Dann eben kommt's zu offenem Bruch und zum Kampf auf Leben und Tod. Wahrlich, ein gesunder Egoismus, der zu solchem Ende führt! Und wahrlich, eine wunderlich-sonderbare Art von Cultur!

Wo sind die „Missionsanstalten“, die Laboratorien, Musterwirtschaften, Fabriken, polytechnischen Schulen und Universitäten, die Kliniken, Hospitäler, Kranken- und Invalidenhäuser, wo die Bibliotheken, Museen, kurz alle die Civilisationsmittelpunkte, die Deutschland in Russland schuf, wie sie ehemals der französische Geist in Deutschland errichtete? Isolierte Anfänge giebt es überall, aber es blieb bei den Anfängen, und es blieb bei der Isolierung. Wenn die Russen sich bilden wollen, mögen sie zu uns kommen, denkt man wohl da. Nun denn, vielleicht kommen sie noch einmal zu uns, dann aber anders, als unsere weisen Leute es sich heute noch denken. Russland hat den Gedanken des Weltreichs erfasst, eines Reiches, das wirtschaftlich und social durch sich selbst bestehen kann. England hat ihn ebenso erfasst und versucht, ihn auszubauen. Bald wird nur die Frage für uns sein, für welches dieser beiden werdenden Weltreiche wir uns entscheiden sollen? Aber wie wir uns auch entscheiden, wir werden die Kosten zu bezahlen haben, geraten diese beiden Mächte einmal in Kampf miteinander. Und Russland wird zu uns kommen in dem Augenblick, da unsere Volksstimmung ermüdet und ablässt, Träger unserer Heeresorganisation zu sein. Dieser Augenblick kommt für uns so sicher, wie er für Frankreich kam. Oder hatte nicht Frankreich in der Endzeit Mazarins, in der Anfangszeit Ludwigs XIV. genau diese Sicherheit, wie wir sie heute noch haben? Und begann diese Sicherheit nicht schon vor dem Tode des grossen Königs zu wanken? Fiel nicht, als die Entscheidungszeit sechzig Jahre später mit dem Beginn der grossen Revolution nahte, das Heer ab? War die einst so glänzende Waffe nicht stumpf geworden? Entglitt sie nicht den schwach gewordenen Händen? Nur noch ein bisschen mehr das Volksleben zur Verfügung der besitzenden Classen gestellt, nur noch ein bisschen ausschliesslicher die Interessen des Adels, des Militairs, der Capitalisten und der Kirche wahrgenommen, und das andere macht sich dann ganz von selbst.

Trägt unsere Volksstimmung etwa heute noch das Heer? Die national-liberalen Zeitungen sagen es, und in conservativen Kreisen mag man denken, das sei auch so nötig nicht; „wenn der König ruft, wird das Heer marschieren“; und weiter links, da sagt man hier und da noch, das deutsche Heer ist ein Volksheer; man sagt es, weil man wünscht, dass es so wäre. Aber wäre die Volksstimmung eine geschlossene für das Heer, der Ausschluss der Oeffentlichkeit bei Krosigkprocessen wäre überflüssig; überflüssig wäre die Gesinnungsschnüffelei, wie sie in Kriegervereinen betrieben wird, überflüssig die fortgesetzte und gesteigerte Absperrung der Soldaten vom Verkehr mit dem „Civil“, überflüssig diese ganze sogenannte Verschärfung der Disciplin u. s. w. u. s. w. Das alles sind Erscheinungen, die deutlich genug verraten, dass die Sicherheit der Militairleute ins Wanken geriet. Sie misstrauen dem Volke und — sie misstrauen bereits der Nützlichkeit ihrer eigenen Massnahmen.

Nun aber denke man sich einmal den Fall aus, der heute oder morgen eintreten kann: die Bewegung der russischen Studenten, Arbeiter, Bauern, Bürger, deren Vorhandensein wir ja trotz der Vertuschungen sehen, gewänne breiteren Boden, sie gewänne die Kreise der Beamten, der Officiere, der Regierung; das Bewegungsprogramm würde aufgenommen, der Wille zur menschlichen Cultur, zu freiheitlichen und humanen Institutionen setzte sich durch und träte an die Spitze des russischen Lebens: wo wäre dann die Stimmung unseres Volks? Bei den „gesunden Egoisten“ etwa, die sagten: je schlechter es denen ging, um so billiger hatten wir sie? Oder aber stünde die Stimmung der grossen Mehrheit unseres Volkes nicht sofort bei jenen, die da vorwärts wollen? Und wieder gesetzt den Fall, es gäbe da Leute, die mit Gewalt dieser Bewegung entgegenzutreten wollten, diese Leute liessen sich die deutschen Nachbarn zu Hilfe kommen, unser Heer würde geschlagen, wie es von den Franzosen der Revolutionszeit geschlagen wurde, denn mit diesem Executionsheer würde unsere Volksstimmung nicht ins Feld ziehen.

Solche Ausblicke sind nicht unnütz, wie die „Realpolitiker“ denken mögen. Im Gegenteil, sie sind sogar sehr nützlich und unbedingt notwendig, gilt es, sich im grossen für den Weitemarsch der Civilisation zu orientieren. In den Völkern ist das Gefühl menschlicher Solidarität vorhanden, und es wacht zu vollem Bewusstsein auf bei solchen grossen Gelegenheiten, wo ein Volk sich aufrafft, mit dem Hammer an die Pforten der Zukunft zu pochen.

Wir stehen und warten. Die Civilisation aber will vorwärts auf ihrem Wege. Sie baut die grosse Bahn quer durch Asien. Sie will und drängt dazu, den friedlichen Verkehr der Menschen auszubauen und den Rückfall in die alten Theorien der Gewalt und in die Praxis der Barbarei immer mehr unmöglich zu machen. Sie wird zu ihrem Ziele kommen trotz alledem. Und stellt sich ihr der „kriegerische Germane“ hemmend in den Weg, so wird sie ihn beiseite schieben und ihn zwingen, sich zur Tüchtigkeit des friedfertigen Menschen emporzubilden. Warum also warten wir noch, bis die Not uns zwingt? Bis wir vielleicht zum Don Quixote der aussterbenden militaristischen Cultur geworden sind? Warum gehen wir den Weg zu höherer Erkenntnis nicht aus eigener tüchtiger Erkenntnis, mit vollem Bewusstsein und unwandelbarem Vertrauen? Vor dem friedfertigen Menschen werden sich die Schlagbäume heben im Osten und Westen. Nur vor dem bleiben sie geschlossen, dessen letzter Gedanke die Gewalt, dessen letzter Rückhalt die Herrschaft ist. Diese ultima ratio der Barbarei ist aufzugeben ganz und gar, und eine Illusion ist es, und nicht einmal eine schöne, wir könnten unsere Macht so steigern, dass wir im stande wären, der Welt das Gesetz zu dictieren.

Zu etwas anderem aber sind wir im stande: wir könnten unsere Tüchtigkeit so steigern, dass sie allen einleuchtet und ein Beispiel, ein Vorbild, ein Wegweiser für die jüngeren Culturvölker zu ihrer Tüchtigkeit wird. Dazu sind wir im stande, und wir würden es können von dem Augenblicke an, wo wir erst einmal mit ganzer Seele wollen. Dass dieser Wille der Cultur im Volke gross und mächtig werde, ist ein Wunsch, eine Wünschbarkeit, ein Ideal. Aber vielleicht, weil es ist, stehen wir gerade da und warten, denn wir sind kleingläubig und zaghaft geworden, und in dem Augenblicke, wo er mächtig aufflammte, würde das Stehen zu Ende sein und auch das Warten. Die Civilisation würde ihren weiteren Weg finden, uns von den Irrfahrten nach Africa und China heimholen

und uns befehlen: „Hier ist dein Weg! Flunkere nicht in der Welt herum! Es nützt dir doch nichts, dich an deinen natürlichen Aufgaben vorbeidrücken zu wollen. Was kannst du dort? Ein paar Bündel Pflöpfreier hinsenden — weiter nichts. Hier aber stehst du, hier wurzelst du, deine Wurzeln durchgraben den Boden, deine Blätter düngen ihn, und die Samenkörner deines Wachstums befruchten ihn von selbst. Also pack' an, wo du stehst, mit Zuversicht und festem Willen. Lege die Gärten deiner Cultur in Russland an, nicht um deutsche Colonieen zu gründen, sondern Colonieen der Menschheit, der Freiheit und friedlicher Arbeit und Gesittung.“

Ich weiss wohl, dass man diese Sprache in Deutschland heute kaum versteht. Aber ebenso weiss ich, dass eine Zeit kommt, in der man sie verstehen wird und wünschen wird, sie schon früher verstanden zu haben. Immerhin schadet es nichts, schon heute in diese Richtung zu weisen. Es macht die Elemente des Volkes vorsichtig, denen die Zukunft gehört, weil sie schon heute mit dieser Aufgabe deutscher Cultur sympathisieren.

## Die sächsischen Landtagswahlen 1901.

Von

Georg Schöpflin.

(Chemnitz.)

Der dritte Wahlgang unter dem am 28. März 1896 beschlossenen Dreiclassenwahlsystem hat nun gleichsam die officielle Bestätigung erbracht, dass unter diesem System ein Socialdemokrat nicht gewählt werden kann. Somit ist die von den Urhebern des Wahlrechts beabsichtigte Wirkung eingetreten. Was schon ein Blick in die Construction dieses Systems lehrte, ist nun durch einen dreimaligen praktischen Versuch erhärtet worden: aus eigener Kraft bringt die Socialdemokratie in absehbarer Zeit keinen Candidaten durch, da das Gros der ausschlaggebenden zweiten Wählerclassen für uns vorläufig noch nicht zu haben ist und sobald auch nicht zu haben sein wird. Compromisse mit anderen bürgerlichen Parteien sind in Sachsen ausgeschlossen, da es eigentlich nur noch die conservative Partei und die Socialdemokratie giebt. Was in Sachsen unter dem Namen nationalliberal oder kammerfortschrittlich vegetiert, ist ebenso einflusslos wie politisch minderwertig.

Das Ergebnis der diesjährigen Landtagswahlen hat aber nun auch jene naiven Leute eines Besseren belehrt, die der conservativen Heuchelei Glauben beimassen, wonach mit der Wahlentrichtung nur die Gefahr einer socialdemokratischen Mehrheit in der Zweiten Kammer beseitigt werden sollte, nicht aber beabsichtigt sei, die Socialdemokratie völlig aus dem Landesparlament zu verdrängen. Bisher thaten nämlich die Conservativen manchmal so, als ob sie einige Hechte im Karpfenteiche ganz gern sähen. Das war zur Beruhigung jener, denen bei aller Feindschaft gegen die Socialdemokratie doch das Gewissen ein wenig geschlagen hätte, wenn man ihnen bei der Wahlentrichtung klipp und klar gesagt haben würde: Was wir jetzt thun, ist darauf berechnet, die fernere Wahl eines Socialdemokraten unmöglich zu machen. Die Conservativen kannten sich und ihre Pappenheimer genügend, um zu wissen, dass manche Schachfigur im engeren und weiteren Anhang stützig geworden wäre, wenn man mit der vollen Wahrheit herausgerückt wäre: dem Plan, die Socialdemokratie und damit jede ernsthafte Opposition in der Kammer zu beseitigen. Ausserdem mussten mit einem solchen Manöver auch die Bestrebungen verschleiert werden, deren nunmehr erreichtes Ziel war: eine conservative Zweidrittelmehrheit.

Es giebt nämlich in Sachsen eine Species von Reactionären, die wohl gern mit dabei sind, wenn es gilt, den Socialdemokraten eins am Zeuge zu flicken und der emporstrebenden Arbeiterbewegung Knüppel zwischen die Beine zu werfen, die aber so allgemach vor dem brutalen conservativen Bruder eine Heidenangst bekommen, weil der Knabe Mehnert anfängt, ihnen fürchterlich zu werden. Diese Species umschwebt so eine dunkle Ahnung, dass der Director der landwirtschaftlichen Creditanstalt, sobald er sie allein im Ständehaus hat, böß mit ihnen umspringen wird. Sie waren deshalb bisher recht froh, dass auf der äussersten Linken Männer sassen, die sich vor ihm ebensowenig fürchteten wie vor seinem Adjutanten, und rücksichtslos dreinhieben, wo es sich als notwendig erwies. Trotz aller Seelenverwandtschaft gönnten sie denen um Mehnert die Hiebe, durch welche manches verhütet wurde, das zu verhüten auch in ihrem Interesse lag. Nebenbei bestand für sie der profitable Zustand, dass sie sich als die Unentwegten gerieren konnten, weil andere das sagten und thaten, was sie selbst manchmal gern gesagt und gethan haben würden — natürlich in geziemender Demut —, sofern der dazu nötige Mut vorhanden gewesen wäre.

Nun aber ist's mit dieser Idylle aus. Die letzten Socialdemokraten sind hinausentrechtet, und so mancher sächsische Ordnungsmann, der eine Berechtigungskarte auf einen der zweiundachtzig Zwölf-Mark-Sessel im Landtage hat, überläuft eine Gänsehaut, wenn er daran denkt, alle zwei Jahre einige Monate mit Mehnert zusammen regieren zu müssen, ohne das beruhigende Gefühl zu haben, dass eine Anzahl hieb- und stichfester Collegen mit von der Partie ist. Selbst Opposition zu machen oder überhaupt so etwas wie Opposition, ist völlig ausgeschlossen, und die Gewissheit, ohne Widerrede schlucken zu müssen, was Mehnert und seine Getreuen vorsezen, stimmt nun manche Ordnungsseele elegisch. Bittere und unschmackhafte Brocken hinunterwürgen zu müssen, ist ihnen ja das Schlimmste nicht, — daran sind sie gewöhnt; nur möchten sie dabei den Trost haben, dass irgend jemand sagt: Est ist ein Scandal, wie die armen Kerle dressiert werden!

Dieser Trost ist nun dahin, dafür hat das Grauen Einzug gehalten. Nur auf diese Weise ist es zu verstehen, wenn jetzt, nach der Landtagswahl, ein Teil der bürgerlichen Presse Sachsens schüchtern anzudeuten wagt, dass der gegenwärtige Zustand einer Reform bedürfe, die den Einzug einiger Socialdemokraten wieder ermögliche. Das Organ des conservativen Landesvereins, das Vaterland, antwortete aber in der Nummer vom 5. October prompt; dass daraus nichts werden könne. Wörtlich lässt sich das Blatt wie folgt vernehmen:

„... Die Socialdemokraten scheiden also aus der gesetzgebenden Körperschaft aus. Man hat verschiedentlich Aeusserungen vernommen, dass dies zu bedauern sei, weil es doch nicht angehe, dass ein ganzer Stand der Arbeiter im Landtage eine Vertretung nicht besitze. Wir stehen auf einem anderen Standpunkt... Unseres Erachtens gehören Socialdemokraten überhaupt nicht in den Landtag, und dass wir sie jetzt losgeworden, bedauern wir daher nicht... Wenn das jetzige Wahlrecht auch kein ideales ist, besser, als die Gegner behaupten, ist es sicherlich. In Preussen hat sich das Dreiclassenwahlsystem vortrefflich bewährt; mit seiner Hilfe gelangte unser Nachbarland zu hoher Blüte. Staaten, in denen die geistige Auslese des Volkes die Zügel in der Hand behielt, gingen niemals zu Grunde, während dies regelmässig geschah, wenn die aller Verführung zugängliche grosse Masse die Oberhand gewann.“

Mit dem Blatte wegen der „geistigen Auslese“ rechten wollen wir hier nicht. Um diese „geistige Auslese“ richtig zu charakterisieren, genügt schon der Einwand, dass hauptsächlich Gemeindevorstände und ähnliche Lichter in der Kammer sitzen. Vielleicht kann man noch den neuen Abgeordneten für Chemnitz II, Herrn Fabricanten Reinecker nennen, der am Tage vor der Wahl

in einer cartellparteilichen Wählerversammlung wörtlich erklärte, dass er „kein politisches Ehrgefühl“ besitze.

Da der lang und heiss ersehnte Wunsch einer conservativen Zweidrittelmehrheit nunmehr in Erfüllung gegangen ist, brauchen die Conservativen mit ihren wahren Plänen nicht mehr hinter dem Berge zu halten. Sie haben jetzt die Macht und werden dieselbe rücksichtslos ausnützen, unbekümmert um das Gezeiter jener, die ihnen durch ihre erbärmliche Haltung bei der Wahrentrechtung dazu verholfen haben. Volk, Regierung und die verbündeten Nationalliberalen werden zu kosten bekommen, was eine conservative Mehrheit heisst. Denn das ist sicher der sächsischen Regierung auch schon ein wenig zum Bewusstsein gekommen, dass sie mit der Zustimmung zur Wahrentrechtung die Trümpfe aus den Händen gegeben hat und auf Gnade und Ungnade den Conservativen ausgeliefert ist. Angesichts der Finanzschwierigkeiten, in denen sich Sachsen befindet und in die es voraussichtlich noch tiefer hineingeraten wird, ist der derzeitige parlamentarische Zustand auch für die Regierung eine harte Nuss. So regierungsfremd unsere Reactionäre sich sonst auch aufzuspielen pflegen: wenn die Regierung der Erfüllung allzu crasser Casteninteressen widersprechen will, dann hört bei ihnen die Gemüthlichkeit auf. Der Finanzminister von Watzdorf hat ja in der Session 1897—98 Proben davon zu kosten bekommen, als er mit dem Vermögenssteuergesetzentwurf herausrückte. Gerade der Finanzminister, mag er nun von Watzdorf oder sonstwie heissen, ist dank der Wahrentrechtung zum Buchhalter der Conservativen herabgesunken. Die übrigen Minister können ein ähnliches „Avancement“ erleben, sofern es sie gelüsten sollte, wider den Stachel zu lücken. Sie werden es aber kaum wagen.

Doch nun zu den Landtagswahlen selbst, in die die Socialdemokratie aus Gründen des Protestes und der agitatorischen Ausnützung eintrat, und zwar, gemäss dem Beschlusse des Mainzer Parteitagés, geschlossen eintrat. Vom Standpunct des Protestes und der agitatorischen Ausnützung aus betrachtet, standen für die Socialdemokraten die Dinge so günstig wie nur möglich. Der durch die conservative Finanzmisswirtschaft drohende Steuerzuschlag von 40—50 % erregte auch selbst die Spiesser; dazu kam der drohende Hungertarif, dem sowohl die sächsische Regierung wie die Cartellparteien zustimmen, und nicht zuletzt auch die geschäftliche Krise, die Sachsen gegenwärtig so hart betrifft: lauter That-sachen — neben vielen anderen —, die gewiss geeignet waren, einen wuchtigen Protest mit dem Stimmzettel hervorzurufen. Ausserdem zog die sächsische Socialdemokratie diesmal geschlossen in den Kampf; die frühere Uneinigkeit im eigenen Lager konnte die Kampfeslust nicht mehr dämpfen, Action und Wirkung nicht beeinträchtigen. Aber noch ein weiterer und sehr schwerwiegender Umstand sprach dafür, dass ein imposanter Protest erfolgen würde: Zur Wahl standen Chemnitz II, Leipzig II und IV, Dresden III, ferner der 31. und 36. ländliche Wahlkreis, lauter Kreise, die durch und durch socialistisch und teilweise seit langer Zeit in unserem Besitze sind. So wurde beispielsweise Chemnitz II 1883 von Vollmar erobert, der 31. Kreis 1891 von Otto. Im 36. Kreis siegte Liebknecht schon 1877; später ging dieser Kreis zwar verloren, befand sich aber wieder seit 1889 in unserem Besitze. Leipzig II war früher durch Pinkau, Dresden III zuletzt durch Frässdorf vertreten. Alle diese Kreise und noch manche andere haben eine geschulte socialistische Wählerschaft.

Sind nun die Erwartungen, die man aus den vorhin angeführten Gründen auf die diesjährigen Landtagswahlen in Sachsen setzen durfte, erfüllt worden? Nein! Von dem hochindustriellen Sachsen mit seiner verhältnissmässig stark verbreiteten Arbeiterpresse, seinen zahlreichen und alten Arbeiterorganisationen durfte man eine andere Protestkundgebung erwarten. Der 25. und 26. September (der 27. September, als der Tag, an dem die erste Classe wählte, kommt nicht

in Betracht) entsprachen nicht dem, was man von der sächsischen Socialdemokratie fordern konnte.

Von der Socialdemokratie? Lag es denn aber in ihrer Macht, den Protest wichtiger zu gestalten? Unumwunden muss mit Ja geantwortet werden, ungeachtet dessen, dass etwa der eine oder andere Genosse darin eine „unerhörte Beschuldigung“ finden sollte. Mir liegt nichts ferner, als eine Beschuldigung gegen die sächsische Socialdemokratie zu erheben, in deren Reihen zu stehen ich die Ehre habe. Aber eine offene und kritische Besprechung fordert der diesjährige Wahlkampf heraus.

Als in Sachsen noch der Streit: Beteiligung oder Nichtbeteiligung an den Landtagswahlen? tobte, wurden die Gegner der Beteiligung mit dem gewiss wichtigen Argument bekämpft und im Wortstreit besiegt, dass die Beteiligung eine wertvolle Gelegenheit sei zur agitatorischen Ausnützung für unsere Partei und dass gleichzeitig eine wirkungsvolle Protestkundgebung damit verknüpft werden könne. Dass bei den beiden vorigen Wahlen infolge der ablehnenden Haltung der sogenannten Abstinenzler Protest und Agitation leiden mussten, ist erklärlich. In diesem Jahre fiel das aber fort, und die Haltung der sächsischen Parteipresse vor dem eigentlichen Beginn der Wahlcampagne, die Reden auf der diesjährigen Landesconferenz und in allen Parteiversammlungen, in denen die Landtagswahl gestreift oder besprochen wurde, liessen darauf schliessen, dass ein umsichtiger und energischer Wahlfeldzug geführt werden sollte unter voller Benutzung aller uns zur Verfügung stehenden agitatorischen und organisatorischen Kräfte.

Auf der Landesconferenz Ostern d. J. führte Genosse Lorenz-Chemnitz als Referent zum Punct Landtagswahl u. a. aus:

„Wir müssen das Volk wieder für die Landtagswahlen interessieren, wir müssen die Gegner zwingen, Farbe zu bekennen, wir müssen bei den Landtagswahlen wieder Leben in die Bude bringen.... Wir werden dafür sorgen, dass das Volk wieder einmal die Wahrheit erfährt.... Treten wir nur mit aller Energie, die der Partei zu Gebote steht, in den Wahlkampf ein, dann wird es uns an Erfolgen nicht fehlen, die socialistischen Anschauungen werden durch unsere Agitation in immer weitere Kreise dringen....“

Es waren also Worte des Kampfes, die Genosse Lorenz unter grossem Beifall der Delegierten aussprach; Worte, die das Programm enthielten, mit aller uns zu Gebote stehenden Energie und Macht in die Agitation einzutreten. Dies thun zu wollen, wurde auch in vielen anderen Versammlungen betont. Wenige Wochen vor dem Beginn des Wahlkampfes erklärte die Leipziger Volkszeitung, dass es bei dieser Wahl um keinen Pfennig zu schade sei, der ausgegeben werde. Um die gleiche Zeit brachte das Sächsische Volksblatt — das noch kurz vor dem Mainzer Parteitag erklärt hatte, der Parteitag könne wohl die Beteiligung beschliessen, ob aber der Beschluss überall befolgt werden würde, stehe noch auf einem anderen Blatte — eine vortreffliche Artikelserie zur bevorstehenden Landtagswahl. Auch die Sächsische Arbeiterzeitung und die Volksstimme beschäftigten sich frühzeitig damit.

Ist nun bei der Wahlcampagne so gehandelt worden, wie man handeln wollte? Ich glaube kaum, dass auch nur ein sächsischer Genosse bejahend darauf antworten wird;

Die Agitation wurde mit einer „Energie“ und einem „Eifer“ betrieben, als handele es sich um die Vertreterwahl zu einer Ortskrankencasse in einem Orte, in dem uns der Sieg auf alle Fälle sicher ist. Es wurde immer stiller, je näher man dem Wahltermin kam. Die Ruhe wurde so unheimlich, dass die Chemnitzer Volksstimme am 12. September sich zu nachstehender Aeusserung veranlasst sah:

„Kaum drei Wochen trennen uns noch von den Wahlterminen, und es herrscht eine Ruhe, die auch mit dem allerbesten Willen nicht als Ruhe „vor dem Sturm“ bezeichnet werden kann. Das ist keine Ruhe, die bei genauem Hinsehen mühsam zurückgehaltenen Thatendrang und Kraft verrät, die bereit sind, im nächsten Augenblick schäumend und mit sich fortreissend hervorzubrechen.

Bleiern schwer lastet diese Ruhe auf den Kämpfern und dem Kampffelde. Wird es noch möglich sein, die Masse zum brauchbaren Gusse in Fluss zu bringen?“

Im Verbreitungsbezirk der Volksstimme standen acht Kreise zur Wahl, darunter die besten in Sachsen. Wie bei dieser Wahl „mit aller Energie gearbeitet“ wurde, dürften u. a. nachstehende Beispiele lehren: Im 31. ländlichen Kreise haben meines Wissens drei Versammlungen stattgefunden; allerdings stehen uns dort Säle nur im bescheidensten Masse zur Verfügung, wohl aber Grundstücke, um Versammlungen unter freiem Himmel abhalten zu können. Im 36. ländlichen Kreis war es nicht besser: dort wurden zwei Versammlungen abgehalten. Im 13. städtischen Kreise fand sogar nur eine Versammlung statt; im 20. städtischen Kreis drei, davon zwei in einem Ort. Mit Ausnahme des letztgenannten Kreises — aber auch diese Ausnahme ist nicht unbedingt zu machen — hatten in den genannten Kreisen weit mehr Versammlungen arrangiert werden können. In den anderen Kreisen war es mit der Agitation, abgesehen von den Städten Dresden, Leipzig und Chemnitz, nicht besser bestellt, soweit die Parteipresse einen Ueberblick gestattete.

Frage man diesen oder jenen Genossen, der irgend eine führende Stellung bekleidet, warum in seinem Ort oder überhaupt so wenig Versammlungen arrangiert und sonstige Agitation betrieben werde, so erhielt man stets die Antwort: Es kommt doch niemand — d. h. nicht viele — zu den Versammlungen. Auch die Flugblätter liessen viel, sehr viel sogar zu wünschen übrig; sie waren zu einem grosser Teil nach Schema 1897 und 1899 abgefasst. Die geringste agitatorische Wirkung besass wohl, trotz mancher Vorzüge, das vom Centralagitationscomité herausgegebene Flugblatt. Ferner kann der sächsischen Parteipresse nicht nachgesagt werden, dass sie den Wahlkampf so führte, wie die Bedeutung der Wahlen und die Situation es erforderten. Am meisten befremdete das Verhalten der Sächsischen Arbeiterzeitung, die doch stets „Feuer und Flamme“ für die Beteiligung war. Es könnte nun eingewendet werden, die sächsischen Arbeiter und Genossen seien schon so geschult, dass das Geleistete genüge. Ich habe von dem Classenbewusstsein und der Schulung der Arbeiterschaft Sachsens gewiss eine hohe Meinung, aber bei den Reichstagswahlen verlassen wir uns auch in Sachsen nicht auf die Schulung, sondern auf eine intensive Agitation. Wir wollten „Leben in die Bude bringen“ und „die Gegner zwingen, Farbe zu bekennen“. Thatsächlich aber geschah von alledem nur herzlich wenig. Und doch wäre es möglich gewesen, „Leben in die Bude“ zu bringen. Beweis: die für die Socialdemokratie abgegebene Stimmenzahl, die trotz der mangelhaften Agitation ein sehr gutes Resultat bedeutet. Die Gegner verloren durchweg schwer, während die Zahl der für uns abgegebenen Stimmen überall, teilweise sogar ausserordentlich gestiegen ist.

Ich will dies mit einigen Beweisen belegen. In Dresden II stieg die Zahl unserer Stimmen von 3027 auf 3164, in Dresden III von 1933 auf 1970; in Leipzig II von 1953 auf 2265, in Leipzig IV von 3889 auf 4804. Ganz besonders gut war das Resultat in Chemnitz, wo unsere Stimmenzahl von 3918 auf 5254 stieg, während die Gegner 1707 Stimmen verloren. Im 9. ländlichen Kreise erhielten wir bei der letzten Wahl 572 Stimmen, diesmal 1100. Der 13. städtische Kreis brachte 1895 für uns 763 Stimmen auf, in diesem Jahre über 1300. Noch besser wurde im 20. städtischen Kreise gewählt, wo unsere Stimmenzahl von 856 auf ca. 1900 emporschnellte. Im 31. ländlichen Kreise wurde 1895 Genosse Hoffmann mit

1816 Stimmen gewählt; in diesem Jahre erhielt er 2198 Stimmen, dabei steht das Ergebnis aus fünf Ortschaften noch aus. Im 36. ländlichen Kreis erfolgte 1895 die Wahl des Genossen Stolle mit 2393 Stimmen; in diesem Jahre vereinigte er 2682 Stimmen auf sich, und da noch 12 Ortschaften des Kreises mit dem Resultat ausstehen, so darf man unter Zugrundelegung des 1895er Ergebnisses für Stolle auf rund 3000 Stimmen rechnen. Es dürfte im Anschlusse an das soeben Gesagte vielleicht von Interesse sein, das Wahlergebnis aus einer Reihe von Ortschaften aus dem 31. und 36. ländlichen Wahlkreis anzuführen, um zu beweisen, wie unsere Stimmenzahl gestiegen ist. (Die erstere Zahl giebt da stets die in diesem Jahre für uns abgegebenen Stimmen an; die Zahlen in Klammern jene des Jahres 1895; beide beziehen sich nur auf die in der dritten Wählerclasse abgegebenen Stimmen.) Borna b. Ch. 187 (156), Fürth 173 (147), Glösa 120 (97), Grüna 256 (133), Mittelfrohna 125 (15), Niederrabenstein 160 (56), Oberfrohna 148 (68), Pleissa 113 (61), Reichenbrand 310 (76), Wittgensdorf 269 (123), Wüstenbrand 61 (26), Auerbach 149 (86), Burkhardtsdorf 278 (113), Dorfchemnitz 178 (15), Gornsdorf 197 (144), Hornersdorf 133 (16), Meinersdorf 119 (47), Niederdorf 73 (33), Niederzönitz 214 (74), Aue 611 (221), Johannegeorgenstadt 318 (134), Neustädte 389 (153), Schneeberg 463 (179). Aus den anderen sächsischen Kreisen liegt verwendbares Material noch nicht vor, doch dürften die angeführten Proben für den Zweck des Artikels genügen.

Also überall erfreuliche und kräftige Beweise, dass die Arbeiter von all dem, was die sächsische Reaction ihnen zugefügt hat, empört waren. Würde eine scharfe Agitation die Lauen und Gleichgiltigen, aber doch auch Unzufriedenen aus ihrer Ruhe aufgerüttelt haben, so wären die an dem sächsischen Volke begangene Entrechtung und die cartellparteiliche Misswirtschaft in geradezu vernichtender Weise gebrandmarkt worden. Gewiss, auch das vorliegende Resultat ist eine scharfe Verurteilung, aber wir beabsichtigten ja eine flammende und wichtige Protestkundgebung. Eine solche Kundgebung haben die diesjährigen Wahlen nicht gebracht, nicht etwa, weil das Volk nicht dafür zu haben gewesen wäre, sondern weil wir versäumt haben, das Volk genügend dazu aufzurufen.

Welches mag der Grund zu dieser, bei uns nicht heimischen Thatsache gewesen sein? Kurz gesagt: selbst die eifrigsten Wahlanhänger glaubten nicht, dass das Volk sehr viel Interesse an dieser Wahl haben werde. Deshalb trat die Lethargie ein, und die Hoffnung auf eine nur halbwegs passable Wahlbeteiligung war am Vorabend der Wahl wohl bei allen auf den Nullpunct gesunken. Um so grösser war 24 Stunden später die Ueberraschung. Am schärfsten wird der oben gezeichnete Zustand durch eine Aeusserung des Vorwärts über die sächsischen Landtagswahlen charakterisiert. Das Centralorgan meinte:

„Wenn unter den gegebenen Umständen 50 % der Wähler dritter Classe an die Wahlurne treten, obwohl die Menge weiss, dass sie von den Geldsackwählern erster und zweiter Classe überstimmt wird, so ist das als eine heroische Willenskundgebung zu betrachten...“

An diesen „Heroismus“, um bei der seltsamen Bezeichnung des Centralorganst zu bleiben, hatte man nicht geglaubt. Er war aber vorhanden. Wenn dann der Vorwärts noch meint, dass das diesmal in die Wahl gekommene Drittel der Wahlkreise von je zu den ungünstigsten gehörte, so möge die Bemerkung gestattet sein, dass diese Weise und dieser Text nicht neu sind, sondern mit gleicher Präcision auch bei den Wahlen 1897 und 1899 gesungen wurden. Ergo: sind alle drei Drittel von je die ungünstigsten gewesen.

Die diesjährigen Landtagswahlen haben die Notwendigkeit bewiesen, sich auch in Zukunft an denselben zu beteiligen. Für Agitationsstoff werden die Conservativen Sorge tragen. Hoffentlich wird das nächste Mal die Gelegenheit besser benützt und das Feld so beackert, wie es bei der Socialdemokratie bisher Tradition und Sitte war.



# Gedanken über die Schule.

Von

Wilhelm Bölsche.

(Friedrichshagen.)

Wenn ich darüber nachdenke, wie unsere höheren Schulen beschaffen sein könnten, so befinde ich mich völlig ausserhalb dessen, was man heute dort officiell als „Reform“ bezeichnet. Ausgangspunct ist für mich das vernichtende Urtheil, das über alle diese Schulen mit eiserner Consequenz von den besten, ehrlichsten, tolerantesten reifen Männern unter unsern Gebildeten gefällt wird. Die Lehrjahre dort sind eine erdrückende, die eigene Entwicklung lähmende Last gewesen; und sie haben selber nichts gewirkt, uns nichts genützt fürs Leben. Dieses Urtheil trifft die Methode, nicht den Lehrgegenstand. Was man in den letzten Jahrzehnten „Reform“ nennt, knüpft an etwas an, was damit gar nicht in Zusammenhang steht. Eine Weile schien es ja so, als sei das humanistische Gymnasium alten Stils als solches der Prügelknabe. So und so viel Leute aus jener Stimmung heraus griffen sich an den Kopf und sagten sich: Ich bin nun so geplagt worden, — wenn ich als Kind meines Jahrhunderts doch wenigstens Englisch und Naturgeschichte dabei gelernt hätte statt irrealer Bedingungssätze und unregelmässiger griechischer Verba! Aber was haben alle Realschulen, was hat alles Hineinstopfen „realer“ Fächer in das humanistische Gymnasium selbst für die Grundfrage genützt? Die Schäden sind mitgekommen, wie der Kobold im Fass, und sie sind eher grösser geworden. Es ist ja fast nicht zu glauben, was für naive Vorstellungen da mit unterlaufen. Der eine meint, die ganze Frage ist zerhauen mit einem Scriptum in einer alten Sprache weniger, einem Capitel im mathematischen Lehrbuch mehr, dieser will den Geschichtsunterricht umkehren, jener erwartet das Heil von einer Ueberstunde Physik. Lauter Mittelchen, wie wenn der Arzt einem Cholera-kranken sagte, er solle sich die Zähne nachsehen lassen, das schütze gegen Verdauungsstörungen.

Der alte, edle Humanismus der Gymnasien, wenn man ihn aus dem Zerrbild, das durchweg in der Praxis nur noch von ihm übrig geblieben war, herauschält, hatte in seiner Methode doch noch einen gewissen Sinn. Sein Latein und Griechisch waren ihm nicht Gedächtnisbelastung um der reinen eingepaukten Wissensmasse willen. Sie waren ihm ein Werkzeug, dessen Handhabung nur gelernt wurde. Das Werkzeug zum Idealismus. Dieser Idealismus steckte — hier setzte ja ein Dogma ein — ausschliesslich in der Antike. Man muss in die naive Zeit dieses Dogmas zurückgehen, um es zu verstehen, weit zurück hinter das XIX. Jahrhundert, wo an dieses Dogma in seiner Reinheit innerlich kein Mensch mehr geglaubt hat, in Tage, wo ein hochgebildeter Mann noch ernstlich meinen konnte, etwa die ganze Naturgeschichte sei erschöpft im Plinius. Immer hat ja eine Differenz bestanden und ist als solche empfunden worden zwischen dem ledern durch Auswendiglernen erworbenen Sprachmaterial der Antike und dem idealistischen Gewinn. Aber die älteren Generationen (bis in Goethes Jugend hinein, um ein Beispiel zu nennen) hatten für ihr Leben nachher durchweg doch die Rückschau, dass hier etwas sauer gewesen sei, aber dass es ihnen eine Pforte aufgethan, sie zu Mitgliedern einer idealen Gemeinschaft erhoben habe. Das ist himmelweit fern noch von dem sauren Geschmack, der uns heute zeit des Lebens auf der Zunge bleibt.

Erst mit dem Verfall dieses naiven Glaubens kam in die Methode des humanistischen Gymnasiums selbst der eigentlich falsche Zug. Die alten Sprachen erhielten einen Selbstzweck. Es hiess: der Gebildete muss das wissen,

auch wenn er es nachher nicht mehr braucht. Früher trieb man lateinische Metrik, um für den ganzen Rest seines Lebens in Horaz einen Freund zu haben. Jetzt hiess es: man lernt horazische Oden auswendig, um auch das einmal ins Gedächtnis zu bekommen, nachher hat man keine Zeit mehr dazu und mag es wieder vergessen. Der ganze Schwerpunkt geriet auf das Stück Mehrwissen in diesen Dingen, das Stück Gedächtnisinhalt mehr an Thatsächlichem, das aufgepackt wurde. Es war allerdings nur eine kurze, sehr selbstverständliche Consequenz, dass eines Tages, am Schlusse des XIX. Jahrhunderts, die Einsichtigeren sich sagten, dass eben als solches reines Wissensmaterial die alten Sprachen und Autoren nicht mehr wichtig genug seien und dass man sie füglich ersetzen möge durch mathematisches, physikalisches, neusprachliches und so weiter „Wissen“. Was man aber ruhig von dem heruntergekommenen Pseudohumanismus dabei mit übernahm, das war die Auffassung selbst, dass eben aller höhere Unterricht einzig und nur noch den Zweck habe, möglichst viel Wissen in der alten pedantischen Form auswendig gelernter Formeln als Gedächtnisbelastung mitzugeben. Und diese Auffassung, ursprünglich dem echten Humanismus selber fast ganz fremd, ist das Kukuksei gewesen, mit dem der Pseudohumanismus im Sterben die gesamte Realrichtung noch bedacht und im Beginn schon gerichtet hat.

Die Grundfrage des ganzen zukünftigen Unterrichts liegt hier für mich: bei dem Wissen und bei dem Gedächtnis.

Der Strom äusserer Thatsachen, der auf uns einrinnt, wird von Stunde zu Stunde riesiger. Hier arbeitet mit wachsender Cultur etwas im Quadrat vor uns. Die Welt geht für uns nicht mehr bloss vorwärts, wie eine Pflanze wächst. Unsere Forschung bohrt gleichzeitig Löcher überall hin, nach den Seiten in den Raum, in das Nebeneinander der Dinge und zugleich rückwärts, als Geschichte, in das schon Abgethane der Vergangenheit. Erst dieses Wechselspiel im Bunde mit einer unerhörten Intensität auch des Wachstums selber giebt die unsagbare Fülle des Aufunslosrauschens von Wissenswerten heute. Der Schlichteste merkt das, wenn er morgens seine Zeitung aufschlägt, und es stürzt aus allen Dimensionen auf ihn ein wie ein Katarakt. Vollends, wer in irgend einem Specialfach so das Tägliche übernehmen muss, auf wen nicht nur die grossen Strahlen, sondern die unendlichen Gerinnsel der kleinen Neuigkeiten spritzen. Und all das Kommende ist morgen schon eine Schicht höher auf dem Gesamtmaterial, von dem kein Titelchen schwindet, bis die Sandkörner Gebirge, die Tropfen Meere gebildet haben in unserem Menschheitsgeist.

Vor dieses grandiose Spiel hin wird nun ein neues Kind geboren. Um sich zu behaupten in dieser Welt, und zumal in den höheren geistigen Schichten dieser Welt, muss es auf eine gewaltige Kraftleistung seines Gehirns gefasst sein. Immer höher wachsen die Anforderungen des Lebens an Gedächtnisfähigkeit, an Stärke der Aufnahmefähigkeit, an Beweglichkeit des Sichbehauptens in dem unausgesetzten Kreuzfeuer der „Thatsachen“ in der modernen Welt. Was bedeutet ihm nun vor dieser Aufgabe das Ding, das wir Schule nennen?

Eine sinnlose Quälerei jedenfalls nicht, darüber sind wir wohl alle im Princip einig, so sehr sie auch manchem heute in der Erinnerung so aussieht. Die Schule muss irgend eine bestimmte Stellung einnehmen in jener fundamentalen Gehirnaufgabe. Aber welche? Zwei Antworten stehen sich aufs schroffste gegenüber.

Ein Unbefangener betrete eine Classe eines modernen Gymnasiums oder einer modernen Realschule, er höre eine Stunde nur dem Unterricht zu, er verfolge ein paar Dutzend Fragen und Antworten, er werfe einen Blick auf die häuslichen Arbeiten, er blättere ein beliebiges Lehrbuch auf, — und er steht

mitten in der vollen Praxis der einen Antwort. Die Schule ist die erste Masseninvasion von Menschheitswissen gegenüber dem neuen Individuum. Die erste furchtbare Feuertaufe des Thatssachenkampfes. Wie ein verheerendes Schlossener Wetter prasselt das nieder auf das junge Gehirn. Aufgabe ist offenbar, in diese ersten Jahre einen solchen concentrirten Massenangriff zu legen, dass alles Spätere im Leben nur mehr mit einer gewissen Blasiertheit hingenommen werden kann. Vergangenheit und Gegenwart regnen zugleich herab. Ja, wenn man den Lehrplan einen Moment weiter überfliegt, so sieht man: es ist eine solche Schule der Idee nach gebaut schon wie eine Art von concentrirtem Kosmos. Eigentlich eine ganze Welt stürzt hier auf das junge Gehirn nieder. Bloss mit einem einzigen starken Unterschied doch gegen die grosse Welt, die uns in den tausend Momenten des Lebens überschüttet. Das ganze menschliche Leben ist ja kurz genug. Diese Schule aber hat davon noch wieder nur ein paar Jahre. Um in diesen paar Jahren das ganze erste Sturzbad einer vollständigen Welt zu erzeugen, muss diese Welt bearbeitet, muss sie zugestutzt, zugeschnitten werden in einem abkürzenden Sinne. Und der Sinn hat sich gefunden. Er lebt in Geschichtstabellen mit Ziffernreihen, in Grammatiken mit ihren Formeln und Regeln, in all dem trockenen, ledernen, abgezehrten, abstracten Material, mit dem der Kopf des Schülers, der ins echte Leben hineingeboren worden ist, einen wahren Todeskampf fämpft. Alles Farbige des wirklichen Lebens ist hier mit unsäglicher Mühe abgezogen. Alle unendlichen Associationen des Lebens fehlen. Hart wie nackte Maschinenräder pflügt das auf das Gehirn ein und fordert gleich als Anfang der Titanenarbeit des Gedächtnisses vor dem Leben das Allerschwerste: Einprägen ungezählter abstracter Formelwerte, Ziffern und ziffernähnlicher Wortfolgen ohne jede leiseste Mithilfe sinnlicher Associationen. Ich erinnere an eine Tabelle unregelmässiger griechischer Verba, wo jeder Stift sich einzeln ins Gehirn einnageln muss ohne jeden Anhalt eines sinnlichen oder auch nur überhaupt irgend eines Zusammenhanges. Immer, wenn ich an diese Gedächtnisfütterung mich erinnere, muss ich an eine Knochenmahlzeit denken. Alles Fleisch ist sorgfältig beseitigt, dafür ist keine Zeit. Nun frisst Knochen, würgt und würgt, das grosse Beinhaus einer Welt würgt hinunter. Doch selbst diese furchtbare Methode der Abkürzung beiseite, — angenommen, es sei noch lauter lebendiges Wissen, was diese Schule giebt —, so bleibt doch ihre Rolle im ersten Massenplatzregen dieses Wissens, in der ersten Aufrüttelung des Gedächtnisses zu einer Herculesarbeit. Was das Leben, dagegen gehalten, immer noch langsam giebt, giebt sie in einer ersten Maximaldosis wie zu einer Giftcur gleich auf Tod und Leben; für wie viele ist die Schule wirklich der höher-geistige Gedächtnisod, die endgiltige Erschöpfung der ganzen Capacität, und für wie viele wäre sie es noch, wenn die Lehrrepte, so wie sie gemeint sind, ernstlich überall verzapft und geschluckt würden, während jetzt so und so viel Lehrer darauf schlafen und so und so viel Schüler sich durchschwindeln!

Gegen dieses Bild, das ich nicht auszumalen brauche, weil jeder es kennt, nun die andere Antwort. Ich verstehe unter Schule ein Schutzmittel für das menschliche Gehirn gegenüber der unaufhaltsam einströmenden Masse der Eindrücke, Wissenstoffe, Gedächtnisbelastungen des wirklichen Lebens.

An den Anfang des eigentlichen höheren geistigen Kampfes des Individuums mit diesen Menschheitswerten und Weltwerten gestellt, erscheint die Schule mir als der unendlich bedeutsame Punct vor Kampfbeginn, wo der einzelne Anteil bekommt an den grossen Schutzmassregeln und Schutzmöglichkeiten, die sich diese Menschheit inmitten des immer wachsenden Wissensmaterials wachsend ausgesonnen und geschaffen hat zu gunsten der Leistungs-

fähigkeit ihrer Einzelgehirne, vor allem ihrer Einzelgedächtnisse. Ganz biologisch exact meine ich das mit diesen Schutzmitteln. Wie die Pflanze Borsten ausbildet gegen ihre Angreifer, die Brennessel Giftcapseln, so hat im Banne biologischer Gesetze auch der grosse Organismus Mensch sich seine Schutzregulierungen gebildet, Auge in Auge mit Angriffen, die aus dem Milieu seines eigenen Wachstums hervorgingen.

Tief in den Anfängen der menschlichen Culturentwicklung steht eine ungeheure That, — eine Schutzanpassung ersten Ranges für das Gedächtnis: die Erfindung der Schrift. Sie liegt in der Linie jener wunderbaren Projectionen körperlicher Fähigkeiten nach aussen, in unbelebte Dinge, die den Menschen unzweideutig erst über das Tier entscheidend erhoben haben: in der Linie des Ersatzes von Organen durch Werkzeuge. Jeder Ersatz dieser Art bedeutete in seiner Weise eine Schutzmassregel zur Entlastung, eine „Rettung“ sozusagen des Organes, — neben einem allerdings ebenso sichtbaren positiven Fortschritt. Die Schrift, das Buch war eine Entlastung für das Gedächtnis des Individuums. Alles, was im Buche stand, war aus dem Gehirn herausprojiciert, es konnte, solange das Buch zur Hand war, fehlen. Es war im Gedächtnis um so viel disponibler Raum geschaffen, als das Buch an Geistesgehalt umschloss. Der positive Fortschritt beruhte dann auch hier, wie zumeist bei den Werkzeugen, in der socialen Verwertbarkeit. Ein und dasselbe Buch konnten viele Menschen benutzen. Vor allem: es konnten es viele Generationen nacheinander benutzen; es überwand den Tod der Individuen im geistigen Gesamtorganismus der Menschheit. Je höher die Menschheit gestiegen ist, desto entscheidender ist die Rolle des Buches für sie geworden. Ohne sie wäre ihre kolossale einheitliche Wissensanhäufung gar nicht möglich gewesen; ohne sie ertrüge aber auch wieder unser gesamter disponibler Gehirnstoff dieses Wissen gar nicht. Alle unsere Bibliotheken sind Entlastungen dieser Hirne, — furchtbarer Gedanke, dass alles, was darin steht, heute von den paar Millionen lebender Culturmenschen körperlich getragen werden müsste! Ein wahres Frachtstück nach aussen projicierten Durchschnittsgedächtnisses (wie es ohne Buch für den Notbedarf jedes Gebildeten heute schon unerlässlich wäre) bildet das Conversationslexikon, das in diesem Sinne biologisch als eine der gelungensten, grossartigsten Gehirnentlastungen gelten kann, die dem Organismus Menschheit geglückt ist. Ich nehme selten einen Band Brockhaus zur Hand, ohne mir zu sagen: Herrgott, wenn Du das alles als auswendig gelerntes Material in Deinem armen Kopf herumschleppen müsstest; und ohne mir hinzuzufügen: Gott sei Dank, Du brauchst es eben nicht, weil das Lexikon da ist; was hier steht, ist so gut, wie wenn es bei Dir in der grauen Gehirnrinde steckte; mit der einfachsten aller Associationen, dem Alphabetbuchstaben, und einem winzigen physischen Act, dem Aufschlagen des betreffenden Bandes, bist Du darauf; und eben weil es hier gedruckt steht, brauchst Du es nicht im Kopf zu haben. Und so überall. Ich brauche die Ilias nicht auswendig zu lernen, denn sie steht mir gedruckt zur Hand, der Reclamsche oder Teubnersche Druckband hat sie für mich mit gelernt. Gewiss, wenn ich oft lese, wird sich manches doch auch noch direct abprägen in meinen Kopf hinein. Aber das ist dann die denkbar leichteste Form der Gedächtnisbelastung, die Dinge werden vertraut wie einem Kinde das Gesicht der Mutter, das es niemals „auswendig lernt“ und doch kennt. Das aufnehmende Gehirn arbeitet da sozusagen freiwillig. Es kann sich unbewusst selbst regulieren, es saugt nicht mehr auf, als es bequem fassen kann, ganz im Gegensatz zu bewusstem Einpauken mit der Peitsche des Du sollst behalten um jeden Preis!

Ich meine nun, es sei der Grundpfeiler alles höheren Schulunterrichts, dass er zum Lesen erzieht. Es ist wahrlich kein Zufall, dass die Ur- und

Grundform, mit der noch heute die Schule einsetzt, „Lesen und Schreiben“ ist. In diesen zwei Wörtchen steckt aber in nuce auch alles Weitere schon, was die Schule bis zu ihrem Gipfel beizubringen hat. Denn die kleine mechanische Sache der Buchstabenaneignung im Fibellesen und Tafelschreiben ist hauptsächlich ja nur eine kleine erste Stufe. Erst Stufe um Stufe darüber kommt im geistigen Tiefensinne das eigentliche Schreiben- und Lesenlernen des Menschen, das, was ihn befähigt, nicht bloss mit der Hand und dem Auge, sondern mit dem Gehirn wirklich zu lesen und zu schreiben. Hier erst setzt die eigentliche Bildung ein, also das, was die höhere Schule vermitteln will.

Mich bestimmt bei dieser Auffassung zunächst eine eigene Erfahrung. Unter dem geistigen Besitz, den ich meinen Knabenjahren verdanke, steht einem Minimum, das die Schule gegeben hat (trotz all ihrer Stofffülle und ihres unausgesetzten Auswendiglernerzwanges), ein Maximum gegenüber aus der Lectüre daheim im Elternhause. Durch Sorge und unermüdete Hilfe meines Vaters war diese Buchlectüre eine ebenso reiche wie stufenweise geschickt gewählte. Was ich aus diesen Zeiten an lebhaften Bildern der Geschichte und Culturgeschichte mitbrachte, stammte aus den geschichtlichen (zum Teil romanhaft gefassten) Jugendbüchern des Spamerschen Verlages. Dort habe ich Mexico, Phönicien, die römische Kaiserzeit, die Hohenstaufenzeit, selbst zuerst die prähistorische Cultur (in Weinlands trefflicher Erzählung Rulaman) kennen gelernt. Meine englische Geschichte stammte in grossen Theilen aus Walter Scott. Merkwürdig: was daher ins Gedächtnis gekommen ist, das sitzt bei mir bis heute, ohne dass es je auswendig gelernt worden ist. Man rede mir nicht, es seien keine systematischen Ganzübersichten der Geschichte so zu stande gekommen. Ist es doch nur hohle Lüge, dass die beim Tabellenlernen der Schule zu stande kämen. Auch die heutige Schule giebt in Wahrheit nur ein paar auszugsweise lose Brocken, und sie giebt in dem, was sie giebt, Knochen, während jene Bücher mir Blut gegeben haben. Aehnlich habe ich aus populären Büchern meine ersten Stücke Naturgeschichte gelernt, zu denen dann bloss noch ein zufälliger Privatlehrer nötig war, der etwas von den dort beschriebenen Sachen in Haus und Garten, Wald und Himmel wirklich vorzeigte, um die Lehre complet und für mich zu einer Basis fürs Leben zu machen.

Hierzu tritt mir nun eine zweite Erfahrung. Eine ganze Masse junger Leute absolviert heute ein vollständiges Gymnasium, eine vollständige Realschule und hat doch in all den Jahren niemals Sinn und Fähigkeit dafür bekommen, wirklich Bücher allein zu lesen. Von vielen Lehrern wurde gewütert gegen jede Privatlectüre. Sie vergifte bis ins Mark, mache oberflächlich, entfremde der Schule. Zum Ueberdruss ist mir gesagt worden: Du gehst am Lesen zu Grunde. Glänzende Musterschüler, das ist wahr, erlebte ich vielfach, die me haben, nie ans Lesen gekommen sind, ihr Leben lang auch später nicht gewusst haben, was ein Buch ausserhalb der im Brotfach nötigen überhaupt soll; gebildete Menschen wurden sie trotz gehäufter Bildungstitel nicht. Immer, in unserem ganzen Bildungsleben, lässt sich ein deutlicher Schnitt unabhängig von aller Carrière, allen Examina, allen Titeln ziehen zwischen den Menschen, die lesen gelernt haben im höheren Sinne, für die das „Buch“ als integrierender Existenzteil besteht, — und den Nichtlesenden. Thatsächlich enthalten aber unsere höheren Schulen, auch wo jene bornierte Schulmeisterwut gegen Privatlectüre nicht besteht, schlechterdings keine Handhabe, hier einzugreifen. Denn zum Lesen erziehen heisst eben nach ihrer Methode überhaupt nicht: erziehen. Und doch bedarf es dieser Erziehung zum Buch. Von selbst kommt das nicht. Wenn eine Schule zum „Gebildeten“ machen will, so ist hier gerade ihre erste Aufgabe. Man muss an unsere Familienerziehung denken, wie sie im Durchschnitt ist. Sie erzieht in neunundneunzig Fällen selber nicht zum Lesen. Also ist

es Aufgabe der Schule. Es ist eine naive Frage: Was soll man denn da erziehen? Lesen ist eben dann lesen, wozu noch eine Schule? Jene Ungezählten, die nie lesen können, sind die Antwort. Die Schule soll auf den Geschmack am Lesen bringen, soll die Augen langsam dafür öffnen, soll die Bahn aufschliessen. Sie soll ernst lesen lehren. Sie soll eine Kenntnis des Materials geben. Statt den Schüler sein Gedächtnis zu Schanden ochen zu lassen, soll sie ihm zeigen, wo das grosse, stets bereite Gedächtnis der Menschheit zu finden ist, wie es zu benutzen ist, wie man darin nachschlägt, wie man sein Gehirn langsam, durch Oefterlesen, auch auf diesem Wege zu gewissem Selbstaneignen bringt, wie aber die Hauptsache die Uebersicht ist, wo jeder Zeit etwas wieder zu finden sei. Mit ganz leichten Sachen mag die Interpretation von Büchern in den unteren Classen beginnen. Wer aber die Schule oben verlässt, der muss geschult sein, auch wissenschaftliche Werke grösseren Stils lesen zu können und das wird die Basis seines Bildungslebens fortan sein. Die gemeinsame Lectüre von Büchern giebt Gelegenheit zu tausend Aussprachen. Für einen absolut Ungebildeten, wie es jedes Kind zunächst ist, ist das erste Buch schon, das er liest, in einer Art Fachsprache geschrieben, in der tausenderlei erst erklärt, erst gelernt werden will. Auf höheren Stufen wiederholt sich das dann immer wieder. Jede höhere Dichtung, jedes ernstere wissenschaftliche Werk erfordert neues Einleben in eine höhere Ausdrucksstufe, gleichsam wieder eine neue Fachsprache. Jahre, lange Jahre sind nötig, um da stufenweise heraufzuleiten. Aber es sind in jedem Bezug unendlich viel angenehmere Jahre, als jetzt. Während sie — was jede gut gewählte Lectüre nach meinen Erfahrungen eben von selbst thut, wenn sie gründlich ist — eine Masse wirklichen Wissensmaterials spielend fast überliefern würden, erweckten sie dabei doch nicht den Eindruck eines Angriffs auf die Gedächtnisfähigkeit, sondern umgekehrt einer Hilfe, einer Orientierung über den Weg, wo das Gehirn nach dem Princip des kleinsten Kraftmasses am bequemsten durch den „zähen Sauertheig“ der Welt mit ihren tausend Eindrücken und Forderungen durchkommen kann. Schon in unserem heutigen Geistesleben ist praktisch überall merkbar, dass nicht die Summe des eingetricherten Materials, das mechanisch Auswendig-gelernte, den Ausschlag für die Leistung eines Menschen giebt; sonst wären die Glanznummern der Examina allemal die brauchbarsten Kräfte im geistigen Leben, was zu behaupten ein wahrhaft himmelschreiender Unsinn ist. Mehr und mehr entscheidend, selbst bis ins engste Gewebe der Fachwissenschaften hinein, wird in unserer Sintflut an Wissenmaterial die associative Fähigkeit, die Gabe der raschen Verknüpfung, Uebersicht, Orientierung, Ausbreitung, — das Associationsgedächtnis, möchte ich geradezu sagen, im Gegensatz zum Gedächtnis für unverknüpfte Realien. Diese Associativkraft ist es eben, die mit jenem ungeheuren Entlastungsapparat des Realgedächtnisses, dem nach aussen projicierten Material, erst ordentlich zu wirtschaften, die es als Entlastung zu benutzen, die sozusagen darauf wie auf einem Clavier zu spielen weiss. Nur wer sie in vollem Masse besitzt, der ist ein echt moderner Mensch, der zu dem *embarras de richesse* seiner Zeit auch den Zauberstab besitzt, diesen Reichtum zu regieren. Solche modernen Menschen soll uns aber die Schule in immer wachsendem Masse erziehen.

Ein Unterricht dieser Art mit dem Lesenlernen als Centralpunct würde in sich selbst eine ganze Reihe wichtiger Consequenzen zeitigen. Wer systematisch in der Jugend auf ernstes, aufmerksames Lesen und Viellesen guter Sachen geschult wird, schult sich von selbst dabei auf einen bestimmten Sprachgeist ein. Niemals kann dieser Sprachgeist durch Auswendiglernen grammatischer Regeln erworben werden, er dringt in den empfänglichen Jahren nur intuitiv ein durch Lectüre gut geschriebener Bücher. Dieser Sprachgeist

einmal angelegt, ist aber wieder der Vater des Gutschreibens, — also jener anderen Seite, die auch in jenem Ur- und Wurzelwort der Schule schon genannt ist. Nichts ist lehrreicher, als die absolut hilflose Lage unserer heutigen höheren Schule der Fähigkeit im Stil der eigenen Muttersprache gegenüber. Alle Vernünftigen sind sich einig, dass die jungen Leute haufenweise von Gymnasium und Realschule kommen und trotz ihres Examens einen wahrhaft barbarischen Stil schreiben, ja sich schriftlich geradezu überhaupt nicht ausdrücken können. So schreit denn alles nach mehr Sorge um den deutschen Aufsatz auf der Schule. Die Pädagogen aber gestehen, wenn sie ehrlich Farbe bekennen, dass sie mit allen verstärktesten Mitteln keine Handhabe finden, gerade auf diese Fähigkeit einzuwirken. Und es ist richtig so. Die ganze Grammatik- und Auswendiglernmethode unserer Schulen versagt eben hier vollkommen, — muss versagen, da es sich um eine intuitive Uebertragung handelt. Der einzige existierende Nährstoff für Sprachgefühl ist Lesen, nur Lesen. Von hier findet — bildlich gesprochen — etwas statt wie eine geistige Ansteckung. Das Wesen dieser Ansteckung ist ein Geheimprocess, der jeder Gewaltanwendung, jeder Verstandesbärte und -riegel spottet. Baut die Schule auf Lesenlernen auf, und ihr erhaltet das Sprachgefühl, den Stil ohne andere Arbeit als Uebung einfach mit in den Schoss, während mit der heutigen Schulmethode jeder Versuch, zum deutschen Aufsatz zu „erziehen“, dem Experiment des Schildbürgers gleichwertig ist, der das Licht mit einer Mausefalle für das fensterlose Rathaus einfangen wollte.

Dieses intuitiv erworbene Sprachgefühl öffnet aber selber wieder die klarste Perspective über etwas im Schulunterricht, das im humanistischen Gymnasium ganz und in der „modern reformierten“ Schule gangbaren Schlages immer noch zu drei Vierteln den Vordergrund beherrscht: die Behandlung fremder Sprachen. Doch davon ein andermal.

## Rundschau.

### Oeffentliches Leben.

#### Politik.

Einen Massstab für den Wert der bürgerlichen Socialreform bietet ein Ausfall der Kreuzzeitung gegen den Centralverband Deutscher Industrieller. Der Centralverband hatte sich vor einiger Zeit gegen einen Minimaltarif für landwirtschaftliche Erzeugnisse erklärt. Diese den Agrariern recht unerfreuliche Haltung veranlasste die Kreuzzeitung zu der Drohung, in nächster Zeit, den Industriellen zum Schaden, Socialreform treiben zu wollen. Also Socialpolitik aus Bosheit. Die Kreuzzeitung brachte die Drohung geschickt verhüllt vor, aber das Motiv war zu offensichtlich, um nicht sofort den Tric des conservativen Blattes durchblicken zu lassen. Namentlich war es die Centrums-*press*e, die sich unwillig darüber äusserte, dass eine Partei die socialen Reformen als Compensationsobjecte behandle. Eine solche Behandlung der socialen Frage sei geradezu unwürdig. Ganz unsere Meinung. Aber

man möge nur nicht vergessen, dass auch die Behandlung der socialen Frage durch das Centrum nicht viel von der der conservativen Partei abweicht. Nur, dass das Centrum diese Compensationspolitik seinen Wählermassen gegenüber treibt und treiben muss. Hier hat man auf der einen Seite auf die Landwirte und Industriellen, auf der anderen Seite auf die Arbeiter fortwährend Rücksicht zu nehmen. Und dabei misst das Centrum denen, die da haben, reichlich zu, während es den Arbeitern einige Brosamen zukommen lässt. Das Centrum rühmt sich seiner Erfolge auf dem Gebiete der socialen Reform mit grossen Worten, aber wenn man alle einzelnen Massnahmen zusammen in die Wagschale wirft, um ihren Wert für die wirtschaftliche und sociale Besserstellung der Arbeiterklasse in Deutschland festzusetzen, dann ist das Gewicht federleicht. Je mehr man von Socialreform redet, desto weniger wird positiv geleistet. Unzählige Fragen werden aufgerollt, nationale und internationale Vereinigungen gegründet, Ge-

setze und Verordnungen erlassen, so dass es so aussieht, als ob wirklich auf dem Gebiete der socialen Reformen Leben und Bewegung herrsche. Lässt man sich aber durch den Lärm der politischen Reclame nicht verwirren und zieht nüchtern die Bilanz, so ergibt sich, dass die in der Hauptsache von den bürgerlichen Parteien betriebene sociale Reform die Classenlage der deutschen Arbeiter nicht gebessert hat. Diese Erkenntnis muss festgehalten werden. Die bürgerlichen Socialreformen können nichts anderes sein als Zugeständnisse, deren Wert nur mit der zunehmenden politischen Macht der Arbeiterclassen wachsen wird.

\*

Diesen Gesichtspunct übersehen die bürgerlichen Parteien. Die Anschauungen, die Pastor Naumann auf dem national-socialen Parteitag in Frankfurt a. M. über eine grosse socialpolitische Zukunftspartei entwickelt hat, fassen die Politik ebenso irrig auf, wie sie die Centrumpartei praktiziert. Pfarrer Naumann strebt ein Conglomerat von politischen Gruppen an, die sich zusammenschliessen sollen, um eine neue Partei zu bilden. Die Elemente erblickt er in der Freisinnigen Vereinigung, den National-socialen selbst und in dem von ihm sogenannten Bernstein-Flügel der Socialdemokratie. Naumann übersieht ganz und gar, dass heutzutage die wirtschaftlichen Interessen ausschliesslich und allein parteigestaltende Kraft haben und dass auf anderem Wege nur Absplitterung, nicht aber Concentration möglich ist. Wenn die Zusammensetzung des Centrums dieser Regel zu widersprechen scheint, so doch nur mit der Einschränkung, dass früher die Möglichkeit anderer Parteibildung noch gegeben war. Aber heute, wo die wirtschaftlichen Interessen die stärkste Triebkraft im Parteileben bilden, da ist es total verkehrt, Vertreter von Arbeiterinteressen mit Vertretern des Grosscapitals politisch zusammenkoppeln zu wollen. Die Arbeiterpartei würde sich selbst schwächen, würde sie auch nur vorübergehend darauf verzichten, die Arbeiterinteressen in vollster und bewusster Einseitigkeit und Rücksichtslosigkeit zu vertreten. In der reinen Interessenvertretung liegt zu einem guten Teil der Erfolg der Politik der preussischen Junker. Die Frankfurter Zeitung führte kürzlich aus: Man muss ein schlechter Kenner der Parteigeschichte sein, wenn man den Junkern ehrliche Begeisterung für etwas anderes zutraut, als für ihre eigenen materiellen Interessen. Die Junker wären eben nicht das, was sie geworden, wenn sie eine andere Taktik verfolgt hätten. Und wollen die Arbeiter nicht

ähnliche Erfahrungen wie das deutsche Bürgertum machen, so müssen sie in rücksichtsloser Weise ausschliesslich ihre eigenen materiellen Interessen im Auge haben. Um dies aber zu können, dazu gehört zu allererst Zusammenfassung aller derer, die gleiche materielle Interessen verfolgen, in einer Partei. Nur dadurch wird politische Macht geschaffen. Noch schwieriger ist die Erhaltung und Steigerung der einmal gewonnenen Macht. Hier gilt es, alle Trennungsversuche, kommen sie von innen oder von aussen, zu überwinden. Es ist also von der Naumannschen Gruppe in Bezug auf die socialdemokratische Partei eine ganz verkehrte Speculation, Teile derselben für seine Zukunfts-partei in Rechnung zu stellen.

\*

Zeigen doch gerade gegenwärtig die communalpolitischen Fragen Berlins, wie herrlich weit es eine Partei bringt, die ihre thatsächlich bestehende wirtschaftliche Macht politisch nicht auszunützen versteht. Aus allen möglichen Gründen ist die Zersplitterung und Zersetzung des Liberalismus so weit fortgeschritten, dass man ihn als einen ernstesten politischen Factor überhaupt nicht mehr respectiert. Was sich die Berliner Communalverwaltung gegenwärtig von der Krone alles gefallen lassen muss! Die städtischen Verkehrs- und Kunstfragen entscheiden in einer Stadt mit Selbstverwaltung nicht die dazu bestellten Behörden, sondern der Monarch. Was Kaiser Wilhelm vor zehn Jahren in das Fremdenbuch der Stadt München eingetragen hat: *suprema lex regis voluntas* — das gilt heute für das liberale Regiment der Stadt Berlin in vollstem Umfang. Einer starken liberalen Partei gegenüber, auf deren Mitwirkung man in der inneren und auswärtigen Politik angewiesen ist, müsste die Krone anders verfahren, aber man braucht die Liberalen nicht, und soweit sie nötig sind hat man sie in Form der nationalliberalen Partei, über deren politischen Charakter seit Bismarcks Zeiten kein Zweifel mehr besteht. Man redet immer von einem Conflict zwischen der Krone und der Berliner Stadtverwaltung. Wir sehen keinen solchen. Denn die Stadtverwaltung hat ja nicht den Mut und den Rückhalt, gegen die Krone zu streifen. Sie giebt einfach nach, vielleicht etwas zögernd, aber dann um so sicherer. Der Kaiser ist sich auch seines Erfolges in den neuesten schwebenden Fragen schon sicher, denn er entliess den Oberbürgermeister von Berlin und den Stadtbaurat Hoffmann aus Hubertusstock mit den Worten, er werde nur seinen Plan genehmigen und habe Zeit, zu warten. Die Junker haben nicht unrecht, wenn sie



die Liberalen verspotten, die doch für die Wahrung und Ausbildung des constitutionellen Systems einzutreten vorgeben. Da fahren die Junker selbst mit ihrem monarchischen Princip doch weit besser. Sie verstehen es, auch der Krone gegenüber ihren Willen, ihre materiellen Interessen mit Erfolg durchzusetzen.

\*

Die **Concurrenz Englands und Russlands** in Asien wird anlässlich des Todes des Emirs von Afghanistan lebhaft erörtert. Man erwägt die Chancen, die Russland augenblicklich hätte, die afghanische Frage aufzurollen. Da der Thronwechsel leicht zu Conflicten zwischen den verschiedenen Prätendenten führen kann, so hält man die Möglichkeit eines russischen Eingreifens nicht für ausgeschlossen. England aber sei unfähig, gerade jetzt den russischen Ansprüchen ernstlich gegenüberzutreten, da es infolge seiner zweijährigen Kriegserfahrungen in Südafrica gewiss keine Lust haben könne, mit Russland anzubinden. In der deutschen Presse findet sich bei der Besprechung dieser Möglichkeit vielfach eine Schadenfreude ausgedrückt, die England eine Demütigung als Rache für seine Politik in Südafrica wünscht. Das ist eine vom deutschen Standpunct recht kurzichtige Politik. Wir haben wahrlich eine Erweiterung der Machtsphäre Russlands aus politischen und culturellen Gründen viel mehr zu fürchten, als wir uns über eine Demütigung Englands zu freuen hätten.

*Richard Calwer.*

### Wirtschaft.

Die **Katastrophen** des verflorbenen Monats gaben wieder einmal den Schwarzsehern recht. Neben den dunklen und dunkelsten Puncten ist auch nicht ein Lichtschimmer zu bemerken. Wo eine alte Katastrophe sich weiter entwickelte, war ihr Endergebnis schlimmer, wie vermutet; und neue Katastrophen folgten mit unheimlicher Geschwindigkeit.

Der Krach in der Allgemeinen Deutschen Kleinbahngesellschaft, den wir bereits in der vorigen Rundschau streiften, liess sich bald näher übersehen und zeigte das alte bekannte Bild: Eine Gesellschaft mit nur  $7\frac{1}{2}$  Millionen Actiencapital lässt sich durch den allgemeinen Aufschwung zu einer Ausdehnung ihres Wirkungskreises hinreissen, die ganz ausser Verhältnis zu ihrer Capitalkraft stand. Durch die Ausgabe von nicht weniger als 40 Millionen Mark Obligationen halste man sich Verpflichtungen auf, die vielleicht dann nicht einmal zu tragen gewesen wären, wenn der Aufschwung ohne Ende sich

fortgesetzt hätte, die aber jedenfalls unter einer sinkenden Coniunctur zum Ruin werden mussten. In den verschiedensten Bezirken Deutschlands, selbst in Oesterreich-Ungarn, hatte man Kleinbahnen ins Leben gerufen, die zum grossen Teil heute noch im Bau begriffen sind; besonders bei der schlesischen Kleinbahn hatte man sich waghalsig engagiert. Eine Anzahl Unternehmer, mit denen man die Ausführung der Bauten vereinbart hatte, war ausser Stande, ihren Verpflichtungen nachzukommen, sodass die Allgemeine Deutsche Kleinbahngesellschaft sich gezwungen sah, die Verträge zu lösen und die Bauten selber auszuführen. Seit Ende Juni kamen die bösen Gerüchte über die entstandenen finanziellen Schwierigkeiten nicht mehr zur Ruhe. Anfang September ergab der Bericht für die Generalversammlung, dass eine „Sanierung“ vorgenommen werden müsse; die beigegebene Semesterbilanz wollte jedoch die Verlustsumme nur auf  $1\frac{1}{2}$  Millionen Mark beziffern. Schliesslich musste man einräumen, dass die Hälfte des Actiencapitalis verloren sei.

Etwa Mitte September war man auch über das gleiche Ergebnis bei der Mecklenburg-Strelitzschen Hypothekenbank unterrichtet. Gleichzeitig erfuhr man von der starken Unterbilanz der Hagener Gussstahlwerke. Dann brach die Breslauer Rhederei Vereinigter Schiffer unter einer Lawine angehäufter Fälschungen und Betrügereien zusammen. Süddeutschland, das bei seiner langsameren Entwicklung auch den Ruf grösserer Solidität errungen hatte, lieferte nunmehr den ersten schätzbaren Beitrag zur Scandalchronik der Krise: die Heilbronner Gewerbebank stellte ihre Zahlungen ein, sämtliche Directoren wurden verhaftet; ein Bankbruch in Pforzheim wurde durch eine Hilfsaction notdürftig verhütet. Die Concursbilanz der Leipziger Bank zeigte einen Fehlbetrag von 43,3 Millionen. Anfang October wusste man, dass auch das Aachener Bankhaus Rob. Suermond & Co. liquidieren werde.

Dazwischen zeigte dann die Abhalterung einer Reihe von Dresdener Journalisten, dass das Geld der Börse auch die „öffentliche Meinung“ zu betrügen und überall gefällige Gelegenheitsmacher dazu zu finden weiss.

\*

Die **Disconterhöhung der Reichsbank** am 23. September von  $3\frac{1}{2}$  auf  $4\frac{0}{0}$  ist unter diesen Umständen wohl hauptsächlich ein Anzeichen, dass die grosse Centralbank den zwar schmerzvollen, aber unbedingt notwendigen „Abrechnungs“-process nicht durch leichtherzige Credit-

beihilfen weiter versumpft und verzögert sehen will. Denn trotz des stärkeren Herbstbedarfes, den wir im vorigen Monat erwähnten, ist doch von einem ungewöhnlich niedrigen Stand der Bankendeckung in keiner Weise die Rede. In America, das die geringe Geldversteifung brachte, schwimmt der Staatschatz im Ueberfluss, und die Regierung führt ihr Gold durch Bondsankäufe dem Geldmarkt zu. „Bei der Bank von England betrug (in der dritten Septemberwoche) der Metallvorrat 39 506 642 Lstrl. gegen 35 168 510 Lstrl. bezw. 35 714 406 Lstrl., 33 804 883 Lstrl. in den drei Vorjahren und nur 25 477 505 Lstrl. im Jahre 1891, die Reserven 27 886 257 Lstrl. gegen 25 053 044 Lstrl. bezw. 24 866 091 Lstrl., 23 495 218 Lstrl. und 17 284 375 Lstrl., das Verhältnis der Reserven zu den Verbindlichkeiten  $53\frac{1}{4}\%$  gegen 54 bezw.  $51\frac{5}{8}\%$ ,  $50\frac{5}{16}\%$  und  $47\frac{1}{8}\%$ . Die Emissionsthätigkeit auf dem englischen Geldmarkt hat sich auf einem äusserst niedrigen Umfange gehalten. Der einzige grössere Anspruch, welcher in Frage kommt, könnte von der Regierung ausgehen, aber diese Gelder werden nach den letztjährigen Erfahrungen so schnell wieder ausgeschüttet, dass der Geldbedarf als störender Factor kaum in Betracht kommt. Bei der Bank von Frankreich beträgt der Barvorrat  $3518\frac{1}{2}$  Million Frcs., gegen  $3519\frac{1}{2}$  bezw.  $3393\frac{3}{4}$  Millionen Frcs. zur gleichen Zeit der beiden Vorjahre. Bei der Oesterreich-Ungarischen Bank beträgt der Metallvorrat  $1364\frac{1}{2}$  Millionen Kronen gegen 1196 bezw. 1015 Millionen Kronen in den beiden Vorjahren“ (Vossische Zeitung). Die Massnahme der Deutschen Reichsbank wird im Reichsanzeiger officiell in folgender Weise begründet: „Der Vorsitzende, Präsident des Reichsbankdirectoriums, Wirkliche Geheime Rat Dr. Koch führte im Anschluss an die vorgetragene Uebersicht über die Lage der Bank aus, dass dieselbe sich seit der letzten Discontermässigung erheblich verändert habe. Allerdings betrage der Metallvorrat noch immer 97 Millionen mehr als im Vorjahre, aber die Wechselanlage, welche am 15. Juni d. J. die des Vorjahres nur um 7 Millionen überstiegen habe, sei jetzt um 167 Millionen, die Gesamtanlage 131 Millionen höher, und selbst gegen das Jahr 1899, in welchem der Zinsfuss von  $5\frac{1}{10}\%$  am 3. October auf  $6\%$  habe erhöht werden müssen, ergebe sich noch ein Unterschied von 36 bezw. 28 Millionen zu ungunsten des laufenden Jahres. Die fremden Gelder seien um 129 Millionen, aber auch der Notenumlauf um 66 Millionen grösser, als 1900. Wahrscheinlich stehe zum Schluss des Quartals

eine bedeutende Inanspruchnahme der Reichsbank bevor, da der gewöhnliche grosse Herbstbedarf durch das in weiten Kreisen der Privatdiscontoure herrschende Misstrauen wesentlich gesteigert werde. Obwohl der Preis des Geldes im offenen Markte sich im laufenden Monat nicht sehr gehoben habe und die fremden Wechselcourse noch günstig seien, entspreche doch ein Zinsfuss von  $3\frac{1}{2}\%$  nicht mehr der gegenwärtigen Lage; vielmehr empfehle sich eine mässige Erhöhung, um allen Möglichkeiten gegenüber besser gerüstet zu sein. Mit der hiernach beabsichtigten Erhöhung des Discontos auf 4, des Lombardzinsfusses auf  $5\%$  erklärte sich der Centralausschuss nach kurzer Beratung einstimmig einverstanden.“

\*

Die beginnende Versteifung auf dem Geldmarkt hing wesentlich auch mit den Ernterwartungen und der Getreidepreisbildung zusammen. Hier ist zuletzt ein vollständiger Umschlag eingetreten. Während man früher das Erntedeficit Deutschlands infolge von Frost und Nässe ausserordentlich hoch schätzte, während Frankreich grosse Ansprüche an die Auslandsproduction machen sollte, hat die Erfahrung das Bild wesentlich corrigiert. Die deutsche Ernte ist besser ausgefallen, als man glaubte; die amerikanische Weizenernte soll eine „vorher nie erlebte Grösse“ erreicht haben; Frankreich hat sich bisher selber genügt. Damit war die ganze Grundlage der Preisentwicklung verschoben, und wie immer, wenn die Preise vor einem weiteren Herabgehen stehen: jeder Warenhalter stösst seine Vorräte ab, um sie später nicht zu noch ungünstigeren Preisen verkaufen zu müssen, und das Resultat des plötzlich von allen Seiten herandrängenden Angebotes ist ein förmlicher Preisssturz. Für die agrarische Deutsche Tageszeitung bot dieser den Anlass, die neuen Baissooperationen der Börse, ähnlich denen von Cohn & Rosenberg, vor der Oeffentlichkeit zu denunciren. Dass Börsenspeculanten einen Preisumschlag ausnutzen und durch gewagte und niederträchtige Manöver weiter verschärfen, wäre sicherlich nichts Ungewöhnliches und Ueberdaschendes. Einen Beweis hat aber das Blatt bisher nicht erbracht. Uebrigens ist bereits wieder eine geringe Preiserhöhung erfolgt.

Auch auf dem Spiritus- und Zuckermarkt erleben die Agrarier soeben bittere Enttäuschungen, zum Teil durch eigene Schuld, da sie es selber waren, die beim Branntweingesetz den Bogen zu straffspannten und nun seit dem 1. October von einem Vacuum stehen.

\*

Auf dem Gebiete der Production ist der Gang der Dinge der alte, nach abwärts, geblieben.

Eine charakteristische Einzelheit ist jedoch zu vermeiden: der preussische Eisenbahnminister von Thielen hat verfügt, dass jetzt die Bauthätigkeit im Bereiche der preussischen Staatsbahnverwaltung möglichst gesteigert werden solle. Das ist an sich durchaus richtig gehandelt, und der Verein Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller war sehr erbaut davon. Wir wünschten nur, dass Herr Thielen auch den „Arbeitsmarkt so kräftig stützte“, aber hier ist er ein wahrer Totengräber. Ueber die Bedeutung dieses Staatsbedarfes für die Industriellen orientieren folgende Angaben der Zeitung des Vereins Deutscher Eisenbahnverwaltungen: „Will man sich gegenwärtigen, um welche Werte es sich handelt, so braucht man nur den letzten Baubericht der preussischen Eisenbahnverwaltung für den Zeitraum vom 1. October 1899 bis dahin 1900 zur Hand zu nehmen, nach welchem zum 30. September 1900 noch 447 000 000 Mark aus bewilligten Crediten verfügbar blieben, von denen bei Erstattung des Berichts zu Anfang dieses Jahres 290 000 000 Mark zur sofortigen Verwendung bereit gestellt waren, während 157 000 000 Mark auf Bahnen und Bauten entfielen, für welche die gesetzlichen Vorbedingungen damals noch nicht beschafft waren. Für neue, im Bau begriffene Bahnen und Anlagen blieben 195 000 000 Mark verwendbar. Hierzu traten dann noch die durch den Etat 1901 bewilligten Summen des sogenannten Extraordinariums im Betrage von rund 10 000 000 Mark. Es entzieht sich zwar unserer Kenntnis, welche Summen hiervon inzwischen wirklich verwendet sind und welche Beträge jetzt nach Massgabe des Fortschritts der Vorbereitungen verwendet werden können, immerhin wird man aber mit einiger Sicherheit zu der Annahme berechtigt sein, dass mehrere Hundert Millionen Mark zu Eisenbahnbauten und -anlagen der Staatsregierung aus gesetzlichen Bewilligungen zur Verfügung stehen.“

\*

**Kurze Chronik.** Der wirtschaftliche Rückgang hat nunmehr auch in stärkerem Masse den Seefrachtverkehr erfasst. Der Niedergang der Schiffsfrachten bildet mit ein Kennzeichen des verflorbenen Berichtsmonats. Hamburger Packetfahrt glitt zwischen Ende August und Ende September von 118,50 auf 105,25 herab, Norddeutscher Lloyd von 115,75 auf 105. *Max Schippel.*

### Socialistische Bewegung.

In der italienischen Socialdemokratie scheinen die Zwigigkeiten, welche die unmittelbare Wirkung der Veränderung der traditionellen Kampfeskunst der socialistischen Kammerfraktion sind, sich verschärfen zu wollen. Dem Genossen Turati hat man bereits den Titel eines Renegaten und monarchistischen Socialisten beigelegt. In einer sehr lesenswerten Schrift pariert Turati jedoch geschickt den Hieb und reduciert die gegen ihn erhobenen Beschuldigungen auf ihren richtigen Wert. Sehr eingehend schildert er die gegenwärtige Lage Italiens und die Aufgaben der socialistischen Partei. Er betont die Notwendigkeit der Erkämpfung der elementarsten politischen Rechte und Freiheiten, wie Wahlrecht und Pressfreiheit, Vereins- und Versammlungsrecht, indem er die Spitze seiner Kritik gegen ein gefährliches Vorurteil kehrt. Die These von der „einen reactionären Masse“ ist durchaus unhaltbar. Die Erfahrung hat das Proletariat die Kunst gelehrt, die feindlichen Armeen zu entzweien, um sie desto leichter aufreiben zu können. Später stellte sich dann sogar das Bedürfnis einer vorübergehenden Allianz mit einer oder mehreren Fractionen der Bourgeoisie gegen die übrigen ein, sei es mit Rücksicht auf Erreichung gewisser Forderungen, sei es um einen reactionären Anschlag zu vereiteln. Die Idee einer stufenweisen, kontinuierlichen Eroberung seiner Rechte durch das organisierte Proletariat und die darauf zugespitzte Methode unterscheiden die socialistische Partei von sämtlichen Volksparteien des modernen Italien. Eine volle Kraftentfaltung ist indessen der socialistischen Partei noch vorbehalten. Als handelnde, die öffentlichen Gewalten und den Organismus des Volkslebens beeinflussende politische Partei hat sie kaum ihre Feuertaufe bestanden. Wenn es auch wahr ist, dass infolge des Obstructionskampfes im Parlament die äusserste Linke einem liberalen Ministerium den Boden ebnete, so sind die Gefahren und Ungewissheiten der Vergangenheit noch nicht im entferntesten endgiltig verbannt. Vom Tage seiner Constitution an war das Ministerium Gegenstand wiederholter heftiger Angriffe von seiten der Opposition, welche kein Mittel unversucht lässt, um wieder ans Ruder zu gelangen. Die tragischen Ereignisse von Berra stellten der Regierung ein eclatantes Zeugnis ihrer Schwäche vor dem Lande aus. Denn sobald die Nachricht von der Niedermetzlung Strikender bekannt wurde, liessen sich die Minister förmlich hypnotisieren von dem Gedanken: den durch ihre Reden zu gunsten

der Ausständigen im Lande hervorgerufen tiefen Eindruck abzuschwächen. Der Liberalismus Zanardellis wankte, und der Minister des Innern, Giolitti, hielt vor dem Senat eine Rede, mit welcher er der Reaction seine Reverenz erweisen wollte, nur um drei Stimmen Majorität zu ergattern. Die Volksfeinde, welche in der zweiten Kammer Legion sind, haben die Waffen nicht niedergelegt. Und in den Reihen der Republicaner machte man die Minister für die Schlächtereie in Berra verantwortlich und warf man der äussersten Linken, nicht ohne Bitternis, ihre Vertrauensvoten vor.

Turati zaudert nicht einen Augenblick, die Notwendigkeit der Abgabe der Vertrauensvoten zu rechtfertigen. Enrico Ferri hatte schon vor der Publicierung der Turatischen Schrift im Avanti den radicalen Antiministeriellen geantwortet, indem er ihnen eine minutiöse anthropologische Untersuchung ihres Schädels versprach, wenn sie den Beweis lieferten, dass das Vorgehen der socialistischen Deputierten unsere Sache geschädigt hätte. Turati erörtert nun die Frage vom Standpunct einer zukünftigen Politik.

Die Niederschiessung strikender Landarbeiter, sagt er, sei ganz abscheulich und fordere den schärfsten Proteste heraus. Noch tadelnswerter sei die Verteidigung des schuldigen Officiers von seiten der Regierung, bevor eine Enquête überhaupt eingeleitet worden sei! Aber was wäre nachher geschehen? Das politische Problem, welches schon vor der Tragödie von Berra seiner Lösung harrete, hat das Gesicht nicht verändert. Die feudale Reaction bildet noch immer die Opposition gegen eine junge, unternehmende, von liberalen Tendenzen beherrschte Bourgeoisie, welcher zum erstenmal nach harten Kämpfen die politische Macht zufiel. Es handelt sich also um einen Anfang, welchem die ganze Schüchternheit eines Versuchs anhaftet. Was ist nun die Aufgabe der Socialisten, die zwischen die geschworenen Feinde des Proletariats und diejenigen eingeklemmt sind, welche die Freiheit und das Wahlrecht respectieren? Turati glaubt, dass die Partei an der sogenannten opportunistischen Taktik festhalten müsse. Es kann nur im Interesse der Socialisten liegen, wenn sie die Regierung ermutigen würden in der angebahnten Reformarbeit, dank deren die Organisation von 40000 Landarbeitern ermöglicht wurde und gewaltige, bis dahin noch nie in die Erscheinung getretene Strikes sich ungehindert und frei abspielen konnten.

Gegen diese Ideen Turatis erhoben sich die Republicaner der Italia del Popolo im Bunde

mit einer gewissen Anzahl Socialisten aus Mailand und Neapel. Man erinnert Turati an die Vergangenheit, an die absolute Unmöglichkeit, von einer monarchischen Regierung Reformen zu erhalten; erst den Kampf gegen die Dynastie, dann volle Freiheit mit der Republik! Endlich die Intransigenten, welche jegliches Pactieren mit einem bürgerlichen Ministerium verwerfen. Denselben Einwendungen begegnete man übrigens seiner Zeit, als in Frankreich die Socialisten das Cabinet Bourgeois unterstützten. Dieselben Ursachen erzeugen notwendigerweise dieselben Wirkungen: um Sonnino fernzuhalten, entschied man sich für das kleinere Uebel: Zanardelli. Das ist die gegenwärtige Situation. Sie scheint nicht gegen die Anschauungen Turatis zu sprechen.

\*

**Kurze Chronik.** 22 Protestversammlungen gegen den Hungertarif fanden in Dresden und Umgegend statt. Man schätzt die Zahl der Zuhörer auf ca. 20000. — Die socialdemokratische Fraction des Reichstages wird nach Wiederaufnahme der Sitzungen in geeigneter Weise Stellung nehmen zum Gumbinner Process und der damit aufs engste zusammenhängenden Frage der Reform der Militärstrafgerichtsordnung. — Bei der Landtagswahl in Reuss j. L. wurden im ersten Wahlgang die Genossen Vetterlein und Leven gewählt. Weitere drei Genossen, nämlich Fiedler, Böttger und Patzer, sind in aussichtsvoller Stichwahl. Hoherfreulich ist der grosse Stimmenzuwachs. Bislang hatte der Landtag drei socialdemokratische Mitglieder.

Oskar Petersson.

### Gewerkschaftsbewegung.

Die Gewerkschaftsdebatte auf dem Lübecker Parteitage der deutschen Socialdemokratie hat wieder einmal die Verschiedenartigkeit der Auffassung gewisser Grundsätze der Partei und der Gewerkschaftsbewegung erkennen lassen. Eine eigentliche Gewerkschaftsdebatte grossen Stils gaben die Verhandlungen über den Schiedsspruch, betr. die Hamburger Accordmaurer eigentlich nicht ab. Das lag wohl auch nicht in dem Arbeitsplan des Parteitages. Was den Schiedsspruch selbst betrifft, so wurde er zwar nicht, wie beantragt, aufgehoben, dafür wurde aber die Ausschlussangelegenheit zur endgültigen Erledigung an die Hamburger Parteiorganisationen zurückverwiesen; im übrigen erfolgte rückhaltlose Verurteilung des Strikebruches und der Sonderbündelei. Grundsätzlich wurde ferner beschlossen, dass die Gesamtpartei sich nicht mit Gewerkschaftsstreitigkeiten zu befassen habe; doch bleibt

es den örtlichen Parteioorganisationen unbenommen, gegebenenfalls Strikebrecher und Sonderbündler so lange aus ihrer Mitte auszuschließen, als sie in ihrem gemeinschädlichen Verhalten verharren.

Die Banter Affaire, welche im Anschluss an die eben erwähnte Sache verhandelt wurde, fand rasche Erledigung. Hier handelte es sich um socialdemokratische Bauunternehmer, die mit ihren strikenden Parteigenossen in Differenzen geraten waren und zum Ueberfluss ausländische Arbeiter gegen deutsche ausspielten. Das war nicht der erste und wird nicht der letzte Conflict zwischen socialdemokratischen Unternehmern und Arbeitern sein, und gerade in solchen Fällen tritt naturgemäss eine politische und gewerkschaftliche Gegensätzlichkeit zwischen Parteigenossen in die Erscheinung, die am besten örtlich durch Einigung oder Ausschluss erledigt werden kann.

Der an dieser Stelle oft constatierte Kampf der Behörden gegen die Gewerkschaften wird durch eine amtliche Belobigung der Gewerkschaften in ein eigenartiges Licht gerückt. Es heisst in den Gewerbeaufsichtsberichten für Württemberg, dass es in der Regel „die besten Arbeiter sind, welche den Organisationen angehören“, und dass „nur eine kräftige Berufsorganisation der Arbeiter frühere Errungenschaften dauernd halten und dadurch eine Wiederholung der Kämpfe vermeiden könne“. Auch tritt dieser Bericht „der noch vielfach herrschenden irrtümlichen Auffassung, als ob es sich bei Lohnbewegungen organisierter Arbeiter um plötzliche Entschliessungen unruhiger Elemente handle“, entgegen und stellt die Thatsache gegenüber, „dass jeder Lohnbewegung ein planmässig geordnetes Verfahren innerhalb der gesamten Organisation voranzugehen hat“. Der Umstand, dass die centralen Instanzen in der Regel vom Ort der Lohnbewegung weit entfernt seien, ermögliche eine ruhige Prüfung der für die Bewegung geltend gemachten Gründe, wozu auch die genaue Kenntnis der Lage des Arbeitsmarktes beitrage. Zudem würden nicht genehmigte Strikes nicht unterstützt, und die Teilnehmer hätten alle Consequenzen eines unglücklichen Ausgangs selbst zu tragen. „In dieser Ordnung der Dinge und bei ruhigen und erfahrenen Männern an der Spitze, die auch ihre Ehre darin suchen, den Arbeitern auf friedlichem Wege Zugeständnisse zu erringen, liegt eine sichere Gewähr gegen leichtfertige Beunruhigungen der Industrie und der Arbeiter, die sich mit ihrer Familie nicht brotlos machen wollen.“

Bei dieser Gelegenheit sei auch an die Rede erinnert, welche der bekannte frühere Gouverneur J. P. Altgeld vor Illinois am 7. September d. J. in Brooklyn hielt. Das war eine Gewerkschaftspredigt, wie sie selten gehört wird und zu der sich unsere Berlepsch und Genossef noch nicht haben aufschwingen können.

\*

In der letzten Septemberwoche fanden in Berlin die Tarifberatungen der Buchdrucker statt. Das Ergebnis dieser Beratungen war eine  $7\frac{1}{2}$  procentige Lohnerhöhung. Beantragt waren von den unterschiedlichen Druckorten 10 bzw. 15 0/0. Der einheitliche Minimalsatz von 23 Mark ist abgelehnt und dafür folgende Lohnstaffel beschlossen worden: Für Gehilfen bis zum Alter bis zu 21 Jahren 21,50 Mark, über 21 bis 23 Jahre 22 Mark, über 23 Jahre 22,50 Mark. Die Giltigkeitsdauer des Tarifs ist wieder auf 5 Jahre bemessen und zwar vom 1. Januar 1902 bis 31. December 1906.

Recht eigenartig berührte es in den eigenen Verbandskreisen sowohl wie in der ganzen deutschen Gewerkschaftswelt, dass der Tarifausschuss den Reichskanzler und gar noch den 12000-Mark-Grafen Posadowsky ankabelten und um deren „hochmögenden Schutz“ für den Tarif baten. Eine Adresse an eine wirklich social denkende und handelnde Regierung, die allezeit für die wirtschaftlich Schwachen eintritt, wäre unter Umständen schon denkbar, aber so — ? In Berlin, Leipzig, Halle, Magdeburg, Breslau, München, Mainz, Chemnitz und anderen Druckorten sind die Gehilfen unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Depression einverstanden mit den neuen Abmachungen. Die Breslauer haben allerdings erklärt, dass der neue Tarif eigentlich eine Verschlechterung für sie bedeute. Die Frankfurter Gehilfen erklären sogar, durchaus nicht zufriedengestellt zu sein und erblicken in dem Resultate der Tarifvereinbarung eine Ausnutzung der gegenwärtigen Krise seitens der Principalvertreter, die mit dem Geiste einer Tarifgemeinschaft unvereinbar sei; die Zustimmung der Frankfurter erfolgte ebenfalls nur aus der Zwangslage heraus, in welche die gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse die Arbeiter überhaupt bringen. Der elsass-lothringische Buchdruckerverband ist ebenfalls in eine Lohnbewegung eingetreten und beantragte Erhöhung der Grundposition um 10 0/0, Erhöhung des Minimums auf 22,50 Mark und Neuregelung der Lehrlingsscala. In Strassburg lehnten die Principale zuerst jede Verhandlung und alle Forderungen ab, desgleichen in Mülhausen

und Colmar. In Strassburg und Metz kam es zur Einigung. Es trat durchgängig eine Lohnerhöhung von  $7\frac{1}{2}\%$  ein. Weitere Verhandlungen schweben.

Die deutsche Strikebewegung hat zur Zeit erheblich abgeflaut. Von den bekannteren und langandauernden Kämpfen ist nur noch die Nordhäuser Aussperrung übrig geblieben. Der Generalstrike der Glasarbeiter ist verloren gegangen. Der Verband und mit ihm die Mitglieder befinden sich in übler Situation. Man verlangt Austritt aus dem Verbands. Vielleicht gelingt es den Glasarbeitern, durch geschickte Organisation des passiven Widerstandes die Gewerkschaft zu halten. Genosse Röske veröffentlicht in No. 39 der Holzarbeiterzeitung die Gründe seines bereits im vorigen Hefte dieser Zeitschrift gekennzeichneten Vorgehens. Es wird sich bestimmt Gelegenheit bieten, auf diese Ausführungen zurückzukommen.

Der deutsche Generalstrike der Flaschenarbeiter hatte die Aussperrung dänischer Flaschenarbeiter zur Folge, die wegen eines Protestes der Arbeiter der nach Deutschland liefernden Hütte in Aalborg von dem Fabrikantenring beschlossen wurde. Dieser Conflict ist inzwischen beigelegt.

Der Strike der Crefelder Sammetmacher ging nach einer Dauer von 7 Wochen und der Leipziger Böttcherstrike nach 9 Wochen verloren. Besonders schwer werden auch die Handschuhmacher in dieser Zeit getroffen. Infolge allgemeiner Arbeitslosigkeit und fortwährender Aussperrungen hatte der Verband 10—15% brotlose Berufscollegen zu verzeichnen, und einige gernegrosse Scharfmacher dieser Industrie predigen den Krieg gegen die Organisation der Arbeiter. In Passau striken die Hafnarbeiter.

Die Leipziger Stellmacherinnung beschloss Verlängerung der Arbeitszeit von  $9\frac{1}{2}$  auf 10 Stunden. Die Arbeiter beschlossen, sich energisch dagegen zu wehren.

Die ausländische Strikebewegung ist noch lebhaft und ist nur in Nordamerica zurückgegangen.

Nach mehr als einjähriger Unterhandlung zwischen Vertretern der Buchdruckergehilfen und Buchdruckereibesitzer in Zürich ist eine Einigung dahin zu stande gekommen, dass der wöchentliche Minimallohn von 34 auf 35 Fres. und die Berechnungssätze um 10% erhöht werden. Bezüglich der Tarifverhältnisse der Maschinenmeister werden die Unterhandlungen fortgesetzt. — In Pruntrut striken die Uhrenarbeiter der Gesellschaft für Uhrenfabrication wegen Ver-

letzung des Tarifs. — In der Färberei und Druckerei von Lindenmeyer in Kleinhüningen bei Basel striken die Drucker wegen Lohnreduction. — Der Verband der Post-, Telegraphen- und Zollangestellten beschloss in seiner in Luzern abgehaltenen Delegiertenversammlung, in Zukunft auch die Interessen der Angestellten der eidgenössischen Alkoholverwaltung zu vertreten, ferner gegen die Beschimpfung von Angestellten im Dienste bei der zuständigen Stelle Klage zu erheben, und endlich wurde in einer Resolution Protest erhoben gegen das protzige Auftreten gewisser Vorgesetzter und hauptsächlich auch gegen die Anfeindung der Organisation, die einer Verletzung der Vereinsfreiheit gleich komme, sowie gegen die verletzende Antwort der Zolldirection, betreffend Abgabe von Diensthosen, in welcher Angelegenheit der Generalsecretair, der Genosse Wullschleger, beim Bundesrat vorstellig werden soll. — In Lugano setzten die Maurer nach zweimonatigem Strike eine Lohnerhöhung durch. — In Mailand striken das Personal der Nordbahn und die Telephonbeamten. — In Barcelona (Spanien) striken Hafnarbeiter.

Einen grossen Umfang droht die Ausstandsbewegung unter den französischen und belgischen Bergarbeitern anzunehmen. Im Lütticher Revier handelt es sich um Abwehr von Lohnreducierungen, während es für die französischen Bergarbeiter auf die Durchführung socialer Reformen ankommt.

In Havre striken die Arbeiter der Handelsmarine. — In Kopenhagen strikten sämtliche Postkutscher. Es fanden sich viele Strikebrecher.

Der Möbeltischlerstrike in Christiania ist jetzt, nachdem er über ein Jahr gedauert hat, beendet. Es ist ein Lohntarif vereinbart worden, der bis zum 1. April 1903 Gültigkeit haben soll. Sämtliche Strikenden sollen wieder in ihre alten Stellen eintreten.

Der grosse Ausstand auf den Kupferhütten zu Röros dauert weiter.

In San Francisco (Nordamerica) hält der Ausstand der Hafnarbeiter noch an.

**Kurze Chronik** In vielen deutschen Gewerkschaften erfolgen Protestkundgebungen gegen den Brotwucher und gegen die neue Zollvorlage überhaupt. — Neue Verbände wurden gegründet unter den Fensterputzern (Sitz Berlin) und Kürschnern (Sitz Hamburg). — Urabstimmungen über Beitragserhöhung und Unterstützungswesen finden im Sattler- und im Gemeindearbeiterverbande statt. — Die Bleichereiarbeiter, Wäscherinnen und Plätterinnen von Hamburg und Umgegend wurden aufs neue organisiert.

und dem Fabrikarbeiterverbände zugeführt. — Unter den Confectionsarbeiterinnen soll eine umfangreiche Agitation entfaltet werden. — Der Steinarbeiterstrike in Gommern hat einen Monstreprocess nach sich gezogen, bei dem es 180 auf Landfriedensbruch Angeklagte giebt. — Die Berliner Glacélederfabricanten haben mit den Arbeitervertretern den bestehenden Tarif auf ein Jahr verlängert. — Die Berliner Militäreffectengürtler haben durch Verhandlungen die neunstündige Arbeitszeit erreicht. In Berlin trat am 7. October eine gemeinsame Conferenz der Militäreffectenfabricanten Deutschlands und der bei ihnen beschäftigten Sattler zusammen, um einen Tarif zu beraten. — Die Münchener Buchbinder sind in eine Lohnbewegung eingetreten; desgleichen die Schlächter Berlins. — Die nunmehr centralorganisierten Localisten Kesslerscher Richtung hielten vom 23. bis 25. September in Berlin ihren V. Congress ab, durch den sie wieder einmal die Ueberflüssigkeit ihres Sonderbündlertums demonstrierten. — Der 34. britische Trades-Unions-Congress fand vom 2. bis 7. September in Swansea statt. — Die Antwerpener Diamantschleifer organisieren eine umfangreiche Achtsundenbewegung. — Die Angestellten der italienischen Secundär- und Dampfstrassenbahnen haben dieser Tage in Mailand eine nationale Vereinigung gegründet. Zunächst sind dem Verband die Angestellten der zahlreichen Secundärbahnen der Lombardei und des Tessin beigetreten. Der Verband hat sich den Arbeitskammern angeschlossen und soll mit Hilfe derselben Ausbreitung über das ganze Königreich finden. — Der Verbandstag der englischen Eisenbahner wird in der ersten Octoberwoche zum dritten Male seit 1872 in London abgehalten. — In Florenz kämpfen die Bäcker gegen die Nachtarbeit. — In Italien macht die Organisation der Glasarbeiter gute Fortschritte. Im September erschien die erste Nummer eines Fachblattes, betitelt La Bottiglia. — Die dänischen Seeleute und Heizer haben durch ihre gute Organisation den staatlichen Verheuerungsagenten in Kopenhagen zur Anerkennung ihrer Gewerkschaft und zur gerechten Handhabung des Arbeitsnachweises gezwungen.

*Heinrich Bürger.*

### Genossenschaftsbewegung.

Das von dem Anwalt Dr. H. Crüger herausgegebene **Jahrbuch des Allgemeinen Verbandes deutscher Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften für 1900** (Verlag J. Guttentag in Berlin) ist soeben erschienen. Es enthält wie gewöhnlich eine

Fülle wertvoller Tabellen und Statistiken über Zahl, Entwicklung, Mitgliederbewegung u. s. w. der angeschlossenen Vereine. Natürlich geben dieselben trotz ihrer Ausführlichkeit kein vollständiges Bild der deutschen Genossenschaftsbewegung, da ausser der überwiegenden Mehrheit der landwirtschaftlichen auch eine grosse Anzahl gewerblicher Genossenschaften dem Verband noch nicht angeschlossen ist. So gehören z. B. von den 1528 deutschen Consumvereinen nur 621 dem Verbande an. Und wiederum nicht alle angeschlossenen Vereine haben berichtet. Der Verband umfasste am 31. März 1901 949 Creditgenossenschaften, 621 Consumvereine, 79 Baugenossenschaften und 63 verschiedene Genossenschaften. Von den Creditgenossenschaften berichteten 87) mit 511 061 Mitgliedern, einem Betriebscapital von 788 187 683 Mark und einer Creditgewährung im verflossenen Jahre von 2 276 855 864 Mark. Die 100 Bericht erstattenden Baugenossenschaften hatten eine Mitgliederzahl von 27 880 und ein Betriebscapital von insgesamt 36 869 909 Mark. 92 dieser Genossenschaften hatten seit ihrer Errichtung 2395 Häuser hergestellt. Die Detailzahlen über die Consumvereine brachten wir bereits in der vorigen Rundschau. Hier sei noch nachzutragen, dass 86 der Consumvereine eigene Production betrieben und zwar: 74 Bäckereien, 3 Schlächtereien, 4 Destillationen, 1 Kellerei, 1 Korbwarenfabrik, 1 Blumenstabfabrik, während 2 Vereine die Herstellung von Wasche und Herrenconfection betrieben.

\*  
Die im vorigen Jahre anlässlich der Kohlennot eingeleitete Bewegung zur **genossenschaftlichen Organisation des Kohleneinkaufs** ist nicht ohne praktische Erfolge geblieben. Wenn es auch den Einkaufsvereinigungen und Kohlencassen nur in wenigen Fällen gelungen ist, direct aus erster Hand zu kaufen — es war einfach an die grossen Syndikate und Zechen nicht heranzukommen —, so ist doch durch die Ausschaltung des localen Zwischenhandels und die Sprengung des Detaillistenmonopols vielfach eine sehr erfolgreiche, sich oft genug in ihren Wirkungen auch über den eigenen Kreis der Mitglieder hinaus erstreckende Thätigkeit ausgeübt worden. Die in diesem Frühjahr ins Leben gerufene Kohleneinkaufsgesellschaft der Kohlencassen und Consumvereine des Rhein- und Maingebietes (vergl. Februar-Rundschau 1901), über deren Thätigkeit der Vorsitzende Dr. Stein in No. 10 der Gemeinnützigen Blätter für Gross-Frankfurt berichtet, ver-

mittelte in dieser kurzen Zeit rund eine halbe Million Centner. Zur Deckung der Verwaltungskosten wurde im allgemeinen nur 1 Pfennig auf den Centner aufgeschlagen. Infolge des von fast allen Vereinen eingeführten Systems der Vorausserhebung oder sofortigen Barzahlung des Kohlengeldes wickelte sich der geschäftliche Verkehr mit den Lieferanten in durchaus befriedigender Weise ab. Die Gesellschaft hat sich, wie Dr. Stein bemerkt, „aus anfänglichem Misstrauen heraus eine sichere Position geschaffen, und alle Zeichen deuten darauf hin, dass sie im kommenden Jahre ein gesuchter Kunde sein wird. An den Cassen liegt es, die errungene Stellung nicht bloß zu benutzen, sondern zu erweitern. . . . Wir müssen so weit kommen, dass sämtliche Cassen des Rhein- und Maingebietes ihr angehören und nur durch sie beziehen, dass sie dann als einer der grössten Käufer auf den Markt tritt.“

In No. 39 des Wochenberichts schreibt Georg Fell über die Resultate, die die Grosseinkaufsgesellschaft auf dem Gebiete der Kohlenversorgung bis jetzt erzielt hat, die er gleichfalls als recht zufriedenstellende bezeichnet. Zahlreiche Vereine haben der Gesellschaft die Deckung ihres Kohlenbedarfs überwiesen, und dieselbe hat auch teilweise direct bei den Zechen einkaufen können. Gute Erfahrungen sind auch mit dem Bezug von englischer Kohle gemacht worden. So war der erst im vorigen Jahr gegründete Kieler Consumverein, der durch energische Sammlung von Aufträgen eine ganze Schiffsladung von 1600 Tonnen durch die Grosseinkaufsgesellschaft beziehen konnte, in der Lage, seinen Mitgliedern den Centner Kohle 12 Pfennig unter dem ortsüblichen Preis zu liefern. Und ausserdem erreichte er dadurch noch, dass die Kohlenhändler am Platze ihre Preise um 5 Pfennig pro Centner herabsetzten. Die Erfolge würden im allgemeinen noch grösser sein, so führt Georg Fell aus, wenn nicht viele Consumvereine es für bequemer oder gar für ihre Pflicht hielten, die Grossisten am Orte zu bevorzugen, zu deren Handlangern sie dadurch häufig nur würden.

Als die nächstliegenden Aufgaben der Kohlen Cassen und Consumvereine wären demnach zu betrachten: Emancipierung von den localen Grossisten und möglichste Zusammenfassung aller Käufe durch eine Centralstelle, die dann als imposante Macht und ebenbürtiger Contrahent den grossen Syndikaten gegenüber treten könnte.

In dem Jahresberichte des niederländischen Genossenschaftsbundes für 1900—1901 wird mitgeteilt, dass dem Bunde

am Schluss des Geschäftsjahres 62 Vereine mit 22 940 Mitgliedern angehörten gegen 66 Vereine mit 21 623 Mitgliedern im Vorjahre. Darunter befanden sich: 28 Consumvereine, 12 Dampfalkoholereien, 4 Genossenschaftsdruckereien, 2 Baugenossenschaften, 3 Ackerbaugenossenschaften, 2 Verbände von Molkereien mit zusammen 80 Betrieben, 1 Milchverkaufsvereinigung, die 15 Genossenschaften umfasst, und 10 verschiedene Genossenschaften. Der Bund zerfällt in eine Ratssection, deren Aufgaben sich ungefähr mit denen unseres Allgemeinen Verbandes decken, und in eine Handelssection, die nach ihrem vollen Ausbau die Functionen einer Grosseinkaufsgesellschaft ausüben soll. Bis jetzt ist sie allerdings nichts weiter als eine Einkaufsagentur, die offenbar noch nicht sehr zur Zufriedenheit der ihr angeschlossenen 41 Vereine arbeitet. Denn der Umsatz hat in den letzten Jahren keine Steigerung, sondern einen constanten Rückgang erfahren. Er betrug im Jahre 1898—99 1 125 490 fl., im folgenden 1 000 712 fl. und im Jahre 1900—01 nur noch 928 453 fl. Der Gewinn der Agentur fiel dementsprechend von 6657 fl. im vorletzten auf 5562 fl. im letzten Geschäftsjahre. Bessere Erfolge als mit der Organisation des gemeinsamen Einkaufs scheint der Bund mit der Eigenproduction zu erzielen. Die, wie wir seinerzeit berichteten, im November des vorigen Jahres eröffnete Seifenfabrik konnte bis Anfang Mai 1901 136 650 Kilo Seife im Werthe von 23 047 fl. absetzen, — ein vielversprechender Anfang.

**Kurze Chronik.** Am 29. September wurde in Mülheim eine Einkaufsvereinigung für Offenbach und Umgebung mit Mülheim als Vorort gegründet. — Die Deutsche Grosseinkaufsgesellschaft hat nunmehr das schon lange geplante Lager in Mannheim errichtet. Die Lager räumlichkeiten sind gemeinsam mit dem Mannheimer Consumverein gemietet, um die Spesen vorläufig auf ein möglichst niedriges Mass zu beschränken. — Die Oppenheimersche Siedlungsgenossenschaft Freiland, jenes interessante Experiment, von dem wir in der Juli- und October-Rundschau des vorigen Jahres berichteten, ist fehlgeschlagen. Die Genossenschaft hat, wie der Vorwärts mittheilt, aus Mangel an Beteiligung ihre Liquidation eingereicht. Die Activa und Passiva betragen 6923 Mark. — Die Gründung von Consumvereinen ist beabsichtigt in Marburg, Halberstadt und Zeulenroda. Constituiert wurden Consumvereine in Bamberg, Ludwigshafen, Peine, Meerane, Bärleben, Maudach und einer Anzahl kleinerer Orte. — Im Monat



September sind in das Genossenschaftsregister eingetragen worden: 7 Baugenossenschaften, 5 Handwerker-genossenschaften und 3 Einkaufsgenossenschaften von Detaillisten. — Eine Genossenschaftsschlächterei ist in Peine errichtet worden. — Am 1. Januar 1901 gab es in Frankreich 864 eigentliche Consumvereine (gegen 822 im Vorjahre), von denen 700 insgesamt 325 865 Mitglieder zählten. Dazu kommen 695 Vereinigungen von Consumenten zum gemeinsamen Betriebe einer Bäckerei. Von diesen Bäckereigenossenschaften hatten 588 zusammen 128 854 Mitglieder. — Am 13. August hat die englische Grosseinkaufsgesellschaft in Herning in Dänemark eine mit den modernsten Maschinen ausgestattete Schweineschlächterei eröffnet. In den bei der Eröffnungsfeier gehaltenen Reden wurde betont, dass die englische C. W. S. bereits jetzt der Hauptabnehmer der dänischen Bauern und Pächter sei und dass man an die Errichtung dieser Schlächterei besondere Hoffnungen in Bezug auf die Anbahnung noch engerer Beziehungen zwischen Producenten und Consumenten landwirtschaftlicher Producte setze. — Auf ihrer letzten Vierteljahrsversammlung hat die Gesellschaft die Anschaffung zweier neuer Dampfer beschlossen. — Ein genossenschaftliches Schlachthaus für Newcastle ist von den dortigen Consumvereinen gemeinsam errichtet worden. Es können täglich 200 Stück Vieh geschlachtet werden.

*Gertrud David.*

### Soziale Communalpolitik.

In den Tagen vom 18. bis 20. September fand in Rostock die 26. Jahresversammlung des Deutschen Vereins für öffentliche Gesundheitspflege statt; wenige Tage später in München die Generalversammlung des Vereins für Socialpolitik. Auf beiden Congressen standen für die Communalverwaltung bedeutsame Gegenstände zur Verhandlung: hier die Wohnungsfrage in ihrem ganzen Umfange, dort die Bedeutung der örtlichen Gesundheitscommissionen für Staat und Gemeinde und anderes mehr. Ueber die örtlichen Gesundheitscommissionen referierten in Rostock der Geh. Medicinalrat Dr. Rappmund und Privatdocent Dr. Jastrow; der erstere behandelte den Gegenstand rein von der verwaltungstechnischen Seite, während Dr. Jastrow auch die politischen Folgen besprach. Dr. Rappmund kam zu folgenden Schlussätzen: 1. Für die Erfüllung der Aufgaben der öffentlichen Gesundheitspflege ist die Einrichtung örtlicher Gesundheitscommissionen notwendig. 2. Die Thätigkeit

der Gesundheitscommissionen soll a) nicht bloss eine begutachtende und anregende, sondern auch eine verwaltende sein sowie b) unter Mitwirkung und gegenseitiger Unterstützung des beamteten Arztes stattfinden; c) bei Regelung der Befugnisse der Gesundheitscommissionen dürfen die Grundsätze der communalen Selbstverwaltung nicht verletzt werden. Diese Schlussätze sind ja sehr schön, aber gerade der wichtigste Punct, die Stellung des staatlichen Physicus in den Gesundheitscommissionen wird von ihnen nicht berührt. Die Thätigkeit der Gesundheitscommissionen soll unter Mitwirkung und gegenseitiger Unterstützung des beamteten Arztes stattfinden, — so bestimmt das Gesetz von 1899, betr. Dienststellung der Kreisärzte. Der Kreisarzt hat Sitz in der örtlichen Gesundheitscommission; auf seinen Antrag müssen dieselben zusammenberufen werden u. s. w. — das ist ein Einbruch in die städtische Selbstverwaltung, der Anfang von ihrem Ende auf diesem Gebiete. Dagegen hätte der Referent protestieren müssen, anstatt sich in seinem dritten Leitsatz nur mit der ministeriellen Regelung der Befugnisse der Gesundheitscommissionen zu befassen. Sicherlich bedeutet dieses Recht des Ministers eine weitere Gefährdung der Selbstverwaltung; der Hauptpunct ist aber die Stellung der Kreisärzte selbst. Solange diese bleibt, wie sie das Gesetz von 1899 festgelegt hat — und bei den heutigen politischen Machtverhältnissen ist für lange Zeit wohl keine Aenderung zu erwarten —, muss es die Aufgabe der städtischen Verwaltungen sein, das Gebiet rein städtischer Gesundheitsverwaltung aufs schärfste von dem Gebiete zu trennen, auf dem der Kreisarzt zur Mitwirkung berufen ist. Wenn dann der zweite Referent mit Bezug auf die Gefährdung der städtischen Selbstverwaltung ausführte, es liege ihm fern, die Selbstverwaltung preiszugeben, aber er könne gegenüber dem Princip der Selbstverwaltung das sachliche Interesse nicht aufgeben, und hinzufügte, die Städte brauchten die staatliche Aufsicht nicht zu befürchten, Aufsicht und Selbstverwaltung seien nicht Gegensätze, sondern im Gegenteil: eine richtige Selbstverwaltung bedürfe der Aufsicht, — so fragt es sich eben, ob die staatliche Aufsicht, wie sie das Gesetz von 1899 regelt, nicht über die ihr begrifflich gesteckten Grenzen hinausgeht und sich nicht als Aufsicht, sondern als Teilnahme an der directen Verwaltung qualificiert. Die Antwort auf diese Frage muss unter allen Umständen bejahend ausfallen. Und dass der Kreisarzt hinreichend Gelegenheit erhält, an der Verwaltung der städtischen Gesund-

heitspflege teilzunehmen, dafür scheinen ja die Städte selber in ausreichender Weise zu sorgen. So ist in Essen auf die Anregung des Oberbürgermeisters Zweigert der Gesundheitscommission, als einer Deputation im Sinne der rheinischen Städteordnung, die dauernde Verwaltung und Beaufsichtigung des Wohnungswesens übertragen worden. Auch Dr. Jastrow meint, man werde in den Gesundheitscommissionen bald zur Wohnungsbesichtigung und davon ausgehend schliesslich zur Wohnungsverwaltung kommen. In dem Masse aber, wie sich die Thätigkeit der Gesundheitscommissionen auf städtische Verwaltungen ausdehnt, in dem gleichen Masse dringt auch der staatliche Kreisarzt in dieselben ein und wird kraft seiner privilegierten Stellung seinen Einfluss auf dieselben auszuüben wissen.

Aus dem Vortrage des Professor Löffler (Greifswald) über die Hygiene der Molkereiprodukte heben wir nur hervor, dass dieselbe eine Ueberwachung der gesamten Production und des Verkaufs der Molkereiprodukte wegen der Zersplitterung derselben in einer Anzahl von Kleinbetrieben für zur Zeit unmöglich erklärte, so sehr dieselbe gerade in diesen anzustreben sei. Nach dem Referenten bieten die Genossenschaftsmolkereien für eine den hygienischen Anforderungen entsprechende Beschaffenheit der Molkereiprodukte die besten Garantien, da es in ihrem eigenen Interesse liege, denselben nachzukommen. Leider können wir dieses Vertrauen zu den Genossenschaftsmolkereien nicht teilen. Ihr Interesse an der Hygiene geht nur so weit, als diese nicht in Conflict mit dem Profit kommt; dafür sind sie eben Genossenschaften, die die Rohprodukte ihrer Mitglieder verarbeiten und auf dem Markte verkaufen. Gegenüber dieser Lobpreisung der Genossenschaften ist es um so auffallender, dass der Referent in seinen Leitsätzen mit keinem Worte der Gemeinden gedenkt, die als die Träger der öffentlichen Hygiene doch in erster Linie berufen sind, auf diesem Gebiete neu organisierend vorzugehen.

Einen wichtigen Punkt der Tagesordnung bildete die Frage der Strassenbefestigung und ihre Bedeutung für die Hygiene. Mit Recht hob der erste Referent, Stadtbaurat Genzmer (Halle a. S.); ihre finanzielle Bedeutung für den städtischen Haushalt hervor und warnte die kleineren Städte vor zu breiten Strassenanlagen. Dies gilt nicht nur für die Städte, sondern bis hinab zu den kleinsten Landgemeinden. Leider werden den Gemeinden zu breite Strassenanlagen teils durch die Gesetzgebung teils

durch die Aufsichtsbehörden zur Pflicht gemacht. So schreibt z. B. die württembergische Bauordnung eine Mindeststrassenbreite von 11 m vor, während in den ländlichen Gemeinden, und überhaupt in Nebenstrassen, Strassenbreiten von 8 m vollständig ausreichen. Die Strasse ist wegen der stets mit ihr verbundenen Staubentwicklung ein hygienischer Uebelstand; und dieser wächst natürlich mit der Breite der Strassen. Es wäre viel angebrachter, die Entfernung zwischen den Baufluchtlinien fest zu legen und diese möglichst gross zu machen — der freie Raum könnte z. B. auf beiden Seiten als Gartenstreifen angelegt werden —, die eigentliche Strassenfläche aber möglichst zu beschränken. Als das beste Strassenbefestigungsmaterial empfahl der erste Referent Kleinpflaster nach Art der Chausseen auch in den Hauptverkehrsstrassen, während der zweite Referent, Privatdocent Dr. Th. Weyl, den Asphalt vorzog. Dieses Material entspricht ohne Zweifel am besten den folgenden hygienischen Anforderungen, die man an eine Strassendecke zu stellen hat: geringste Abnutzung, daher auch geringste Staubbildung, geringstes Geräusch, sicherste Verhinderung der Verunreinigung des Untergrundes, schnellstmögliche Reinigung.

Mit der Wohnungsfrage beschäftigten sich zwei Congresse, die in der letzten Berichtsperiode verhandelten: der Verein für Socialpolitik und der Parteitag der Socialdemokratie. Leider ist der Gegenstand auf dem Parteitage nicht in der Ausdehnung behandelt worden, wie ihm auf Grund seiner ungeheuren Wichtigkeit für das Proletariat gebührt hätte. Der Referent Dr. Südekum musste sich begnügen, einen Auszug aus seinem Referat zum Vortrage und eine Resolution zur Abstimmung zu bringen, die ohne weitere Discussion genehmigt wurde. Das war höchst bedauerlich. Gerade gegenüber der Wohnungsfrage herrscht in den weitesten Kreisen der arbeitenden Classen eine erschreckende Gleichgültigkeit und Unwissenheit; beide Eigenschaften sind aber nicht nur auf die grossen Massen beschränkt. Man nimmt in unserer Partei die Vorschläge der bürgerlichen Wohnungsreformer oft ganz kritiklos, wie sie gegeben sind, hin, reißt sie auf einen Faden und glaubt dann, in diesem Kranz von Vorschlägen ein Wohnungsprogramm, noch dazu ein socialdemokratisches, zu besitzen. Hier bedarf es noch mühsamer Aufklärungs- und Agitationsarbeit, bis es uns gelungen ist, die Massen für die Wohnungsfrage in Bewegung zu setzen.

In voller Ausführlichkeit wurde dagegen das Problem auf der Generalversammlung des Vereins für Socialpolitik zu München behandelt; doch ist über die nur in Zeitungsberichten vorliegenden Verhandlungen noch kein Urteil möglich. Vorbereitet hatte der Verein seine Verhandlungen durch eine umfassend angelegte Enquête, deren Resultate in vier Bänden veröffentlicht sind. Wir können hier natürlich auf den überreichen Inhalt dieses Werkes auch nicht in der oberflächlichsten Weise eingehen und begnügen uns damit, diejenigen Schriften hervorzuheben, die sich mit den Massregeln der Städte auf diesem Gebiete beschäftigen: Die Wohnungsinspektion ist von zwei Bearbeitern dargestellt worden, dem Hamburger Medicinalrat Dr. Reinke, der die englischen Leistungen auf diesem Gebiete aus eigener Anschauung kennt, und dem Oberbürgermeister Zweigert, der, wie in seinem Referat, so auch auf der Generalversammlung ein Mitarbeiten mit unserer Partei fanatisch ablehnte. Herr Zweigert, ein preussischer Bureaukrat vom reinsten Wasser, ist der Ansicht, dass der rechtliche Zustand in Betreff der Wohnungsinspektion in Preussen nach der formellen und materiellen Seite so gut geordnet ist, wie das nur immer gewünscht werden kann, und kann es durchaus nicht als Fehler ansehen, dass die Aufgabe der Wohnungsinspektion in Preussen der Polizei und nicht den Gemeindebehörden übertragen ist. Diese beiden Behauptungen genügen, um den Geist seiner Ausführungen zu charakterisieren. — Sehr wenig Neues bringen die Schriften des bekannten Baurats Stübßen (Cöln) über den Stadterweiterungsplan und seine Durchführung, sowie über die Bauordnung (in Verbindung mit Bauinspector Schilling). Die erstere ist im wesentlichen ein Auszug aus seinem früheren Werke *Der Städtebau*; die letztere bietet eine gute Zusammenstellung des Materials. — Ueber den Bau von kleinen Wohnungen durch Arbeitgeber, Stiftungen, gemeinnützige Baugesellschaften etc. berichtet Professor Albrecht und giebt darin auch eine kurze Uebersicht der Bauleistungen der deutschen Städte. Herzlich wenig ist bisher auf diesem Gebiete geschehen. Freiburg i. B., Ulm, Strassburg i. E., Schweinfurt, Lambrecht, Emden und Düsseldorf, — damit sind alle Städte genannt, die in Deutschland Mietswohnungen gebaut haben. Das Urteil, das Professor Albrecht über die gemeinnützige Bauhätigkeit abgiebt, kann von uns ohne Vorbehalt unterschrieben werden. „Wenn wir überblicken“, so schreibt er, „was denn nun in Summa durch die gesamte ge-

meinnützige Bauhätigkeit geschehen ist, so werden wir, wenn wir ehrlich sein wollen, offen eingestehen müssen, dass das Gesamtergebnis im Vergleich zu dem vorhandenen Notstand ein traurig geringfügiges ist, und das wird auch, wenn wir uns in den bisherigen Bahnen weiter bewegen, in absehbarer Zeit kaum viel anders werden. Für uns, wie für die meisten, die sich mit dieser Frage eingehend beschäftigt haben, steht fest, dass ohne eine gründliche Aenderung der staatlichen Wohnungspolitik und ohne ein thatkräftiges Eingreifen der Gemeinden, zu dem ja erfreulicherweise bereits die Ansätze vorhanden sind, die Wohnungsfrage ungelöst bleiben wird. Wir betrachten die gemeinnützigen Baugesellschaften und die Baugenossenschaften nur als die Pioniere, die zunächst einmal die Erfahrungen sammeln, auf denen eine Wohnungsreform in grösserem Stile weiterbauen kann...“ — Die Förderung der gemeinnützigen Bauhätigkeit durch die Gemeinden behandelt Oberbürgermeister Beck (Mannheim) in sehr eingehender Weise auf Grund einer von ihm mittels ausführlichen Fragebogens veranstalteten Enquête. Die Stellung des Verfassers wird dadurch charakterisiert, dass er die nachdrückliche Förderung der privatwirtschaftlichen Wohnungsproduction als die erste Aufgabe der Gemeinden bezeichnet. Hilfsweise sollen andere Unternehmungsformen, und zwar die gemeinnützige Bauhätigkeit und die Arbeitgeber eintreten. Erst wenn auch diese versagten, käme in letzter Linie der Eigenbau von Häusern durch die Gemeinde oder andere öffentliche Verbände in Frage. Es ist das fast dieselbe Stellung, die auch der Frankfurter Oberbürgermeister Adickes einnimmt und in seinem Beitrage Förderung des Baues kleiner Wohnungen durch die private Thätigkeit auf streng wirtschaftlicher Grundlage vertritt. — Im dritten Bande der Enquête kommen die Leistungen des Auslandes auf dem Gebiete des Wohnungswesens zur Darstellung. Es zeigt sich da, dass Deutschland hinter England, Belgien, Schweiz, den Vereinigten Staaten in den wichtigsten Punkten erheblich zurück ist und, wie der Herausgeber sehr richtig sagt, vieles von ihnen lernen kann und muss.

\*

Zur Naturgeschichte der preussischen communalen „Selbstverwaltung“ haben die letzten Wochen wieder ein recht reichhaltiges und unterhaltendes Material gebracht. Die Berliner Stadtverordneten haben den

aus militärischen Gründen nicht bestätigten Stadtrat Kaufmann wiederum zum zweiten Bürgermeister gewählt; der Oberpräsident hat es aber abgelehnt, denselben dem Könige zur Bestätigung vorzuschlagen. Gleichzeitig hat er angefragt, ob es nach der Geschäftslage geboten sei, einen geeigneten städtischen Beamten als Staatscommissar mit dem Commissarium zu betrauen. Es ist uns durchaus nicht klar, auf welchen Paragraphen der Städteordnung der Oberpräsident sein durchaus ungesetzliches Verhalten begründen will. Er spielt doch nach § 33 der Städteordnung für die sechs örtlichen Provinzen nur den Briefträger, der die Acten im Instanzenzug weitergibt, während die Bestätigung ausschliesslich dem Könige zusteht. An der Ungesetzlichkeit dieses Verfahrens wird auch dadurch nichts geändert, dass der Oberpräsident im Einverständnis mit dem Minister des Innern gehandelt haben soll. Das ist der eine Fall. Der zweite und dritte betreffen Rechte, die die Krone für sich in Anspruch nimmt und durch die sie gegen den Willen der städtischen Verwaltung die Gestaltung des städtischen Strassenbildes und des städtischen Verkehrswesens, sowie die Ausschmückung der Stadt nach ihren Ideen durchzuführen sucht. Die Ueberführung der geplanten städtischen Strassenbahn über die Strasse Unter den Linden im Zuge der Neustädtischen Kirchstrasse wird ohne jeden stichhaltigen Grund abgelehnt, die Aufstellung des Märchenbrunnens im Friedrichshain aus Gründen privater künstlerischer Auffassungen beanstandet. Bei allen diesen Eingriffen der Krone in die städtische Verwaltung tritt ihr persönlicher Charakter um so schärfer hervor, als die beiden wichtigeren gegen den Rat der zuständigen Minister, der dritte, unwesentlichere, auf jeden Fall ohne ihren Rat erfolgt sind. Die bisherige Stellung der freisinnigen Majorität in den städtischen Collegien gegenüber diesen Eingriffen der Krone ist so kläglich als möglich gewesen und rechtfertigt wieder einmal das Urtheil, das wir bei anderen Gelegenheiten über diesen Communalfreisinn zu fällen gehabt hatten. Wie die Conflicte ausgehen werden, kann man nicht voraussagen, da beim heutigen Curs das Unerwartete nur zu oft wirklich wird. Auf den Ausgang kommt es aber auch gar nicht an. Schon die Möglichkeit solcher Conflicte zeigt, wie tief das preussische Staatswesen noch im Absolutismus steckt. Absolutismus aber und Selbstverwaltung schliessen sich aus, wie Feuer und Wasser. Nur Thoren reden in Preussen von Selbstverwaltung.

**Kurze Chronik.** In Berlin ist eine weitere städtische Badeanstalt in der Dennewitzstrasse fertig gestellt worden und soll in den nächsten Tagen den Verkehr übergeben werden. — In Hagen beschloss die städtische Verwaltung, alle grösseren Arbeiten, die sonst an Unternehmer vergeben werden, in eigener Regie auszuführen, um auf diese Weise die starke Arbeitslosigkeit bekämpfen zu können. — Der Hamburger Senat hat einen Gesetzentwurf zur Beseitigung des Mangels an kleinen Wohnungen eingebracht, mit dem sich die Bürgerschaft am 2. October beschäftigte. Genosse Stolten wies die Unzulänglichkeit der Vorschläge nach und verlangte den Bau kleiner Wohnungen in eigener Regie seitens des Staates nach Freiburger Vorbild.

C. Hugo.

### Geistige Bewegung

Die Ecole des hautes études sociales, das vor einigen Jahren gegründete socialwissenschaftliche Institut der Pariser Universität, dürfte, was Mannigfaltigkeit, unparteiliche Auswahl und Anordnung der Lehrgegenstände anlangt, geradezu mustergiltig genannt werden. In dem leitenden Ausschuss finden wir die Namen der hervorragendsten Fachmänner aller Parteirichtungen und Schulen vertreten, unter den Lehrern befinden sich u. a. mehrere Socialisten und Gewerkschafter. Das Institut zerfällt in drei Abteilungen: 1. Ecole de morale, 2. Ecole sociale, 3. Ecole de journalisme.

Das Lehrprogramm der ersten Abteilung weist u. a. folgende Fächer auf: a) Pädagogischer Teil: Normalunterricht in den Schulen (9 Vortragende); b) Volksuniversitäten (7 Vortragende); c) Solidarität: biologische Solidarität (Vortragender: Prof. E. Duclaux, Director des Pasteurschen Instituts), die Solidarität und ihre socialen Consequenzen (Vortragender: Léon Bourgeois, ehemaliger Ministerpräsident), die Solidarität und die individuelle Moral (Vortragender: Darlu), die ökonomische Solidarität (Vortragender: Prof. Gide), die Solidarität in der Schule (Vortragender: Buisson) u. s. w. (im ganzen 8 Vortragende). d) Verschiedenes: Nationalismus und Internationalismus (Vortragender: Prof. A. Leroy-Beaulien), die Bettelei und das Vagabundentum, moralische und sociale Theorien der Kirche, das sociale Erziehungswesen in Deutschland u. s. w. (im ganzen 5 Vortragende).

Noch interessanter ist das Programm der zweiten Abteilung: a) Geschichte der socialen Theorien (3 Vortragende, darunter der socialistische Abgeordnete Eug. Fournière); b) historisch kritische Studien der socialen Erscheinungen: Einfluss der geographischen

Bedingungen, Geschichte der Arbeit mit 8 Unterabteilungen, Frauenarbeit (im ganzen 10 Vortragende, darunter der ehemalige Herausgeber der Revue Socialiste, G. Renard); c) praktische Fragen. Dieser Teil ist insofern ganz besonders wichtig, als hier Arbeiter und Arbeitgeber ihre respectiven Standpunkte in speciellen Fragen gegen einander vertreten. Diese Fragen sind: Strikes (Allgemeines, Statistik), Beschreibung von Strikes (der Secretair des Bauarbeiterverbandes Riom stellt aus eigener Erfahrung den Bauarbeiterstrike von 1898 dar, L. de Seilhac den Strike der Glasarbeiter in Carmaux und die Gründung der Arbeiterglashütte in Albi, Amstler den Londoner Dockerstrike), Führung von Strikes (der Secretair des Mechanikerverbandes Coupat trägt über die Aufgaben der Gewerkschaften vor, der Secretair des Eisenbahnarbeiterverbandes Guérard über die Haltung der Strikenden, Postenstehen, Strikebrechertum etc.). Bei der folgenden Unterabteilung — Reglementierung, Unterhandeln, Conflicte, collectiver Arbeitsvertrag — verteidigen je 2 Vertreter von Arbeitern und Arbeitgebern ihre gegenseitigen Thesen; als letzter Punct figurirt der Generalstrike, worüber A. Briand, bekannt durch seine unermüdliche Thätigkeit für die Einigkeit der französischen Socialisten, das Referat, und Keüfer, von der Gewerkschaft der Schriftsetzer, das Correferat hat; Prof. Duclaux wird die Ergebnisse aus diesen Vorträgen formulieren (im ganzen 13 Vortragende); d) Verschiedenes: Sociale Hygiene, Unternehmervereinigungen, die Armenpflege der Stadt Paris u. a. m.

In der dritten Abteilung wird über allerhand Hilfswissenschaften, über die Technik und Stellung des Journalismus gelesen (im ganzen 12 Vortragende).

Bisher hatte das Institut seinen Sitz im Hôtel des sociétés savantes, die Kosten wurden teils durch Privatbeiträge, teils durch die Vorlesungshonorare (30 Frcs. pro Semester) aufgebracht. Für das kommende Jahr ist ein ansehnlicher Zuschuss von Staatswegen bewilligt worden. Die Curse, die am 4. November beginnen, werden fortan in dem erweiterten Universitätsgebäude abgehalten werden.

*Christian Mutschler.*

## Diversa.

### Notizen.

In dem Artikel: **Der Kernpunct des Streites**, im vorigen Hefte dieser Zeitschrift, ruft mich Eduard Bernstein als Eideshelfer wider die Redaction der Neuen Zeit auf, aber in einer Hinsicht, betreffs deren ich hierzu durchaus nicht dienen kann.

Er sagt nämlich, ich hätte in dem seiner Zeit (Die Neue Zeit, 1898-99, II. Bd., pag. 644 ff.) gegen seine philosophischen Grundlagen gerichteten Artikel den Begriff wissenschaftlicher Socialismus genau in demselben Sinne gefasst, auf den sein Vortrag im Socialwissenschaftlichen Studentenverein abziele. Dann fährt er fort: „Und nun bewundere man die Schnelligkeit des Zeitalters. Vor zwei Jahren erschien dieser Gedanke der Redaction der Neuen Zeit so unanfechtbar, dass sie ihn ohne Vorbehalt in einem Artikel stehen liess, der ihren Angriffen gegen mich die philosophische Weihe geben sollte, und heute ist ihr mein Vortrag, der in den gleichen Gedanken ausläuft, eine „wissenschaftliche Abdankung.“ (a. a. O., pag. 78 f.)

Die Wiedergabe ist richtig. In dem angeführten Artikel habe ich wirklich gesagt, den Anspruch auf den Namen wissenschaftlicher Socialismus mache der Marxismus „doch nicht etwa deshalb, weil er sich anmasse, alle Welträtsel wissenschaftlich gelöst zu haben,“ sondern er bedeute, „dass wir uns in unserem Denken wie in unserem Thun den Gesetzen einheitlicher wissenschaftlicher Forschungsmethode zu unterwerfen haben.“ Ganz dasselbe sagt Bernstein nun zwar nicht in seiner ganzen socialwissenschaftlichen Rede, die, wie auch Heine (Socialistische Monatshefte, 1901, No. 9, pag. 662) meint, an vielfachen „irreführenden Ausdrücken“ leidet und „recht viel Anlass zur Kritik, mitunter zu scharfer Kritik bietet.“ Aber er kennzeichnet doch in dem vorletzten Absatz den Begriff wissenschaftlicher Socialismus als eine „Forderung, die der Socialismus an sich selber stellt, und die besagt, dass für sein Wollen die wissenschaftliche Methode und Erkenntnis Richtung gebende Kraft haben.“

Aber wenn die Uebereinstimmung im Sinn beider Sätze zugegeben ist, so doch keineswegs die Folgerung daraus. Da waltet schwere Missdeutung. Ungern stelle ich sie fest, um so weniger gern, als ich erfahren habe, Bernstein habe es mir verübelt, dass ich ein von anderer Seite seiner Meinung nach falsch angezogenes Citat aus meinem Aufsätze nicht berichtigt hätte. Ich darf ihn versichern, dass das geschehen wäre, wenn ich seiner Zeit den betreffenden Artikel gelesen und mich wirklich darin zu seinen Ungunsten missverstanden gefunden hätte. Aber was in solchem Falle für Bernstein geschehen wäre, muss nun gegen ihn geschehen, da er seinerseits einen Satz aus meinem Artikel gegen andere irrig angewendet und da dieser Sachverhalt mir rechtzeitig bekannt geworden ist.

Der des Zusammenhangs unkundige Leser muss nämlich daraus, dass Bernstein meinen damaligen Artikel als Polemik bezeichnet und gleich darauf in einer Fussnote bemerkt, mein oben citierter Satz habe ihm nichts Neues gesagt, einen ganz falschen Schluss ziehen. Er muss glauben, ich hätte wirklich jenen Satz, in der Meinung, dass Bernstein ihn nicht teile, gegen ihn polemisch verteidigt; und er muss ferner die Anschauung bekommen, es drehe sich der Streit um Anerkennung oder Nichtanerkennung eben dieses Satzes. Bernstein werde darum heute von der Redaction der Neuen Zeit wegen Bekenntnisses zu demselben Satze verdammt, den sie selber damals in meinem Aufsätze nicht beanstandet habe.

Das scheint mir eine völlige Verschiebung des „Kernpuncts des Streites“ zu sein. Zunächst ist mir gar nicht eingefallen, Bernstein jenen Satz als etwas „Neues“ vorzuhalten. Mit den Worten doch nicht etwa pflegt man einen Satz gerade dann einzuleiten, wenn man hofft, dass der Gegner solchen Satz „doch nicht etwa“ bestreite. Sodann aber sollte der Satz nur die Erwartung aussprechen, Bernstein werde doch dem Marxismus nicht eine andere Auffassung des Wortes wissenschaftlich zutrauen. In diesem Satz hoffte und hoffe ich also, mit Bernstein wie mit dem strengsten Marxisten einig zu sein.

Worum es sich handelte und handelt, soweit wissenschaftliche Dinge in Frage stehen, das ist nicht der Grundsatz selbst, sondern die auch nach meiner Ueberzeugung mangelhafte Anwendung dieses Grundsatzes von Seiten Bernsteins, damals zunächst in seinem Buche über Die Voraussetzungen des Socialismus.

In dem die philosophische Zulänglichkeit dieses Buches kritisierenden Artikel: Bernstein und die Wissenschaft habe ich bloss gesagt, dass Bernstein einige philosophische Grundbegriffe, vor allem die Beziehung zwischen Naturgesetzlichkeit und Freiheit, nicht klar und richtig erfasst habe. Das habe ich in einer auf Verständigung abzielenden Weise gethan. Wie wäre das aber möglich gewesen, wenn ich gewähnt hätte, Bernstein leugne den Grundsatz, auf dessen Boden allein wissenschaftliche Verständigung möglich ist?

Somit ist die Hauptvoraussetzung hin-fällig, auf die sich die nunmehrige Citierung genannten Satzes gründet. Wie es sich danach mit der Folgerung daraus verhält, dass die Redaction der Neuen Zeit Bernstein wegen eben dieses Satzes angreife, den sie damals unbeanstandet gelassen habe, das zu

verfolgen ist nicht meine Sache. Die Redaction der Neuen Zeit muss dies selbst thun, wenn sie es für nötig hält. Meine persönliche Auffassung geht allerdings dahin, dass auch K. Kautsky weder obigen Grundsatz noch die kritische Thätigkeit Bernsteins als solche angefochten hat, sondern einzig Folgerungen, die ihm anfechtbar erscheinen. In der Neuen Zeit (1900-1901, II. Bd., pag. 478) teilt er wenigstens mit, dass ihm die frühere kritische Thätigkeit Bernsteins in den Problemen des Socialismus grosse Hoffnungen erweckt habe, dass diese aber, vor allem durch sein Buch, enttäuscht worden seien, da das Buch nur „leere Zweifel“, „Mangel an fester Methode“ und „zum Teil Rückfall in überwundene Denkweisen“ gezeigt habe.

Wo also wissenschaftlich der „Kernpunct des Streites“ gelegen hat, ist danach wohl offenbar. Mag sein, dass dieser Streit durch Besorgnisse, Bernsteins Thätigkeit könnte auch auf praktischem Gebiete unliebsame Folgen haben, verschärft worden ist. Das berührt aber obigen Grundgedanken gar nicht.

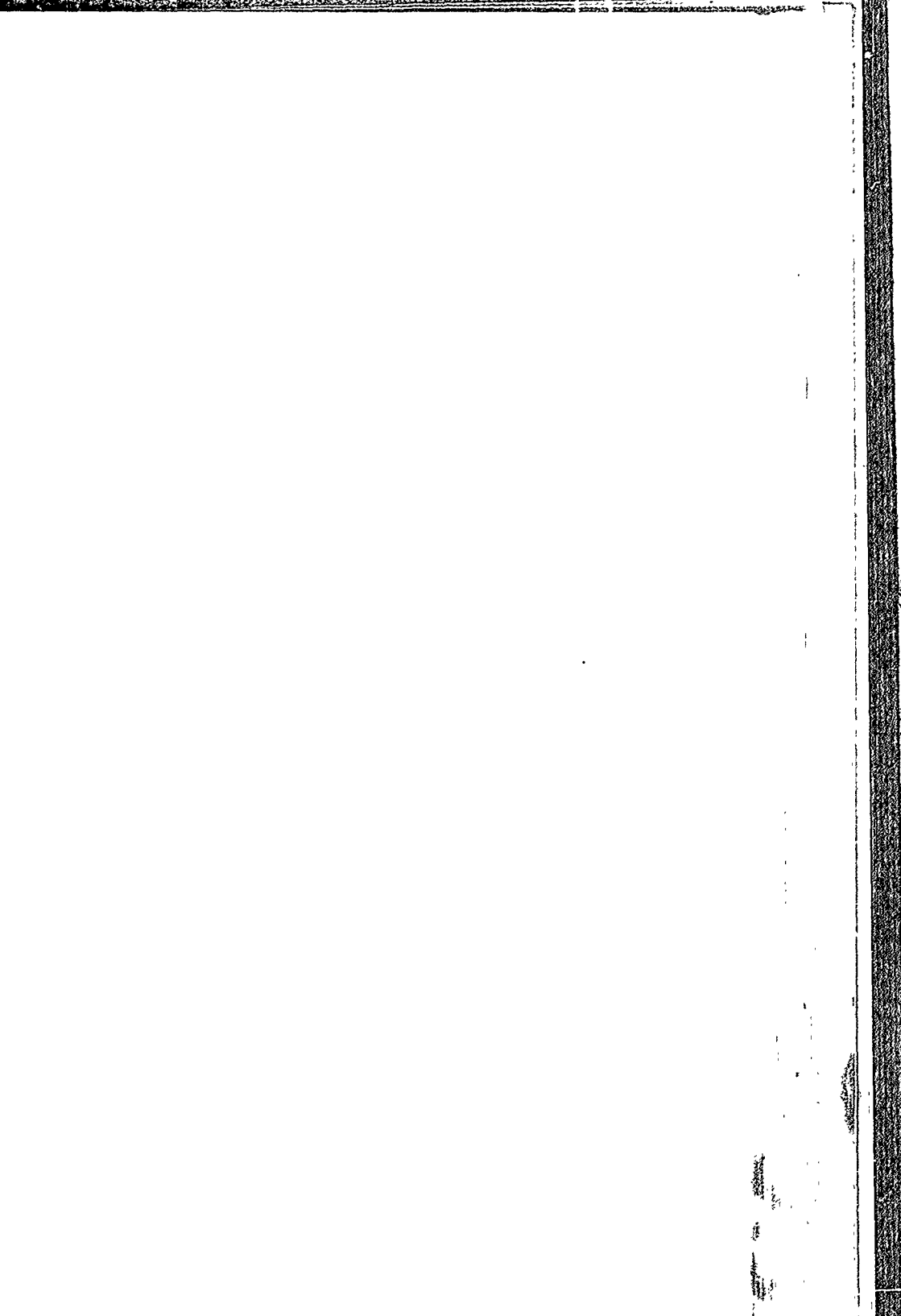
Ob Bernstein sich und seiner Sache nützt, wenn er im Kampfes-eifer die Dinge in solcher Verschiebung sieht, ob er nicht dadurch denen, die seine Unterwerfung in Lübeck als sacrificio del intelletto zu deuten beflissen sind, Wasser auf die Mühle liefert, das muss er mit sich ausmachen. Ich habe solche Unterstellung für höchst thörichtes Gerede gehalten. Wenn sich aber wirklich der Streit um jenen Grundsatz, dessen Anerkennung oder Bestreitung gedreht hätte, dann hätten jene ja offenbar recht.

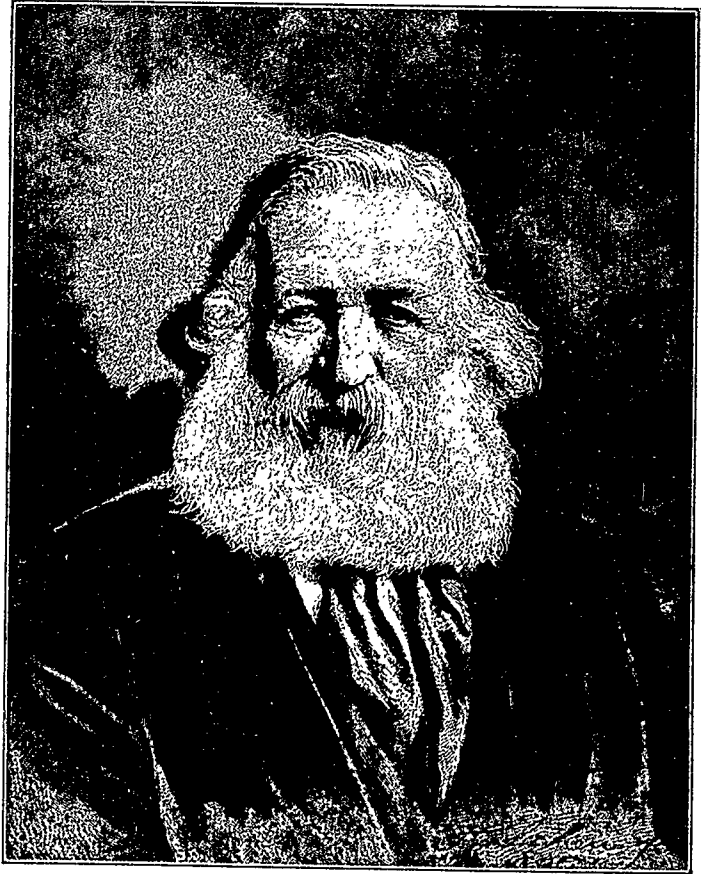
Wie dem aber auch sein möge: ich habe hier nur dafür einzutreten, dass der Sachverhalt, der meinem Aufsätze gegen Bernstein zu Grunde liegt, richtig gestellt und das angeführte Citat gegen Missdeutung gewahrt werde.

Sadt. Gunter.

Die Redaction der Socialistischen Monatshefte stellt es mir, nach Verständigung mit S. Gunter, frei, hier sofort zu antworten. Ich benutze dieses Anerbieten jedoch nur zu der Erklärung, dass ich auf eine Antwort an dieser Stelle verzichte. Wollte ich Gunter alles das entgegenhalten, was auf seine Ausführungen zu erwidern ist, so müsste ich weiter ausholen, und dazu ist hier nicht der Ort. Zudem müsste ich Dritte in die Polemik hineinziehen, mit denen ich jetzt nicht streiten mag; und schliesslich bin ich der ewigen Richtigstellungen müde. Ueber das sachliche Problem der Wissenschaftlichkeit uns auseinanderzusetzen, wird sich noch manche Gelegenheit bieten.

Eduard Bernstein.





KARL BÜRKL